

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 28 vom 11. Juli 1980

14. Jahrgang

1 DM

NATO-Arbeitsteilung nimmt Gestalt an

Bundesmarine operiert künftig im Eismeer

BONN. — Kriegsminister Apel hat am Wochenende bestätigt, daß die Bundesmarine ihr Operationsgebiet auf den nördlichen Atlantik ausweiten und künftig Positionen im Nordmeer einnehmen wird. Damit soll ein früher dort stationierter amerikanischer Flottenverband abgezogen werden und in das Krisengebiet vor der iranischen Küste auslaufen.

Mit der Stationierung westdeutscher Kriegsschiffe im Nordmeer — und damit in unmittelbarer Nähe der sowjetischen Flottenstützpunkte auf der Halbinsel Kola — nimmt die in Washington und Bonn entwickelte Strategie einer „Arbeitsteilung innerhalb der NATO“ Gestalt an. Eine solche Arbeitsteilung hatte Schmidt schon vor Monaten als Antwort auf die Afghanistan/Iran-Krise angekündigt. Sie bedeutet, daß amerikanische Verbände aller Waffengattungen aus ihren Stellungen in Europa abgezogen und in die gewaltige Kriegsmaschine einbezogen werden, die Carter gegenwärtig — mit der Hauptstoßrichtung gegen den Iran — im Mittleren Osten zusammengeballt hat.

Die dadurch entstehenden Lücken sollen dann im wesentlichen von der Bundeswehr aufgefüllt werden. So wie es jetzt im Nordmeer geschieht. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Arbeitsteilung schwerwiegende Konsequenzen nach sich zieht:

- Zum einen stellt sie durch

ihre Entlastung amerikanischer Aggressionstruppen, die dann gegen den Iran oder andere Länder des Mittleren Ostens eingesetzt werden können, eine direkte und unmittelbare Bonner Beteiligung an den Kriegsvorbereitungen der USA gegen die Völker dieser Region, vor allem das iranische Volk dar.

- Zum anderen wird diese Arbeitsteilung notwendigerweise zu einer weiteren Aufstockung sowohl des Personals wie auch des Geräts der Bundeswehr führen. Wenn auch die Bonner Politiker sich über diesen Punkt gegenwärtig noch in Schweigen hüllen oder eine geplante Verstärkung der Bundeswehr gar bestreiten, so hat Washington doch schon deutlich zu verstehen gegeben, daß es die Durchführung der Arbeitsteilung durch die Aufstellung zusätzlicher Bundeswehrverbände sehen will.

- Weiter hat die Ausweitung des Operationsgebietes der Bundeswehr eine gefährliche Signalwirkung für noch weitergehende Pläne, wie sie seit Monaten in Bonn diskutiert werden. Bekanntlich fordert die Strauß-Partei seit langem, daß die Bundeswehr auch im südlichen Atlantik Flagge zeigen soll, um den Schutz des prowestlichen Rassenregimes in Südafrika zu gewährleisten. Und von Strauß-Freund Dregger und anderen ist wiederholt die Forderung erhoben worden, daß westdeutsche Kampfeinheiten auch im Mittleren Osten eingesetzt werden sollen.

So ist die Entsendung von Kriegsschiffen ins Nordmeer Bestandteil einer gefährlichen Politik, in deren Rahmen der westdeutsche Imperialismus einerseits seinen Militärapparat weiter ausbaut und andererseits unser Land immer tiefer in die amerikanischen Kriegsvorbereitungen verstrickt. Angesichts dieser Politik ist es gerade in diesen Wochen notwendig, Vorbereitungen zu treffen, um den diesjährigen 1. September, den Antikriegstag, zu einem machtvollen antimilitaristischen Kampftag zu machen.

Nach neuen Preiserhöhungen: 10 000 polnische Arbeiter im Streik!

Ministerpräsident Babiuch droht weitere Preiserhöhungen an

10 000 polnische Arbeiter im Streik!

Ministerpräsident Babiuch droht weitere Preiserhöhungen an

WARSCHAU. — Am Mittwoch letzter Woche traten in mehreren polnischen Betrieben rund 10 000 Arbeiter in den Streik. Am Angesicht neuer Preiserhöhungen forderten sie höhere Löhne. Dabei erreichten sie offensichtlich einen Teilerfolg.

Zum dritten Mal innerhalb von zehn Jahren kam es in Polen zu einer bedeutenden Streikbewegung aufgrund der schlechten Lebenslage der Arbeiterklasse. Noch hat die Bewegung dieses Mal nicht die Ausmaße erreicht wie 1970 oder 1976, aber noch ist auch die Welle der Preiserhöhungen nicht vorbei.

Der Grund der miserablen Lage vor allem in der Fleischversorgung sind die privatkapitalistische Organisation der polnischen Landwirtschaft und des Handels. Seit langem werden Fleischprodukte in den großen Städten durch zwei Ladenketten verkauft: eine staatliche und eine private.

Die polnischen Agrarmillionäre haben seit langem an die staatlichen Läden nichts oder nur allerschlechte Ware geliefert, während die privaten,



Verbrecherisch sind die Aktivitäten der faschistischen Grauen Wölfe. In der letzten Juni-Woche verletzten sie in Bielefeld einen 16jährigen Türken lebensgefährlich durch Messerstiche, ein weiteres Glied in einer Kette zahlloser terroristischer Gewalttaten. Am Samstag, den 5. Juli demonstrierten ca 3000 Demokraten, Kommunisten und Antifaschisten (und nicht 1600, wie irrtümlich auf Seite 11 angegeben) für das sofortige Verbot der Grauen Wölfe.

Arbeitslosigkeit wächst wieder Bei VW / Audi droht Kurzarbeit!

Konjunktur-Abschwung hat begonnen

WOLFSBURG/NÜRNBERG. — Nun soll es auch im VW-Konzern Kurzarbeit geben. Für die Audi-NSU-Werke in Ingolstadt und Neckarsulm wurden „vorsorglich“ bis zu vier Wochen Kurzarbeit angemeldet. Im Juli dieses Jahres ist — zum ersten Mal seit Jahren in diesem Sommermonat — die Arbeitslosenzahl gestiegen. Der konjunkturelle Wirtschaftsabschwung in der BRD hat bereits begonnen!

Die Kurzarbeit bei Audi/NSU soll im September beginnen. In diesen Werken sind insgesamt 30 000 Menschen beschäftigt, davon ungefähr die Hälfte in der Produktion. Der Auftragsrückgang für den Audi 100 ist seit längerem gefallen. Weltweit ist die Auslieferung des VW-Konzerns an Fahrzeugen im ersten Halbjahr 1980 um 5,4 Prozent zurückgegangen. Inzwischen werden auch Zulieferindustrien von der Automobilkrise erfaßt: Grundig hat für zwei Werke in Niederbayern Kurzarbeit angemeldet, von der insgesamt 1 000 Beschäftigte betroffen sind. In diesen Werken stellt Grundig vorwiegend Teile für Auto-

radios her.

Auch die Baukonjunktur geht nun zurück. Das deutsche Bau-Hauptgewerbe mußte im April einen Nachfragerückgang von gut 10 Prozent hinnehmen. Vor allem der Wohnungsbau geht drastisch zurück — dies trotz steigender Wohnungsnot. Wie kürzlich gemeldet, wird auch in der Eisen- und Stahlindustrie wieder mit Kurzarbeit gerechnet.

Die Bundesanstalt für Arbeit meldet erstmalig seit Jahren im Hochsommer steigende Arbeitslosenzahlen. Im Juli wurden gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres 18 000 Arbeitslose mehr registriert.

Diese Woche

Chemikaliengesetz
verabschiedet

Was die Bundesregierung unter Umweltschutz versteht, lesen Sie auf Seite 3.

DGB-Grundsatzprogramm

Auf Seite 5 können Sie nachschauen, was die Holzarbeitergewerkschaft zur Einheitsgewerkschaft zu sagen hat. Lesen Sie dazu den Kommentar unseres Betriebs- und Gewerkschaftsredakteurs.

SPD wählen?

Mit dieser Frage beschäftigen wir uns auf Seite 6.

„Die Toten bleiben jung“

Das berühmte Buch von Anna Seghers wurde neu aufgelegt. Besprechung auf Seite 15.

Bestellung an den Verlag

Diese Ausgabe enthält vier Sonderseiten zur Türkei. Die Sonderseiten können beim Verlag nachbestellt werden: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, Tel.: 0231/433691



Kommentar

Eine drastische Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer, wie sie im Aktionsprogramm der KPD gefordert wird, ist dringend erforderlich. Ein Blick auf die monatliche Lohn- und Gehaltsabrechnung der Arbeiter und kleinen Angestellten bestätigt diese Forderung eindringlich. Was da unter dem Strich von den jährlich ausgehandelten Bruttolöhnen und -gehältern übrig bleibt, ist schlichtweg ein Skandal, der zum Himmel schreit. Zusätzlich sorgt die sich beschleunigende Teuerung dafür, daß auch die kleinen Löhne und Gehälter — und die große Mehrheit der Arbeiter und Angestellten beziehen kleine Löhne und Gehälter — zunehmend in die Progression geraten. So erhöht sich der Steueranteil am Bruttoeinkommen ständig, ohne daß der Gesetzgeber dazu auch nur einen Finger rühren müßte.

Von Steuerentlastung kann keine Rede sein!

Das sogenannte Steuerpaket, das am Freitag, den 4. Juli nach langwierigem parlamentarischen Tauziehen die letzten Hürden nahm, wird uns von allen im Bundestag vertretenen Parteien in schöner Eintracht als Steuerentlastung angepriesen.

Als Kern des Steuerpakets kann angesehen werden, daß die 22-Prozent-Zone um 2000/4000 Mark (Ledige/Verheiratete) auf 18000/36000 Mark Jahreseinkommen ausgedehnt wird. Die an dieser Grenze einsetzende Steuerprogression soll geglättet werden bis zur Einkommensgrenze 60000/120000 Mark. Diese Regelung wird zum 1. Januar 1981 in Kraft treten. Bei der großartig angekündigten, leider nur sehr geringfügigen Erhöhung des Kindergeldes bleibt das erste Kind ausgespart. Sie bleibt uns außerdem bis zum 1. Februar 1981 vorenthalten. Pro Kind und Familie wird ab 1981 600 Mark im Jahr steuerlich anerkannt als Kinderbetreuungskosten. Für dieses Jahr wird der Weihnachtsfreibetrag um 200 auf 600 Mark erhöht.

Alles in allem, so kann man es der Presse entnehmen, verzichtet Vater Staat auf rund 16,5 Milliarden Mark zugunsten seiner Landeskinder.

Bei näherem Hinsehen stellt sich jedoch heraus, daß diese „Steuerentlastung“ noch nicht einmal die Hälfte dessen ausmacht, was den Arbeitern und Angestellten im Jahre 1979/80 durch inflationsbedingte Steuererhöhungen zusätzlich geraubt wurde.

Damit fällt das Kartenhaus der demagogischen Propaganda jäh in sich zusammen. Übrig bleibt, daß die steuerliche Belastung der arbeitenden Bevölkerung weiter angewachsen wird. Übrig bleibt, daß die wachsende Steuerbelastung weiter einer von vielen Gründen sein wird, der für sinkenden Lebensstandard verantwortlich ist!

Die Steuern sind die wichtigste Quelle des Staatshaushalts. Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß der Einkommensteil der Werktätigen, der in Gestalt von Steuern in den Staatshaushalt fließt, sich in ein zusätzliches Einkommen für das Monopolkapital verwandelt, denn die Herren der Konzerne und Banken beziehen nicht nur Milliardenbeträge in Form von Subventionen aus dem Staatsbudget, sie bauen außerdem mit den Steuermitteln der Arbeiter, Angestellten und Bauern ihre Kriegsmaschine auf, ein riesiges Heer von bis an die Zähne bewaffneter Polizeikräfte, einen kräftig expandierenden Geheimdienst, kostenaufwendige Datenbanken etc. Mit diesen staatlichen Einrichtungen suchen sie nicht nur ihre Herrschaft nach innen zu stabilisieren, sondern auch im Falle eines neuen Krieges ihre alten Großmachtsträume endlich zu erfüllen.

Wir Werktätige sind nicht nur ausersehen, für diese Abenteuer auf den Schlachtfeldern zu verbluten, wir „dürfen“ sie auch noch finanzieren. Daß insbesondere die verschärfte Kriegsvorbereitung heute immer tiefere Löcher in den Staatshaushalt reißt, darauf deuten Stichworte wie Nachrüstung, Stationierung von Mittelstreckenraketen, Türkeihilfe, neues Flottenprogramm etc. hin. Und daß heute mit Franz Josef Strauß ein Spitzenvertreter der Rüstungslobby nach der Macht strebt, beweist, daß man in den Kreisen der Hochfinanz weitergehende Pläne schmiedet, auf unsere Kosten — im wahrsten Sinne des Wortes.

Solange die Kapitalisten die Macht haben, werden sie den Staatshaushalt als ihre Privatschatulle betrachten, werden sie den Staatshaushalt für ihre eigenen Interessen, gegen die der Millionen Werktätigen benutzen. Zweifellos wird die Arbeiterbewegung ihnen den einen oder anderen Posten abjagen können, doch werden das insgesamt gesehen vorübergehende Erfolge sein. Die Abschaffung der zusätzlichen Ausbeutung über die Steuern ist nur durch den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie möglich.

Johannes Vetter

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertriebe, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postcheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Mit Carters Erlaubnis

Für wen war Schmidts Moskaureise ein Erfolg?

Strauß rasselt mit dem Säbel

BONN. — Die Bundestagsdebatte über die Moskaureise von Kanzler Schmidt war sozusagen die Abschlußstunde der „Matadoren“ im achten westdeutschen Bundestag. Zum letzten Mal vor der Wahl präsentierten sich Schmidt im Parlament als großer Friedenswahrer und Strauß als scharfer Amerika-Sheriff. War für die Regierung die Reise Schmidts ein Erfolg, so war sie für Strauß überflüssig und gefährlich, zeigte sie angeblich Risse im NATO-Pakt auf.

Natürlich sind diese Attacken von Strauß nur ein neuer Versuch, sich als besonders stramm linientreu zur aggressiven amerikanischen Politik zu zeigen. Schmidts Reise, so Strauß, habe die Sowjetunion aus ihrer internationalen Isolierung, in die sie nach ihrem Überfall auf Afghanistan gekommen sei, befreit. Nun ist es zweifellos so, daß der sowjetische Überfall auf das Nachbarland vielen in der Welt die Augen geöffnet hat über die imperialistische Politik Moskaus. Das, was Strauß anspricht, ist aber etwas anderes: Es ist die Offensive des amerikanischen Imperialismus, die dieser gegenwärtig zur Isolierung seines russischen Rivalen unternimmt. Deshalb mußte Schmidt vorher in Venedig — auf den Brief Carters hin — die Erlaubnis für die Reise abholen, deshalb mußte Genscher sofort nach der Rückkehr aus Moskau eilends nach Washington zum Rapport — einmal mehr war die Bundesregierung treuer Befehlsempfänger Washingtons.

Was nun aber den angeblichen Erfolg von Schmidts Reise betrifft, nämlich die überall herausgestrichene Bereitschaft der UdSSR, weiter über Abrüstung zu verhandeln, oder wie Schmidt es sagte, bei den Mittelstreckenraketen einen un-

gebremsten Rüstungswettlauf zu vermeiden, so muß man die Frage stellen, für wie dumm Schmidt die westdeutsche Öffentlichkeit eigentlich hält.

Ein ungebremsster Rüstungswettlauf bei Mittelstreckenraketen findet bereits seit langem statt, das kann man nahezu jeden Tag aus allen westdeutschen Presseorganen entnehmen. Tatsache ist, daß gerade diese Waffen ganz konkret Europa bedrohen, daß 8000 von ihnen auf die europäischen Städte gerichtet sind und eine tödliche Drohung darstellen.

Seit der Unterzeichnung des SALT-I-Vertrages zwischen der UdSSR und den USA im Jahre 1975, innerhalb der letzten fünf Jahre also, hat sich die Zahl der Nuklearwaffen um sage und schreibe das 15fache erhöht. Nicht nur, daß diese Verträge das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben werden, da beide imperialistische Militärböcke bei Unterzeichnung bereits wieder neu entwickelte Waffen in der Hinterhand haben, die sie natürlich in den Verträgen nicht beschreiben und behandeln. Aber auch schon die Bestimmungen der Verträge selbst widersprechen jeder Abrüstungspropaganda. Denn es gibt keinen einzigen gültigen Vertrag zwischen den

beiden imperialistischen Militärböcken oder den beiden führenden Supermächten, der wirklich eine Abrüstung im Sinne des Wortes bedeuten würde.



Breshnew und Schmidt bei ihrem Moskauer Treffen.

Unter Abrüstung versteht man die Vernichtung vorhandener Waffen, den Verzicht auf die Produktion geplanter neuer Waffen. Die SALT-Abkommen Nummer I und II und auch ein grob entworfener SALT-III-Plan sehen aber lediglich eine Obergrenze für die Aufrüstung vor, sind also faktisch eine gegenseitige Erlaubnis zur weiteren Aufrüstung. So sah SALT I eine Erhöhung des beiderseitigen Bestandes an damals bekannten und produzierten Waffen um rund das Vierfache vor.

Genau in dieses Bild passen nun auch die von Breshnew ge-

machten neuen Vorschläge; in das Bild der Täuschung der Weltöffentlichkeit über das wahre Ausmaß der Hochrüstung der Blöcke. Ein Erfolg zur Sicherung des Friedens, ein Schritt in Richtung wirkliche Abrüstung war das in keiner Weise.

So diente diese Reise in Wirklichkeit nur dazu, die besonderen westdeutschen-sozialistischen Beziehungen zu sichern, die Fortführung der sozialdemokratischen Ostpolitik — fest basierend auf dem NATO-Bündnis, wie Schmidt selbst sagte — zu signalisieren, was gerade nach dem Treffen Breshnews mit dem französischen Staatspräsidenten für die Bonner Regierung nötig erschien. Wozu sie auch, wie

schon gesagt, Carters Erlaubnis erhielt, nachdem sie seine Bedenken ausgeräumt hatte.

So nützte Schmidts Reise lediglich jenen Kräften des Monopolkapitals, die gegenwärtig vor allem ein Interesse an dieser Ostpolitik haben, den Stahlmonopolen von Rhein und Ruhr, von denen nahezu alle gegenwärtig über neue sowjetische Großaufträge verhandeln. Für sie, wie die gegenwärtigen Verhandlungen eines Konsortiums der Stahlbarone mit der UdSSR zeigen, war Schmidts Reise eine politische Wegbereitung zu neuen Profiten aus dem Osthandel.

Jede kritische Berichterstattung soll liquidiert werden

CSU will Gleichschaltung der ARD

Schwarz-braune Reaktion in der Offensive

MÜNCHEN. — Zum dritten Mal in den letzten zehn Jahren droht die bayerische Staatsregierung mit der Kündigung des Koordinierungsabkommens der Länder für das ARD-Gemeinschaftsprogramm. Anlaß der Affäre war die TV-Berichterstattung über den Weltwirtschaftsgipfel in Venedig und die Schmidt-Reise nach Moskau. In Bayern war man der Ansicht, der Kanzlerkandidat der CDU/CSU hätte unmittelbar in den betreffenden Sendungen Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten müssen — aus Gründen der Ausgewogenheit, versteht sich.

Das jedoch hatten die Chefredakteure der Rundfunkanstalten, auch jene der CDU-regierten Länder, als Zumutung zurückgewiesen. Ein Austritt des Bayerischen Rundfunks aus dem Kooperationsabkommen hätte unweigerlich den Zerfall der ARD zur Folge und würde damit genau jenes Ziel erreichen, das Stoltenberg und Albrecht durch das vorläufige Scheitern der NDR-Auflösung verfehlt haben.

Das hätte zur Folge:

- eine drastische Gebührenerhöhung bei den kleineren Rundfunkanstalten, die heute noch durch einen Zahlungsausgleich innerhalb der ARD unterstützt werden;
- das verstärkte Eindringen der Medienkonzerne in das öffentlich-rechtliche System;
- eine drastische Erweiterung des staatlichen Einflusses auf die Rundfunkanstalten.

Einer der engsten Kampfgefährten der mit Druck und Erpressung arbeitenden Medienstrategen in den Chefetagen der CSU-Landesleitung ist der Strauß-Intimus und Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks, Rudolf Mühlfnz, der als wohl

einzigster Chefredakteur einer der ARD angeschlossenen Rundfunkanstalt an Kabinettsitzungen der Münchener Strauß-Regierung teilnimmt und so öffentlich demonstriert, in wessen Interesse er Medienpolitik zu machen gedenkt.

Auf diesem Hintergrund gehört schon eine Portion Mut dazu, die Ausfälle der Bayerischen Staatsregierung gegen die ARD als „Gezeter“ und „letzten Fieberanfall von Strauß und Stoiber vor der Bundestagswahl“ zu charakterisieren, wie das ein Sprecher des Bayerischen Rundfunks getan hat.

Allerdings greift dieser Konter entschieden zu kurz, denn bei der von der CSU provozierten Debatte um die ARD geht es weniger um minutiös ausgewogene Sendeminuten zwischen Schmidt und Strauß, als vielmehr um eine massive Kampagne der schwarz-braunen Reaktion gegen die noch verbliebenen Reste der Meinungsfreiheit innerhalb des öffentlich-rechtlichen Mediensystems.

Das wird sofort klar, wenn man einen Blick auf die zurückliegenden Vorstöße der CSU-

Strategen in Sachen „ausgewogene Berichterstattung“ wirft.

Vielen ist noch in Erinnerung, daß der Bayerische Rundfunk vor Jahren eine Panorama-Sendung über den Paragraphen 218 verhindert hat.

Als die ARD Kortners Lysistrata-Inszenierung sendete, schaltete sich der Bayerische Rundfunk kurzerhand aus dem Verbund aus.

Als der Report-Moderator Franz Alt (CDU) im Rahmen der Tagesthemen einen kritischen Beitrag „Junge Union und Filbinger“ brachte, hagelte es Schläge aus München.

Als die Moderatorin der Tagesthemen, Barbara Dickmann, einen Beitrag über den Paragraphen 218 mit den Worten abschloß: „Mit dem Gewissenskonflikt läßt die Kirche die gläubigen Frauen nach wir vor allein“, protestierte der katholische Klerus zusammen mit der CSU-Führung.

Die Nachrichtensendung über die Anti-Strauß-Demonstrationen im Ruhrgebiet waren für Generalsekretär Stoiber ein „Höhepunkt der Nachrichtenmanipulation“. Strauß sei vor der „Mutwilligkeit“ der „Tages-

schau-Redakteure zu schützen“.

Beiträge, die sich kritisch mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit auseinandersetzen, Beiträge, die allein durch ihre realistische Berichterstattung den Fernsehzuschauer zum kritischen Nachdenken bringen können, wenn etwa ein Strauß über den Bildschirm von „Gehirnprothesenträgern“ brüllt, sind den Reaktionsären und Faschisten ein Dorn im Auge.

Mittlerweile hat der Chef von „ARD-aktuell“ (Tageschau und Tagesthemen) seinen Vertrag zum Jahresende gekündigt. Dieter Gütt, der sich wahrhaftig nicht durch fortschrittliche Journalistik auszeichnet und mit Unterstützung des Bayerischen Rundfunks sein Amt angetreten hatte, bemängelte vor allem, daß man innerhalb der ARD „nur noch unanstößig sein“ will.

Der Bayerische Rundfunk favorisiert nun seinen Chefredakteur Mühlfnz, Träger der Bayerischen Staatsmedaille und des Bayerischen Verdienstordens. Was Mühlfnz, der auch der „Löwenthal der ARD“ genannt wird, unter Ausgewogenheit versteht, hat er vor kurzem auf einer Unternehmensversammlung in Ostthessen erläutert. Er fühlt sich berufen, eine „Schlacht um die richtige Darstellung der Unternehmer“ zu führen. Für ihn sind „die Negativ-Image-Macher gerade bei uns im Fernsehen noch am Werk“.

Nach den Vorstößen von Stoltenberg/Albrecht zur Zerschlagung des NDR ist nun Strauß persönlich in die Offensive gegangen, die ARD vollends zu einer Propagandawaffe der schwarz-braunen Reaktion zu machen.

Wissenschaftler warnen vor Endlagerung in Gorleben

„Es wird empfohlen, keine weiteren Untersuchungen durchzuführen“

Trotzdem wird das Atomprogramm fortgeschrieben

BONN. — Die von der Bundesregierung vor einem Jahr eingesetzte Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ hat jetzt einen ersten Zwischenbericht vorgelegt, der, ähnlich den jüngsten SPD-Parteitagebeschlüssen, eine Fortschreibung des Bonner Atomprogramms empfiehlt. Lediglich drei der CDU/CSU zugehörigen Kommissionsmitglieder mochten dem Bericht nicht zustimmen, da er die Beantwortung der Frage über die Einführung der Schnellen-Brüter-Technologie auf 1990 vertagt.

Gleichzeitig hatte ein öffentliches Hearing des Innenausschusses des Bundestages in Bonn stattgefunden, auf dem die Frage der Endlagerung des radioaktiven Mülls in den Salzstöcken von Gorleben erörtert wurde. Dieses Hearing war vor allem deshalb von einigem öffentlichen Interesse, da sich der Kampf gegen das Bonner Atomprogramm in den letzten Monaten gerade an dieser Frage besonders heftig entzündet hatte.

Die öffentliche Sitzung des Innenausschusses verlief durchaus kontrovers; schon das sollte jedem vernünftig denkenden Menschen Grund genug sein, von den ehrgeizigen Bonner Atomplänen abzurückeln.

Professor Eckhard Grimmel (Universität Hamburg) forderte, die Eignung des Gorlebener Salzstockes rundheraus „negativ zu bewerten“. Grimmel empfahl, sehr zum Ärger der Bonner Atomlobby, „keine weiteren Untersuchungen des Standorts durchzuführen“.

Gestützt auf die Ergebnisse der bisherigen Probebohrungen und die vorliegende geowissenschaftliche Literatur, bezweifelt der Hamburger Professor die Erdbebensicherheit des Salzstockes. Außerdem möchte er nicht garantieren, daß der eingelagerte atomare Abfall nicht durch Wassereinwirkung aus dem Verließ herausgeschwemmt werden könnte.

Klaus Kühn, ein Vertreter der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, der ein Verfechter des Gorleben-Projektes ist, brachte die Profitinteressen der am Bonner Atomprogramm interessierten Energie-Konzerne mit bewunderungswürdiger Klarheit auf den Punkt: „Für mich ist die Wirtschaftlichkeit der ausschlaggebende Faktor.“

Dieser Standpunkt beinhaltet, daß Herr Kühn nicht nur für eine Endlagerstätte in Gorleben oder anderswo eintritt, sondern auch für den Aufbau der berühmten Wiederaufbereitungsanlage plädiert, die in Niedersachsen wegen des Widerstandes der Bevölkerung zunächst von der Tagesordnung gestrichen wurde.

Und in der Tat — geht man vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit aus, so ist die Errichtung solch einer Todesfabrik vom Standpunkt der Energiekonzerne aus gesehen erforderlich. Denn im Gegensatz zur ersten AKW-Generation, die gegenwärtig in Betrieb ist (wenn nicht gerade ein Störfall eine befristete Stilllegung erfordert), arbeitet die zweite AKW-Generation, der Schnelle Brüter (Kalkar) entschieden wirtschaftlicher, weil Teile der verbrauchten Brennelemente durch die Wiederaufbereitungsanlage in den Verbrennungszyklus zurückgeführt werden können.

Und all denjenigen, die auf diesem Standpunkt der Wirtschaftlichkeit stehen, für die das Bonner Atomprogramm klingende Münze bedeutet, ist es egal, daß die Wiederaufbereitungsanlage in großem Umfang Plutonium abwirft, den giftigsten Stoff, den wir ken-

nen, der seine Gefährlichkeit auch in Millionen Jahren nicht verliert.

Obwohl also vom Standpunkt der Wissenschaft aus die „bloße“ Endlagerung des atomaren Abfalls schon unkalkulierbare Risiken für die Bevölkerung in sich birgt, wird in den Chefetagen der Konzerne weiter an der zweiten AKW-Generation gebastelt, am in Kalkar begonnenen Projekt der Schnellen-Brüter-Technologie, für deren großtechnische Verwirklichung eine Wiederaufbereitungsanlage erforderlich ist.

Nun haben die Pläne der Konzernstrategen — wie zu erwarten war — ihr positives Echo in den parlamentarischen Kreisen gefunden. Die von der Bundesregierung vor einem Jahr eingesetzte Enquete-Kommission „Zukünftige Energiepolitik“ hat kürzlich einen Zwischenbericht vorgelegt, der den Konzernherren alle Wege offen hält.

In der bürgerlichen Presse wird zwar wahrheitswidrig verbreitet, in der Kommission hätte eine „faire Konkurrenz zwischen Ausbau und Ausstieg“ stattgefunden, doch ist das Gegenteil der Fall.

Man spricht im Zwischenbericht durchaus von der Möglichkeit eines Verzichtes auf Kernenergie, doch bringt man diesen theoretisch erwogenen Verzicht frei nach der platten Stoltenberg-Lösung „Ohne Atomkraftwerke gehen die Lichter aus“ mit empfindlichen Opfern auf Seiten der Bevölkerung in Verbindung, mit einem drastischen Sinken des Lebensstandards.

Vielleicht — so wird orakelt — finde sich auch in der Zwischenzeit eine andere Form der Energiegewinnung, so daß man mit gutem Gewissen auf den weiteren Ausbau der Atomenergie verzichten könne.

Aber bis dahin soll — so der Zwischenbericht — die Atomenergie weiter ausgebaut werden. Die Frage des großtechnischen Einsatzes der Schnellen-Brüter-Technologie soll spätestens 1990 entschieden werden. Bis dahin empfiehlt die Kommission die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage zu Demonstrationszwecken. „Eine über die Demonstrationsanlage hinausgehende Wiederaufbereitungskapazität kann die Kommission derzeit nicht empfehlen, es sei denn, daß sich das Entsorgungskonzept mit Wiederaufbereitung im Sicherheitsvergleich (...) als vorteilhaft erweisen sollte.“

Trotz formalen Herauszögern der Entscheidung über die Einführung der Schnellen-Brüter-Technologie, die nichts anderes als ein psychologisches Zugeständnis an den breiten Widerstand der Bevölkerung gegen das Bonner Atomprogramm darstellt, soll die westdeutsche Atommafia in die Lage versetzt werden, durch staatlich geförderte Wiederaufbereitungsforschungen die technologischen Voraussetzungen zu schaffen, um möglichst schnell in die Großproduktion umschalten zu können.

Doch selbst dieses „Freie-

Fahrt-Zeichen“ für die Atommafia reichte den CDU/CSU-Kommissionsmitgliedern nicht. Sie treten schon heute für den Ausbau der Schnellen Brüter und der sofortigen Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage ein, und bekanntlich ist ihnen der sozialdemokratische Ministerpräsident Börner in dieser Frage auch schon entgegengekommen.

Was in der ganzen Diskussion bewußt ausgespart wurde, war die Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis; dieses Energiekonzept, das von unserer Partei gefordert wird, würde das Bonner Atomprogramm mit einem Schlag zur Makulatur machen.

Chemikaliengesetz vom Bundestag verabschiedet

Mit Umweltschutz hat das Gesetz nichts zu

50 000 Altchemikalien nicht erfaßt

BONN. — Am Mittwoch, den 25. Juni verabschiedete der Bundestag ein Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz). Bundesgesundheitsministerin Antje Huber (SPD) hatte das Gesetz im Rahmen der Bundestags-

„Auf dem Wohnungsmarkt oder bei medizinischer Versorgung, in Fragen des Umweltschutzes oder der schulischen Erziehung unserer Kinder in all diesen für das Leben der Werktätigen so wichtigen Fragen bestimmen die Profitinteressen der Kapitalisten die Politik des Staates“, heißt es im ersten Teil des Aktionsprogramms der KPD. Das Chemikaliengesetz, das bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung gebilligt wurde, ist eine eindrucksvolle Bestätigung dieser Einschätzung.

Durchgreifende Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Zerstörung unserer Umwelt durch Industrie und Staat!

(Aktionsprogramm der KPD)

Was bringt das Gesetz Neues?

Alle Chemikalien, die ab 1. Januar 1982 (an diesem Tag soll das Gesetz in Kraft treten) neu auf den Markt gebracht werden (von inländischen Produzenten oder Importeuren), unterliegen der Anmeldepflicht. Die Anmeldung sollte beinhalten:

1. die Identitätsmerkmale,
2. Hinweise zur Verwendung,
3. schädliche Wirkungen bei der Verwendung,
4. die Menge des Stoffes, die jährlich in Verkehr gebracht werden soll, sowie
5. Verfahren zur sachgerechten Beseitigung, zur möglichen Wiederverwendung und Neutralisierung.

Soweit, so gut. Zweifellos wären die zitierten Vorschriften ein Schritt in die richtige Richtung, jedenfalls dann, wenn sie



Ziel des Bonner Atomprogramms ist die Schnelle-Brüter-Technologie samt Wiederaufbereitungsanlage. Unser Bild zeigt den Schnellen Brüter in Kalkar.

sämtliche Chemikalien erfassen würden und wenn die zuständigen staatlichen Behörden die nötigen Mittel und die nötige Zeit besäßen, die in Verkehr gesetzten Chemikalien einer gewissenhaften Überprüfung zu unterziehen. Doch gerade darauf verzichtet das Gesetz.

Die Anmeldefrist beträgt 45 Tage. In dieser Zeit kann allenfalls „eine Prüfung der Unterlagen auf formale Ordnungsmäßigkeit erfolgen“, wie Dieter Gersmann vom Öko-Institut in Freiburg für die „Frankfurter Rundschau“ schrieb.

Das Gesetz gilt nur für die ab 1. Januar 1982 neu eingeführten Chemikalien und dann auch nur, wenn sie nicht schon vorher in einem EG-Land benutzt wurden. Die etwa 50 000 schon heute gebräuchlichen Stoffe fallen ausdrücklich nicht in den Geltungsbereich des Chemikaliengesetzes.

Umfassendere wissenschaftliche Untersuchungen sind erst dann erforderlich, wenn der neu eingeführte Stoff eine Jahresmenge von 1 000 Tonnen überschreitet. Chemikalien, von denen pro Jahr weniger als eine Tonne anfallen, brauchen überhaupt nicht angemeldet zu werden.

Trotz dringender Forderung der Umweltschutzverbände sieht das Gesetz keine Meldepflicht von Erkrankungen vor, die in mutmaßlichem Zusammenhang mit schädlichen Einflüssen von Chemikalien stehen. Angesichts der Skandale um PVC, Contergan und Asbest hätte es dringend einer Regelung bedurft, durch die die Ärzte verpflichtet würden, alle bekanntgewordenen Krebserkrankungen, Fruchtbeschädigungen oder Erbgutveränderungen zu melden.

Um nun die verantwortlichen Bundesbehörden in den Stand zu versetzen, zumindest die in den Wirkungsbereich des Gesetzes fallenden Chemikalien einer gewissenhaften Prüfung zu unterziehen, wäre die Ein-

richtung von mindestens fünf neuen Bewertungsstellen samt 550 neuer Planstellen nötig gewesen. Selbst das wurde vom Bundestag einstimmig abgelehnt bzw. in den zuständigen Ausschüssen auf Druck der Chemiekonzerne abgelehnt.

Zweifelloso ist den Umwelt- und Naturschutzverbänden zuzustimmen, die das Chemikaliengesetz kurz und bündig als „taube Nuß“ bezeichneten. Sollte einmal von den Bewertungsstellen ein in den Zuständigkeitsbereich des Gesetzes fallender Stoff als gemeingefährlich eingestuft werden, so führt das keineswegs zum automatischen Verbot dieses Stoffes. In diesem Fall bleibt es der Bundesregierung vorbehalten, ein Verbot vermittels einer

Rechtsverordnung auszusprechen, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Eingeschritten wird also — wenn überhaupt — erst dann, wenn es wieder zur Katastrophe gekommen sein wird.

Aufschlußreich ist noch der Paragraph 26 des neuen Gesetzes: In Absatz 2 heißt es: „Der Bundesminister der Verteidigung kann für seinen Geschäftsbereich in Einzelfällen sowie für bestimmte Stoffe Ausnahmen von dem Gesetz und von dem auf dieses Gesetz gestützten Rechtsverordnungen zulassen, soweit dies zwingende Gründe der Verteidigung oder die Erfüllung zwischenstaatlicher Verpflichtungen erfordern.“

Stoltenberg läßt grüßen!

AKW Three Mile Island in Harrisburg

Planvolle Verseuchung der Umwelt

Warnungen verhallen ungehört

HARRISBURG. — Im März des vergangenen Jahres ereignete sich in Harrisburg (USA) das bisher schwerste Unglück in der Geschichte der Kernenergienutzung. Zwar konnte das Durchschmelzen des Reaktorkerns („Chinasyndrom“) in letzter Sekunde verhindert werden, doch zeugen die überdurchschnittlichen Raten von Todgeburten vom Ausmaß der Katastrophe. Das alles hindert die US-Atommafia aber keineswegs, die Umwelt weiter mit radioaktiver Strahlung zu verseuchen.

Immer noch ist der Innenraum des Atomreaktors hochgradig radioaktiv verseucht; ein Betreten zwecks Reparaturarbeiten wäre tödlich. Die AKW-Betreiber haben nun die Genehmigung der US-Atomaufsichtsbehörde eingeholt, radioaktive Gase in die Atmosphäre abzugeben.

Obwohl amerikanische Bürgerinitiativen versucht hatten, die Umweltverseuchungsaktion gerichtlich zu verhindern, und zahlreiche Wissenschaftler aus aller Welt eindringlich vor der „Entsorgungsaktion“ gewarnt hatten, wurden am Samstag,

den 28. Juni, radioaktive Edelgase per Gebläse in die Atmosphäre gepumpt.

Als zwei Strahlungsmeßgeräte signalisierten, daß auch radioaktive Feststoffteilchen aus den Schornsteinen geschleudert wurden, wurden die Meßgeräte kurzerhand für defekt erklärt.

Fünf Stunden lang wurde radioaktives Krypton abgelassen. Die Atomaufsichtsbehörde versuchte der Bevölkerung weiszumachen, die gesundheitlichen Auswirkungen des Kryptons entsprächen einem halbstündigen Sonnenbrand.

Konferenz „Eisen und Stahl“ der IG Metall

Keine Rede vom Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung

Loderer: „Montanmitbestimmung für unseren Staat unersetzlich“

DORTMUND. — Die IG-Metall-Führung hielt am 3. Juli in der Dortmunder Westfalenhalle unter dem Motto „Montanmitbestimmung in Gefahr“ eine Eisen- und Stahlkonferenz ab. Auf dieser Veranstaltung bekräftigten die DGB- und IGM-Führer die falsche, arbeiterfeindliche Orientierung, durch die der Widerstand gegen den Angriff auf die Montanmitbestimmung in das reaktionäre Gleis der Klassenversöhnung und der „Mitwirkung am Ausbau des sozialen Rechtsstaates“ gelenkt wird.

An der Konferenz beteiligten sich rund 400 DGB-Funktionäre, Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute. Eine Abordnung der DGB-Führung mit der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Maria Weber (CDU) nahm ebenfalls an der Konferenz teil. Auch die CDU-Sozialausschüsse begrüßten die Konferenz und den von der IGM-Führung eingeschlagenen Kurs einer Verteidigung der Montanmitbestimmung bei gleichzeitiger Duldung der

den — auch in der Wirtschaft. „Wie der Beifall für Wehner zeigt, folgen auch heute noch viele Gewerkschaftsfunktionäre — nicht nur solche, die durch entsprechende Pöstchen korrumpiert sind, sondern auch solche, die es ehrlich meinen — den verlogenen Manövern der SPD/DGB-Spitzen, deren Zweck es ist, die werktätigen Massen vom Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und gegen Reaktion und Faschismus abzuhalten.“

Kulissen im Weg, die dazu dienen, dem Kapitalismus einen sozialen Anstrich zu verleihen. Sie denken heute bereits an die kommende Periode einer verschärften Wirtschaftskrise, wo sie offen und brutal jeden Widerstand gegen Lohnabbau und Massenentlassungen, gegen die Unterdrückung gewerkschaftlicher Aktivitäten und den Abbau demokratischer Rechte niederschlagen wollen.

Von daher ist es durchaus richtig und notwendig, auf den Angriff gegen die Montanmitbestimmung mit gewerkschaftlicher Mobilisierung und Kampfmaßnahmen zu antworten. Aber dieser Kampf muß sich tatsächlich an den Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten orientieren und nicht an dem Trugbild einer Sozialpartnerschaftsidylle.

Auf der Eisen- und Stahlkonferenz in der Westfalenhalle hat Loderer jedoch erneut anklingen lassen, daß man bereit sei, für die Rationalisierungspläne der Mannesmann-Bosse „Verständnis“ zu zeigen, falls diese ihrerseits in der Mitbestimmungsfrage einlenken würden! Das ist Verrat an den Interessen der Stahlwerker! Unter solchen Voraussetzungen ist eine Verteidigung der Montanmitbestimmung reaktionär und arbeiterfeindlich.

Bisher hat die IGM-Führung einen konsequenten Kampf für die 35-Stunden-Woche wie auch den Kampf gegen Massenentlassungen und Rationalisierungsterror in der Stahlindustrie sabotiert. Sie hat sich geweigert, die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung zu unterstützen. Wer — wie die DKP-Führung — über diesen Verrat der DGB-Bonzen schweigt, gleichzeitig aber ihre Erklärung und den angestrebten Kuhhandel in Sachen Montanmitbestimmung bejubelt oder mitmacht, der verschaukelt die Stahlwerker.

Auf der Eisen- und Stahlkonferenz wurde zwar radikal getönt: man werde die Montanmitbestimmung „mit allen Mitteln“ verteidigen; Loderer sagte, man werde sich diesmal nicht mit „Worthülsen“ oder Protesterklärungen begnügen. Von irgendwelchen Maßnahmen zur Abwendung der massiven Entlassungsfeldzüge der Stahlbarone aber war nicht die Rede. Was schert ein Loderer sich auch darum, daß gegenwärtig Zigtausende von Stahlwerkern in der Bundesrepublik um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen?

Die revolutionären und klassenbewußten Gewerkschafter müssen diese Politik konsequent verurteilen. Sie müssen gleichzeitig für Kampfmaßnahmen eintreten. Dabei muß jedoch die Forderung nach Erhaltung der Montanmitbestimmung untrennbar mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn und der Forderung nach der Erhaltung aller Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahlindustrie verknüpft werden!



Bewerbung mit eingebautem Eignungstest

Skandalöse politische Kündigung bei der „Stuttgarter Zeitung“

Verlagsherren verhängen Berufsverbot!

Entlassungsgrund: DKP-Kandidatur /IG Druck protestiert

STUTTGART. — Als „ungeheuren Skandal“ bezeichneten Vertreter der IG Druck und Papier die Kündigung der 29-jährigen Kontoristin Uta Stahl durch die Verlagsherren der als liberal geltenden „Stuttgarter Zeitung“. Als ausschließlichen Grund für die Kündigung hatte der Verlag die Kandidatur der Angestellten für die DKP bei den Gemeinderatswahlen angegeben.

Die Kollegin Uta Stahl befand sich noch in der sogenannten Probezeit. Sie arbeitete als Kontoristin in der Honorarbuchhaltung bei der „Stuttgarter Zeitung“. Zuvor hatte die ledige Mutter eines fünf Jahre alten Sohnes in einem Partnerverlag dieser Zeitung gearbeitet. Wegen ihrer ausgezeichneten beruflichen Leistungen war sie gelobt worden. Noch im Frühjahr hatte der Verlagsleiter gegenüber dem Betriebsrat seine Genugtuung darüber geäußert, daß es gelungen sei, eine so qualifizierte Kraft für die Honorarabteilung zu gewinnen.

Ende Juni aber wurde Uta Stahl von demselben Verlagsleiter aufgefordert, „freiwillig“ von sich aus zu kündigen, denn wegen ihrer Kandidatur auf der DKP-Liste zur Gemeinderatswahl sei sie bei der „Stuttgarter Zeitung“ nicht mehr tragbar. Die Kontoristin ließ sich auf diesen Erpressungsversuch nicht ein. Daraufhin unterrichtete der Verlag den Betriebsrat von der bevorstehenden fristgemäßen Kündigung durch den Verlag und begründete diese Maßnahme ausschließlich mit der Kandidatur der Angestellten für die DKP.

Bemerkenswert ist, daß nach den bestehenden Gesetzen eine Begründung der Kündigung gar nicht erforderlich gewesen wäre, weil sie noch vor Ablauf der sogenannten Probezeit erfolgte.

Diese politische Entlassung ist um so empörender, als gerade die „Stuttgarter Zeitung“ im Ruf steht, unter den bürgerlichen Tageszeitungen einer der heftigsten Kritiker des sogenannten Extremistenbeschlusses im öffentlichen Dienst zu sein. Wie zum Hohn erklärte der Verlag nun zu der Kündigung, eine weitere Beschäftigung der Angestellten sei „nicht vereinbar mit der liberalen Haltung und dem Ansehen des Hauses“.

Zu Recht prangerte der Landesbezirk der IG Druck und Papier das Vorgehen der Verlagsherren als *Ausdehnung der Praxis der Berufsverbote über den öffentlichen Dienst hinaus in die private Wirtschaft* an.

Und das geschäftsführende Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft, Jochen Müller, erklärte: „Mit dieser Kündigung gibt ein großer Zeitungsverlag zu erkennen, mit welcher Politik und welchen Mitteln Meinungsfreiheit betrieben wird... Wer nicht nach ihrer politischen Pfeife tanzt, kommt auf die schwarze Liste, wird eingeschüchtert oder entlassen.“

In der Belegschaft löste die Kündigung große Empörung aus. Der Betriebsrat legte einstimmig Widerspruch gegen die Entlassung ein. Darüber setzte sich die Geschäftsleitung jedoch ebenso hinweg, wie über eine Protesterklärung, die von 70 Angestellten der Redaktion und von allen anwesenden Res-

sportleitern unterzeichnet worden ist. Die Geschäftsleitung weigert sich sogar, die Protesterklärung und die Unterschriftenlisten überhaupt entgegenzunehmen! Eine Protestversammlung in der Redaktion und Unmutsäußerungen der Kollegen im technischen Bereich führten zur verspäteten Auslieferung einer Ausgabe der Zeitung.

Die IG Druck und Papier wird der Kollegin Rechtsschutz gewähren. Sie wird Klage beim Arbeitsgericht einreichen mit dem Ziel, die Kündigung für nichtig zu erklären. Der Betriebsrat warf in seinem Widerspruch zu der Kündigung der Verlagsleitung vor, sie verstoße gegen den Verfassungsgrundsatz der Koalitionsfreiheit.

IG-Druck-Funktionäre vor Gericht

DARMSTADT. — Die 5. Große Strafkammer des Landgerichts Darmstadt hat jetzt gegen drei Hessische Funktionäre der IG Druck und Papier das Verfahren eröffnet. Wegen der Solidaritätsaktion der IG Druck und Papier mit den ausgesperrten Kollegen von der Londoner „Times“ vor der TER-Druckerei in Zeppelinheim vom April 1979 werden die drei Kollegen des „Hausfriedensbruchs“ und der „Nötigung“ angeklagt.

Durch die Solidaritätsaktion war die Herstellung einer Streikbruchausgabe der „Times“ verhindert worden. Bei den angeklagten Gewerkschaftern handelt es sich um Manfred Balder, zweiter Landesbezirksvorsitzende der IG

Druck und Papier Hessen, Hans-Georg Fritz, Bezirksvorsitzender und Georg Wurstius, Bezirkssekretär.

In einem noch nicht rechtskräftigen Zivilverfahren war die IG Druck und Papier vor einigen Monaten wegen der Vorgänge bei der TER-Druckerei zu einer Schadensersatzzahlung von 58 000 DM verurteilt worden. Das Strafverfahren gegen die drei Kollegen wurde von der IG Druck und Papier als „eklatanter Angriff auf die gewerkschaftliche Betätigungsfreiheit“ verurteilt. Der Landesbezirksvorstand hat die Gewerkschaftsmitglieder „zur aktiven Solidarität mit den angeklagten Funktionären“ aufgerufen.



Wegen ihrer solidarischen Haltung mit den „Times“-Kollegen sollen drei Funktionäre der IG Druck und Papier auf die Anklagebank.



In der Dortmunder Westfalenhalle fand die Konferenz „Eisen und Stahl“ statt.

kapitalistischen Rationalisierung und der rücksichtslosen Arbeitsplatzvernichtung in der Stahlindustrie. Der Vorsitzende der Sozialausschüsse, Norbert Blüm, schickte ein Grußtelegramm.

Der IG-Metall-Vorsitzende Loderer formulierte die reaktionäre Position der Gewerkschaftsbonzen in der Mitbestimmungsfrage sehr klar, als er zum Kampf für die „für unseren Staat unersetzliche Montanmitbestimmung“ aufrief. Damit hat der IGM-Chef deutlich gemacht, worum es den DGB- und SPD-Führern mit der Verteidigung der Montanmitbestimmung in Wirklichkeit geht: nicht um die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten, sondern darum, die Gewerkschaften auf die Rolle einer Stütze des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Ausbeuterordnung zu verpflichten.

Gleichzeitig verteidigen die SPD- und DGB-Bonzen natürlich auch ihre speziellen persönlichen Interessen an der Mitbestimmung: Ihre Stellung und ihre Pöstchen als hochdotierte „Arbeitnehmervertreter“, als „unentbehrliche Spezialisten für die Wahrung des sozialen Friedens“.

Mit am meisten Beifall auf der Konferenz erhielt das Grußwort, das der SPD-Fraktionschef Herbert Wehner übermitteln ließ. Darin hieß es unter anderem: „Auch weiterhin werden Sozialdemokraten dafür streiten: Demokratie muß auf allen Ebenen verwirklicht wer-

Wenn Wehner so große Töne darüber spuckt, daß er und seinesgleichen Streiter für die „Verwirklichung der Demokratie auf allen Ebenen“ seien, warum hat er dann bislang keinen Finger für das gesetzliche Verbot der Aussperrung krumm gemacht?

Man muß sich nur die reaktionäre Regierungspraxis der SPD-Führer in Bonn, aber auch in Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen ansehen, die Berufsverbote oder Bespitzelung von Gewerkschaftern, um die widerliche Heuchelei und Verlogenheit solcher Sprüche zu erkennen: Es geht Wehner, Vetter, Loderer und Konsorten nicht um Demokratie, sondern darum, den Kapitalismus zu beschönigen, die Ausbeutung und Unterdrückung hinter einer Fassade von Mitbestimmung und angeblicher Sozialpartnerschaft zu verstecken.

Die Arbeiter und kleinen Angestellten in der Montanindustrie spüren, daß die Mitbestimmung Betrug ist, daß es eine „Demokratisierung des Wirtschaftslebens“ im Kapitalismus gar nicht geben kann. Trotzdem fassen sie den Versuch der Stahlbarone, die Montanmitbestimmung abzuschaffen, als Angriff gegen ihre sozialen Rechte auf. Und das mit Recht!

Es geht den Konzernherren darum, noch ungehemmter als bislang die Krisenlasten auf den Rücken des arbeitenden Volkes abzuwälzen. Dabei stehen ihnen in der Perspektive auch die sozialpartnerschaftlichen

„Einheitsgewerkschaft ist kein Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft“

„Holzarbeiter-Zeitung“ kritisiert Bundesvorstandsentwurf

DÜSSELDORF. — Vor einigen Wochen haben wir in einem Grundsatzartikel den Entwurf für das neue Grundsatzprogramm des DGB in seinen gewerkschaftspolitischen Kernpunkten kritisiert (vgl. RM Nr. 23 vom 6. Juni 1980, Seite 4). Daß wir Kommunisten mit unserer Kritik nicht allein auf weiter Flur stehen, wird durch den Verlauf der innergewerkschaftlichen Diskussion zunehmend bestätigt.

Ein Beispiel dafür ist der Beitrag des Kollegen Peter Stahlheber, „Einheit ist für alle da“, in der neuesten Ausgabe der „Holzarbeiter-Zeitung“, Mitglie-

(GHK) (vgl. HZ 7/80 auf Seite 18). Peter Stahlheber faßt in seinem Artikel die Ergebnisse mehrerer Wochenend- und Abendveranstaltungen der GHK im Bereich Gütersloh/Bielefeld zusammen, an denen

vornehmlich Betriebsräte, Jugendvertreter und Vertrauensleute teilgenommen haben. Im folgenden geben wir Auszüge aus dem Artikel im Wortlaut wieder.

Die Einheit — geboren aus der bitteren Erfahrung des Faschismus

Am häufigsten wurde Kritik an der nicht korrekten Definition der Einheitsgewerkschaft im Präambel-Entwurf geübt. Die hier enthaltene Festlegung vor allem der „Freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen“ sollte ersatzlos gestrichen werden. Es müßte heißen: „Die Einheitsgewerkschaft — geboren im Kampf gegen den Faschismus — hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Strömungen der Arbeiterbewegung in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt.“

Toleranz und Respekt vor der Meinung des anderen

Einheitsgewerkschaft, das heißt Toleranz und Respekt vor der Meinung des anderen. Nicht das Parteibuch zählt, sondern der Einsatz für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Angestellten auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Forderungen.

Adolf Kummernuß, langjähriger ÖTV-Vorsitzender, erklärte auf der Bundesjugendkonferenz seiner Gewerkschaft 1964: „Viele Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten kamen in den KZs und Zuchthäusern des Dritten Reiches zu der Erkenntnis: In der Weimarer Zeit gab es bis zu hundert Gewerkschaften. In den KZs haben wir uns lange unterhalten und waren uns einig, wenn wir mit dem Leben davonkommen und eine andere Zeit beginnt, dann müssen wir alles daransetzen und eine Einheitsgewerkschaft schaffen, denn nur eine Einheitsgewerkschaft kann verhindern, daß es wieder zu KZs kommt.“

In dem Dokumentarfilm „Du sollst dich nie vor einem lebenden Menschen bücken“ drückt der bekannte Gewerkschafter Willi Bleicher die Erfahrung vieler Kollegen nach 1945 aus: „Ich kam im Juni nach Stuttgart, 1945. Wir hatten die Vorstellung, daß es eine gemeinsame Arbeiterbewegung geben würde. In Baden-Württemberg, überall, waren die hauptamtlichen Stellen immer paritätisch besetzt: ein Kommunist, ein Sozialdemokrat und zuweilen auch ein Christlicher, wenn er da war.“

Heute wird die Einheitsgewerkschaft attackiert und ist gefährdet, wie nie seit ihrer Gründung. Gerade deshalb ist es wichtig, daß der DGB und seine Gewerkschaften eine Definition von Einheitsgewerkschaft haben, die geschichtlich einwandfrei ist und den Gegnern keine Angriffsflächen und Spaltungsmöglichkeiten bietet.

Das Kapital will schwache Gewerkschaften

Die Sachverwalter des Kapitals wünschen sich schwache, willfährige Gewerkschaften. Arbeitnehmerorganisationen, die zerstritten sind und im ideologischen Dauerclinch liegen, wären nach ihrem Geschmack. Hans Preiss vom Vorstand

Holzarbeiter-Zeitung mit dem Artikel „Einheit ist für alle da“.



Die Diskussion um das DGB-Grundsatzprogramm geht weiter. Einheitsgewerkschaft ist die Voraussetzung für die nachdrückliche Vertretung aller Arbeitnehmerinteressen ist. Das „Gemeinwohl“, das in den Vorüberlegungen strapaziert wird, ist viel zu verschwommen, um als Leitmotiv einer gewerkschaftlichen Arbeit zu dienen.

Druck-Kapitalisten fechten Aussperrungsurteil nicht an

FRANKFURT/MAIN. — Der Bundesverband Druck wird das Kasseler Aussperrungsurteil nicht vor dem Bundesverfassungsgericht anfechten. Gerold Mack, der Vorsitzende des „Sozialpolitischen Ausschusses“ des Bundesverbandes sagte: „Es besteht kein Grund dafür, da es uns nicht wehrlos gemacht hat.“

Bekanntlich waren die beiden Aussperrungsaktionen der Druck- und Verlagskapitalisten vom Bundesarbeitsgericht nicht für rechtmäßig erklärt worden, weil sie dem „Grundsatz der Verhältnismäßigkeit“ widersprachen bzw. weil in dem einen Fall nur Gewerkschaftsmglieder ausgesperrt worden waren. Die Vertreter des Unternehmerverbandes Druck beurteilen das Urteil dennoch positiv, weil es die Aussperrung grundsätzlich für rechtmäßig erklärt hat. Gerold Mack: „Wir müssen und können mit dem Urteil leben.“ Nach Karlsruhe werde man aber auf jeden Fall dann gehen — so Mack weiter — wenn SPD-regierte Bundesländer ihre Anknüpfung tatsächlich wahr machen sollten, die Aussperrung per Landesgesetz zu verbieten.

„Hamburger Morgenpost“: Betriebsrat zurückgetreten

HAMBURG. — Weil ihnen der stellvertretende Chefredakteur Klaus Schwidrowski zu unbequem war, haben die Herren von der Verlagsleitung der „Hamburger Morgenpost“ ihn gekündigt. Mit einem ungewöhnlichen Schritt versucht jetzt der Betriebsrat die Kündigung rückgängig zu machen.

Geschlossen trat der Betriebsrat in der vorletzten Woche zurück. Dadurch wird eine Neuwahl fällig und Klaus Schwidrowski wurde in den Wahlvorstand berufen. Dies ist von daher möglich, weil die Kündigung aus formalen Gründen bis jetzt noch nicht wirksam ist. Mitglieder des Wahlvorstands bei Betriebsratswahlen haben einen gesetzlichen Kündigungsschutz von sechs Monaten.

Kampf gegen Massenentlassungen in Rüsselsheim IG-Bergbau-Kollegen bekunden Solidarität!

SAARBRÜCKEN. — Der Kampf der Automobilarbeiter gegen Massenentlassungen bei den Rüsselsheimer Opel-Werken findet zunehmend aktive Unterstützung, auch unter den Gewerkschaften in anderen Industriezweigen. So schickte vor kurzem der Vorstand der Ortsgruppe Saarbrücken der IG Bergbau und Energie eine Solidaritätsresolution an den Betriebsrat der Rüsselsheimer Opel-Werke.

Im folgenden der volle Wortlaut der Resolution: „Liebe Kollegen von Opel-Rüsselsheim, mit Bestürzung haben wir von den Plänen des General-Motors-Konzerns gehört, der noch in diesem Jahr die Entlassung von über 4000 Kollegen des Opel-Werkes Rüsselsheim plant.“

Mit Euch sind wir solidarisch im Kampf gegen die geplanten Entlassungen!

Keiner einzigen Entlassung darf zugestimmt werden!

Für die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!

Diese Resolution wurde am 19. Juni auf der Vorstandssitzung der Ortsgruppe Saarbrücken der IGBE bei einer Enthaltung und einer Ablehnung verabschiedet.

WOLFSBURG. — Am 29. Juni sandte eine gemeinsame Versammlung von deutschen Kollegen und Kollegen aus der Türkei, die von der revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) für den Raum Wolfsburg, Peine, Salzgitter und Braunschweig organisiert worden war, folgende Solidaritätserklärung an die Belegschaft von Opel-Rüsselsheim:

„Mit Bestürzung haben wir von den Rationalisierungsmaßnahmen erfahren, die Euch treffen sollen.“

Seid versichert, daß wir Euch im Kampf um Euer Arbeitsplätze unterstützen. Jeder

Gewerkschaftskommentar

Der Entwurf des DGB-Bundesvorstandes für das neue Grundsatzprogramm hat den Grundsatz der „weltanschaulichen, religiösen und politischen Toleranz“ fallengelassen. Unter fortschrittlichen Gewerkschaftern stößt diese Änderung völlig zu Recht auf heftigen Widerstand, hat dieser Grundsatz doch den Zweck, das Prinzip der Einheitsgewerkschaft innerorganisatorisch zu sichern. Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit lehren uns, daß weltanschauliche und politische Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung kein Hinderungsgrund sein dürfen für den gemeinsamen Kampf gegen das Kapital und seine Sachwalter, für die Verwirklichung der proletarischen Klassensolidarität und der Gewerkschaftseinheit.

Hinter der Beseitigung des „Toleranzbegriffes“ steht die Absicht, die revolutionäre, vor allem die kommunistische Richtung aus dem Spektrum der Einheitsgewerkschaft auszuschließen, was nichts anderes bedeutet, als die Zerstörung des Prinzips der Einheitsgewerkschaft selbst. Dementsprechend hebt der Entwurf — ebenfalls im Gegensatz zum gegenwärtigen Grundsatzprogramm — zwei ideologisch-politische Richtungen aus der Gewerkschaftsbewegung ausdrücklich hervor, und zwar zwei bürgerliche Strömungen: die sozialdemokratisch-reformistische und die christlich-soziale Strömung.

Wer spaltet die Gewerkschaftseinheit?

Um ihren Dolchstoß gegen das Prinzip der Einheitsgewerkschaft zu rechtfertigen, greifen die antikomunistischen Scharfmacher im Gewerkschaftsapparat zum Mittel der Geschichtsfälschung und zu schmutzigen demagogischen Unterstellungen. So schreibt beispielsweise H.O. Vetter in der Funktionärszeitschrift des DGB „Die Quelle“: „Diejenigen, die versuchen, den Toleranzbegriff einzuklagen“, hätten es darauf abgesehen, „gleichzeitig die Definition der Einheitsgewerkschaft mit einer eigenständigen kommunistischen Tradition anzureichern“, eine solche jedoch habe es „in der demokratischen Gewerkschaftsbewegung nie gegeben“. (vgl. „Die Quelle“, Nr. 4, April 1980.)

Die Sache verhält sich doch wohl genau umgekehrt: Herr Vetter und seine Gesinnungsgenossen versuchen, die bedeutende Rolle der Kommunisten in der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und bei der Schaffung der Einheitsgewerkschaft wegzufälschen!

Dahinter verbirgt sich die Absicht, die Gewerkschaftseinheit zu spalten und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Kommunisten und andere revolutionäre Gewerkschafter ideologisch im DGB zu verankern. Genau dazu dient jene gleichermaßen glitschige wie demagogische Aussage, die in der Präambel des Programmentwurfs aufgenommen wurde und die da lautet:

„Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar.“

Hier spekulieren die Verfasser mit der Tatsache, daß wir Kommunisten, wie schon Karl Marx im „Kommunistischen Manifest“ geschrieben hat, es ablehnen, unsere Ziele und Absichten zu verhehlen. Das Ziel der Kommunistischen Partei ist der gewaltsame Sturz des Kapitalismus und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Warum sollten wir verschweigen, daß wir für dieses Ziel kämpfen? Sind wir doch davon überzeugt, daß in der sozialistischen Revolution der einzige Ausweg aus dem kapitalistischen Teufelskreis von Krisen, Arbeitslosigkeit, Verelendung, Faschismus und Krieg liegt! Natürlich versuchen wir, unsere Kollegen, mit denen wir solidarisch für unsere gemeinsamen Interessen als Arbeiter und Gewerkschafter kämpfen, von der Richtigkeit des revolutionären Programms unserer Partei zu überzeugen, ob am Arbeitsplatz, in der Gewerkschaft oder wo auch immer.

Wir Kommunisten treten gemeinsam mit Kollegen anderer politischer Richtungen für einen konsequenten gewerkschaftlichen Kampf ein und stärken die innergewerkschaftliche Opposition gegen den Verrat und die Sozialpartnerschaftsideologie der Bonzen. Wir wissen uns dabei in vollständiger Übereinstimmung mit unserer Partei und unseren weitergehenden politischen und gesellschaftlichen Zielen.

Die abwieglerische Haltung und Streikbruchtaktik der Bonzen ist umgekehrt eine logische Konsequenz daraus, daß sie den Kapitalismus, das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, stützen, daß sie den revolutionären Klassenkampf verhindern wollen. Den Schuh des „Mißbrauchs der Einheitsgewerkschaft“ müssen sie sich schon selber anziehen.

hf

Arbeitsplatz muß verteidigt werden. Wenn Ihr eine Demonstration in Rüsselsheim durchführt, wollen wir diese durch unsere Teilnahme unterstützen.

Gemeinsam gilt es jetzt erst recht, für die echte 35-Stunden-Woche einzutreten, daß alle Metalller da den gemeinsamen Kampf verstärken.“

Unsere Partei, die KPD, ruft alle Genossen, alle Leser

des „Roten Morgens“ auf, sich an ihrem Arbeitsplatz, in ihrer gewerkschaftlichen Organisation, für ähnliche Solidaritätsäußerungen an die Rüsselsheimer Kollegen einzusetzen! Denn Rüsselsheim ist nur der erste Vorstoß der Automobil-Kapitalisten für eine brutale Welle von Massenentlassungen in diesem ganzen Industriezweig.

5. Oktober — Bundestagswahl

Kann die SPD Strauß verhindern?

Was sollen wir wählen am 5. Oktober? Für die meisten Arbeiter ist diese Frage heute schon entschieden: Sie werden ihr Kreuz bei der SPD machen. Diese Erfahrung haben viele Genossen schon gemacht, wenn es darum ging, die Kollegen in bezug

Zunächst einmal: Sind alle diese möglichen oder wahrscheinlichen SPD-Wähler nun überzeugte Sozialdemokraten oder auch nur Anhänger der Schmidtschen Regierungspolitik? Natürlich nicht. Sicher hat die SPD — vor allem über die Gewerkschaften — noch einen beträchtlichen ideologischen und politischen Einfluß in der Arbeiterklasse und in geringem Maße unter den Werktätigen überhaupt. Und es gibt dementsprechend auch eine Tradition bei der Stimmabgabe für die SPD. Aber dieser Fakt sollte nicht in dem Sinne überschätzt werden, daß man daraus die Folgerung zieht, die Arbeiter wären eh auf die SPD festgelegt, und für die VOLKSFRONT sei da nur wenig zu machen.

Man denke nur an die letzten Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, wo die SPD gerade in den Arbeitervierteln der Großstädte stark an Stimmen verlor. Nicht zugunsten irgendeiner anderen bürgerlichen Partei, sondern einfach auf Grund der Tatsache, daß in diesen Vierteln die Wahlbeteiligung auf bis zu 50 Prozent zurückging. Und das war selbstverständlich ein deutliches Mißtrauensvotum gegen die SPD. Zugleich zeigte sich darin auch ein gewisses Abbröckeln der parlamentarischen Illusionen, die insgesamt in unserem Land noch verhältnismäßig stark sind.

Polarisierung

Eine solche Situation wie bei den Kommunalwahlen in NRW wird es jedoch am 5. Oktober nicht geben. Denn da ist die Sache mit Strauß — zugleich der springende Punkt bei unserem Kampf um Arbeiterstimmen für die VOLKSFRONT. Die vielbeschworene Polarisierung hat zweifellos stattgefunden. Und welchen Einfluß sie auf Wahlen hat, konnte man an der Serie der letzten Landtagswahlen schon feststellen. Nun ist diese Polarisierung und die damit verbundene Mobilisierung der Werktätigen gegen Strauß keinesfalls ein Verdienst der SPD. Hat die Führung dieser Partei doch alles getan, um die von Strauß ausgehende Gefahr herunterzuspielen, die Bewegung gegen ihn abzuwiegeln, ja abzuwürgen. Die Schmidt und Wehner stellen dem CSU-Chef in letzter Zeit ganze Serien von Persilscheinen aus.

Aber die Werktätigen, vor allem die Arbeiter, denken eben anders über Strauß als die Spitzen der SPD. Sie erkennen in ihm die aggressivste politische Figur des Klassenfeindes; sie spüren hinter seinem versuchten Machtantritt den Generalangriff der herrschenden Klasse gegen ihre Lebensinteressen. Und das entspricht ja genau dem, was unsere Partei über die Pläne der reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals, die sich mit der Person von Strauß verbinden, wissenschaftlich nachgewiesen hat.

Es geht am 5. Oktober also gegen Strauß. Und wenn es dieses Mal — was wahrscheinlich ist — eine hohe Wahlbeteiligung geben wird, wenn viele Arbeiter für die SPD stimmen, dann eben

nicht unbedingt aus Überzeugung für diese Partei, mit der sie ja in der Regel auch ihre schlechten Erfahrungen gemacht haben. Sie sagen vielmehr: Der Strauß ist noch schlimmer; der darf nicht dran. Aber warum dann nicht VOLKSFRONT wählen? Hier kommen dann die bekannten Argumente, auch bei solchen Kollegen, die mit den Forderungen der VOLKSFRONT vollständig einverstanden sind: Ihr kommt ja doch nicht dran, und meine Stimme fehlt am Ende womöglich der SPD für die Mehrheit.

Es liegt auf der Hand, daß gerade angesichts der erwähnten Polarisierung bei dieser Wahl die reaktionäre Fünfprozentklausel ihre beabsichtigte Wirkung tut, nämlich demokratischen oder kommunistischen Organisationen den Weg ins Parlament zu erschweren beziehungsweise ganz zu verbauen. Und die SPD tut noch ein übriges, indem sie alle nicht für sie selbst abgegebenen Stimmen schlichtweg zu einer Reserve für Strauß erklärt.

Vom Klassenkampf ausgehen

Nun haben die oben angeführten Argumente durchaus eine gewisse Logik. Die VOLKSFRONT macht ja beispielsweise weder sich noch anderen irgendwelche Illusionen darüber, daß sie nach der Bundestagswahl 1980 mit einer Parlamentsfraktion im Bundestag gegen Strauß antreten könnte. Dieser Schein von Logik läßt sich jedoch nur so lange aufrechterhalten, wie man sich im Rahmen der Wahlarithmetik und des bürgerlichen Parlamentarismus bewegt. Geht man dagegen — wie es in jeder Frage notwendig ist — vom Klassenkampf aus, dann ergibt sich ein völlig anderes Bild. Und nur so läßt sich die Sache mit Strauß und der SPD vom Kopf wieder auf die Füße stellen.

Wenn man also nicht von den Mehrheiten im Bundestag, sondern vom Klassenkampf ausgeht, wird die Stimme für die SPD als eine verlorene Stimme erkennbar. Denn zunächst einmal ist die SPD ebenso wie die anderen Bundestagsparteien eine bürgerliche Partei, die nicht unsere, sondern die Interessen des Kapitals vertritt. Wir haben diese grundlegende Tatsache im RM immer wieder nachgewiesen, in einer der nächsten Nummern werden wir darüber hinaus noch einmal eine Bilanz der sozialdemokratischen Regierungspolitik aus den letzten vier Jahren ziehen. Hier wollen wir uns — was den klassenmäßigen Charakter der SPD betrifft — mit dem Hinweis auf Nordrhein-Westfalen begnügen, wo diese Partei jetzt ja allein die Regierung bildet, sich also nicht bei der Durchführung ihrer Politik hinter dem Koalitionspartner FDP verstecken kann. Dennoch blockt hier die SPD beispielsweise massiv die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung ab, werden hier Berufsverbote in ebenso scharfer Form durchgeführt wie in den CDU/CSU-regierten Ländern usw.

auf die Bundestagswahl für eine Unterstützung der VOLKSFRONT zu gewinnen. Wir wollen uns im folgenden Artikel mit einigen Fragen beschäftigen, die durch diese Tatsache aufgeworfen werden.

In dieser Hinsicht verhält es sich mit der Wahl der SPD als dem „kleineren Übel“ gegenüber Strauß tatsächlich so, wie es kürzlich in einer Betriebszeitung unserer Partei zu lesen stand: „Schließlich geht man ja auch nicht in ein Geschäft und sagt: Ich will nicht den faulen Apfel, sondern nur eine halbfaulen.“ Nun gibt es viele Kollegen, die soweit durchaus klarsehen, die aber dennoch — um im Bild zu bleiben — sozusagen im vollen Bewußtsein in den halbfaulen Apfel beißen, nur um eben dadurch Strauß den

Finanzkapitals. In der Rechnung dieser Kräfte ist Strauß nur ein Posten, allerdings ein wichtiger, weil er ihre Absichten uneingeschränkt durchzusetzen verspricht. Den Hintergrund für diesen Vorstoß bildet die auch von der Bourgeoisie erwartete Verschärfung der Klassenkämpfe in den achtziger Jahren auf nationaler und internationaler Ebene. Und die Frage muß doch dann so gestellt werden, wie sich die SPD-Führung gegenüber diesem Vorstoß verhält. Sie tritt heute — wie wir gesehen haben — die Interessen des Kapi-



Weg ins Kanzleramt zu versperren. Viele „Linke“ innerhalb der SPD und in ihrem Umkreis nutzen gerade eine solche Haltung aus, wenn sie jetzt die Kritik an der arbeiterfeindlichen Politik der SPD aufnehmen, zum Teil sogar unterstützen, dann aber dazu aufrufen: Trotz alledem müsse man jetzt „zähneknirschend“ oder „zum letzten Mal“ die SPD wählen — wegen Strauß.

Hier wird schon ganz bewußt mit dem „kleineren Übel“ gearbeitet, hier wird nicht mehr für die SPD geworben, sondern nur noch gegen Strauß, aber eben so, daß die Wahl zwischen zwei bürgerlichen Parteien zur einzigen Alternative für die Arbeiterklasse und die Werktätigen erklärt wird. Aber wie immer, wo das „kleinere Übel“ demagogisch ins Spiel gebracht wird, so stellt sich doch auch hier konkret die Frage, ob man mit ihm denn das „größere Übel“ verhindern kann. Ist also die parlamentarische Mehrheit für die SPD und ihren Koalitionspartner im nächsten Bundestag eine realistische Möglichkeit, um Strauß zu stoppen, seinen drohenden Machtantritt zu vereiteln?

Allianz gegen die Werktätigen

Hier muß wiederholt werden, was oben schon gesagt wurde. Es geht nicht um die Person des Franz Josef Strauß. Es geht um den Vorstoß der aggressivsten und reaktionärsten Kräfte des Kapitals, und sie wird sich erst recht dann nicht auf die Seite der Ar-

beiterklasse und der Werktätigen stellen, wenn sich die Klassenkämpfe in einem Maße verschärfen, daß die Herrschaft der Bourgeoisie gefährdet ist.

Heute bestehen zwischen der SPD-Führung und den Strauß-Leuten bekanntermaßen Differenzen in nahezu allen politischen Fragen. Aber das sind nur taktische Widersprüche im Rahmen der bürgerlichen Politik. Diesen Rahmen selbst jedoch wird die SPD-Führung aufgrund ihrer Klassennatur niemals sprengen. Und das bedeutet eben auch, daß sie sich dem Vorstoß der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Finanzkapitals, daß sie sich der weiteren Faschisierung und schließlich der Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur nicht ernsthaft entgegenstellen wird.

Unbewiesene Behauptungen? Sehen wir uns doch nur an, wie sich die SPD-Spitze gegenüber Strauß, dem Einpeitscher des Kurses auf ein neues 33, verhält. Die Führer der Sozialdemokratie haben mit Strauß in einer Regierung gesessen und gemeinsam mit ihm die Notstandsgesetze durchgebracht — die legale Ermächtigung für die Errichtung einer faschistischen Diktatur. Noch 1974 hat Herbert Wehner die Möglichkeit einer neuen Großen Koalition mit der Strauß-Partei öffentlich angekündigt. Helmut Schmidt hat den CSU-Chef nach dessen Kanzlerkandidatur als seinen Wunschgegner bezeichnet und immer wieder den angeblichen demokratischen Charakter dieses Mannes herausgestrichen. Konsequenterweise hat die SPD die „Solidarität der Demo-

SPD-Führung in den letzten Monaten auch alles unternommen, um die Massenbewegung gegen Strauß und die von ihm repräsentierte Politik zu lähmen und zu unterbinden.

Das ging bekanntlich bis zu dem ausdrücklichen Verbot für alle Parteiorganisationen, sich an irgendwelchen Anti-Strauß-Aktionen zu beteiligen. Besonders gefährlich für die Zukunft unseres Volkes sind in diesem Zusammenhang die Versuche sozialdemokratischer DGB-Führer, auch innerhalb der Gewerkschaften den Kampf gegen Strauß zu ersticken — bei gleichzeitigen Zugeständnissen an dessen Politik. So sollen gerade die Gewerkschaften, die umfassendsten Massenorganisationen der Arbeiterklasse, als Basis des Kampfes gegen ein neues 33 ausgeschaltet werden. Bei all dem kommt wahrhaftig keine prinzipielle Gegnerschaft der SPD-Führung gegenüber Strauß und dem von ihm vertretenen Programm zum Ausdruck. Deutlich wird hier vielmehr das, was man in Bonn ger-

auch Hitler keineswegs an die Macht gewählt wurde. Sein Machtantritt vollzog sich nicht über eine parlamentarische Mehrheit seiner Partei. Sondern er wurde durch eine direkte Absprache der Spitzen des Monopolkapitals mit Führern anderer bürgerlicher Parteien in die Kanzlerschaft eingesetzt. Dieser Vorgang spiegelt die Tatsache wider, daß es eben nicht die bürgerlichen Parlamente sind, die über Zusammensetzung und Kurs der Regierungen entscheiden, sondern letztlich die herrschende Klasse selbst. In bezug auf Strauß bedeutet das aber, daß seine Karriere keineswegs dadurch beendet wäre, wenn am 5. Oktober (wofür im Augenblick vieles spricht) die Koalitionsparteien die Mehrheit bekommen. Strauß hat sich für die reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals als der geeignete Mann erwiesen. Und diese Kräfte werden sich dann, wenn sie sich durch ein Anwachsen der Klassenkämpfe bedroht sehen, nicht um irgendwelche parlamentarischen Mehrheiten scheeren, wo es darum geht, ihren starken Mann an die Spitze ihrer Regierung zu setzen.

Um jede Stimme für die VOLKSFRONT kämpfen

Eine Stimmabgabe für die SPD am 5. Oktober kann also weder Strauß und das mit seiner Person verbundene Programm verhindern, noch ist die SPD-Führung überhaupt bereit, einem Machtantritt von Strauß (der sich wie gesagt auch nach der Wahl vollziehen könnte) ernsthaft entgegenzutreten. Das Votum für die SPD bei den Bundestagswahlen bedeutet insofern objektiv die Stärkung der Allianz der bürgerlichen Parteien insgesamt; konkret: das Stützen einer Partei, die Strauß den Weg bahnt.

Für uns stellt sich im Kampf gegen Strauß und seine Hintermänner die Aufgabe, die Werktätigen aus ihren Illusionen über die SPD und das parlamentarische System zu lösen; deutlichzumachen, daß dem Kurs der Herrschenden auf ein neues 33 nur durch den revolutionären Klassenkampf zu begegnen ist. In diesem Sinn muß auch die Bewegung gegen Reaktion und Faschismus — die nach der Kanzlerkandidatur von Strauß insgesamt einen Aufschwung genommen hat — weiter entfaltet und vor allem in den Gewerkschaften verankert werden. Und es gilt, die VOLKSFRONT zu stärken, die dieser Bewegung organisierten Charakter gibt.

Angesichts der noch vorhandenen Illusionen wäre es natürlich falsch, konkret am 5. Oktober darauf zu verzichten, eine wirkliche Alternative zu Strauß zur Wahl zu stellen. Die VOLKSFRONT ist eine solche Alternative und wird von unserer Partei in ihrer Kandidatur nach Kräften unterstützt. Diese Kandidatur bietet die Möglichkeit, daß viele Werktätige den Teufelskreis des „kleineren Übels“ durchbrechen können, der — wie gesagt — objektiv immer nur zur Stützung der einen bürgerlichen Partei gegen die andere führt.

So ist auch der Wahlkampf selbst ein wichtiges Feld bei der Mobilisierung der Werktätigen für einen eigenständigen Kampf gegen Reaktion und Faschismus. Von selbst läuft da natürlich nichts. Eine solche Mobilisierung fordert den höchsten Einsatz der Kräfte, und das heißt auch, für jede VOLKSFRONT-Stimme zu kämpfen. Detlef Schneider

kraten“ nennt — soll heißen: die klassenmäßige Allianz aller bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterklasse und das Volk.

Lehren aus der Geschichte ziehen

Und wie sich diese Allianz (bei allen Differenzen innerhalb des bürgerlichen Lagers) letztlich notwendig auswirkt, dafür hat gerade unser Volk ein geschichtliches Beispiel von größter Tragweite. Gemeint ist die Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur des Monopolkapitals mit Hilfe der Hitler-Partei. Heute ist den meisten Antifaschisten klar, daß der 30. Januar 1933 nur durch den Klassenkampf, die einheitlich kämpfende Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen werktätigen Schichten hätte verhindert werden können. Genauso diesen Kampf aber haben die sozialdemokratischen Führer in Partei und Gewerkschaft damals gelähmt, gespalten und unterdrückt — so wie sie es heute mit dem Widerstand gegen Strauß tun.

Sie haben damals versucht, die Werktätigen vom revolutionären Massenkampf weg auf die verschiedenen Reichstagswahlen hin zu orientieren — so als hätte Hitler mit dem Wahlerfolg gestoppt werden können. Das gleiche Spiel wiederholt sich heute wieder, wenn behauptet wird, eine SPD-Mehrheit am 5. Oktober würde den Machtantritt von Strauß verhindern. In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß ja

Berufsverbote werden verschärft

„Was uns als Liberalisierung verkauft wurde, war nichts als Schwindel“

Für die bürgerlichen Medien waren sie schon lange kein Thema mehr — die Berufsverbote, eines der Markenzeichen des „Modells Deutschland“. Mit der im Januar 79 von der Bundesregierung verfügten „Liberalisierung“, so schien es — und so sollte es scheinen —, wäre der berüchtigte

Die Bundesregierung selbst hat in den letzten Wochen dafür gesorgt, daß mögliche Illusionen in dieser Hinsicht wie Seifenblasen zerplatzen. Schlag auf Schlag hat sie im Bereich ihrer eigenen Behörden — Bahn, Post, Versicherungsanstalten — die Praxis der Berufsverbote nicht nur in größerem Umfang wiederaufgenommen, sondern auch in einem bislang unbekannten Maße verschärft. Wie paßt das nun zusammen mit der so ausgiebig bejubelten „Liberalisierung“? Sind hier nur einzelne reaktionäre Elemente — wie etwa der Bundesdisziplinaranwalt Claussen — am Werk, die jetzt gegen den Willen der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien nur noch erbitterte antiliberaler Nachrückgefechte liefern?

Diesen Eindruck versucht zumindest die SPD zu erwecken, wo es nach der Aussage des MdB Thüsing keinen Bundestagsabgeordneten mehr gäbe, der nicht gegen die Berufsverbote wäre. Demgegenüber erklärte vor wenigen Wochen Georg Hundt, der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungdemokraten: „Was uns als Liberalisierung der Berufsverbote verkauft wurde, war nichts als ein großer Schwindel.“ Wie steht es gegenwärtig als wirklich um die Berufsverbote?

Kampferfolge gegen Berufsverbote

Beginnen wir mit einer positiven Zahl. Eine internationale Konferenz gegen die Berufsverbote, die Anfang Juni in Hamburg durchgeführt wurde, konnte darauf verweisen, daß im vergangenen Jahr (also nach der „Liberalisierung“) über hundert Berufsverbote durch politische oder gerichtliche Entscheidungen aufgehoben wurden. Das ist natürlich eine beachtliche Zahl. Und sie ist eindeutig zu werten als ein großer Erfolg, der im Kampf gegen die Folgen des Radikalenerlasses erzielt wurde. Sie zeigt, daß es nicht nur notwendig ist, auf allen Ebenen den reaktionären Bonner Staat zu bekämpfen, sondern daß es auch möglich ist, in einem solchen Kampf Siege zu erringen.

Zudem waren ja gerade die Berufsverbote zu einem Reizwort für die demokratische Öffentlichkeit in ganz Westeuropa geworden. Und unter diesem Stichwort formierte sich auch im Ausland eine breite Bewegung gegen das „Modell Deutschland“, entwickelte sich die Solidarität mit den Opfern des Radikalenerlasses. Die erwähnte Hamburger Konferenz zeigte in diesem Zusammenhang einmal mehr, daß viele ausländische „Bruderparteien“ der SPD nach wie vor die vollständige Abschaffung der Berufsverbote fordern.

Im Rahmen dieses Kampfes im In- und Ausland muß denn auch die „Liberalisierung“ vom Januar 1979 selbst gesehen werden. In den von der Bundesregierung beschlossenen „Grundsätzen für die Prüfung der Verfassungstreue“ finden

sich an mehreren Stellen Hinweise darauf, daß die Bonner Koalition überhaupt nur unter dem Druck der Protestbewegung und unter dem Eindruck einer breiten Empörung — zumindest eines Unbehagens — über die Berufsverbote eine Abänderung des Radikalenerlasses von 1972 für nötig gehalten hat.

Radikalenerlaß von 1972 weitgehend vom Tisch. Besteht also kein Anlaß mehr, sich über die Berufsverbote zu beunruhigen, mit deren Handhabung für einen Teil der Werktätigen in unserem Land die Verfassung ganz offen außer Kraft gesetzt wurde?

dem Radikalenerlaß. Eine vom Westberliner „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ vor einigen Wochen vorgelegte Untersuchung hat das natürlich bewiesen.

Die Untersuchung, an der unter anderem die Professoren Blanke, Grottian und Narr beteiligt waren, kommt in bezug

nach wie vor die alte Praxis der Berufsverbote durch — also einschließlich der Regelanfrage beim Verfassungsschutz —, während sich die anderen Bundesländer verpflichtet haben, die „Grundsätze“ der Bundesregierung — also Fortfall der Regelanfrage — zu übernehmen. Die hier angeführten Zah-



Im Kampf gegen die Berufsverbote sind Erfolge erzielt worden.

So heißt es etwa: „... insbesondere hat dieses Verfahren (gemeint ist die Regelanfrage — RM) Teile der jüngeren Generation unserer Verfassung entfremdet.“ Oder: „Dennoch hat die automatische Heranziehung des Verfassungsschutzes wesentlichen Anteil an den besonders bei der jungen Generation vorhandenen Vorbehalten gegenüber dem Verfassungsschutz.“

Diese beiden Zitate machen nicht nur den Charakter der neuen „Grundsätze“ als Zugeständnis an die Protestbewegung deutlich. Sie zeigen auch, daß es sich dabei um eine rein taktische Maßnahme handelt.

Wie schon der Titel der „Grundsätze“ sagt, soll am verfassungswidrigen Kern des Radikalenerlasses, nämlich der „Prüfung der Verfassungstreue“, nicht gerüttelt werden. Man will nur das beseitigen, was sozialliberale Politiker in der Begründung der „Grundsätze“ immer wieder die „Auswüchse“ des Radikalenerlasses genannt haben. Konkret: Fortfallen soll nur die sogenannte Regelanfrage, das heißt die automatische Überprüfung aller Bewerber für den öffentlichen Dienst durch den Verfassungsschutz. Damit erhofft man sich, die „Vorbehalte“ und die „Entfremdung“ vor allem der Jugend gegenüber dem Bonner Staat abzubauen.

„Die Liberalisierung hat nicht stattgefunden“

Aber wenn man das Bild von den „Auswüchsen“ einmal auf den medizinischen Bereich überträgt: Ein Krebsgeschwür läßt sich natürlich nicht dadurch beseitigen, daß nur jeweils die ärgsten Wucherungen entfernt werden. Das Geschwür wird dennoch weiterwuchern. Und so verhält es sich auch mit

auf die Berufsverbotepraxis in den Jahren 1979 und 1980 zu dem Schluß: „Die Liberalisierung hat nicht stattgefunden.“ Die Autoren haben 258 gegenwärtig anhängige Berufsverbotsverfahren analysiert. (Dabei handelt es sich noch nicht einmal um die Gesamtzahl der Verfahren; es gibt Schätzungen, nach denen sich diese Zahl augenblicklich auf 400 beläuft). Interessant sind die folgenden Zahlen, die im Rahmen der Untersuchung ermittelt wurden: von den 258 Verfahren sind 134, also mehr als die Hälfte, erst nach der angeblichen Liberalisierung durch die „Grundsätze“ vom Januar 79 eingeleitet worden. Und von diesen Neufällen entfallen wiederum 63 auf SPD/FDP-regierte Bundesländer.

Zur letzten Zahl ist folgendes anzumerken: Die CDU/CSU-regierten Länder führen

len beweisen zumindest eines: Die reaktionäre Praxis der Berufsverbote geht weiter, und zwar in allen Bundesländern — ungeachtet der „Liberalisierung“, zu der sich SPD und FDP verpflichtet haben.

Was die Begründungen für die untersuchten Berufsverbote betrifft, so zeigt sich, daß nach wie vor die Mitgliedschaft in bestimmten Organisationen den entscheidenden Ausschlag gibt. 74 Prozent der eingeleiteten Verfahren wurden mit der Mitgliedschaft in politischen Parteien oder parteiähnlichen Organisationen beziehungsweise mit „parteilichen Bindungen“ begründet. Elf Prozent der Fälle entfielen auf Massenorganisationen, die diesen Parteien zugeordnet wurden. Und 15 Prozent der Berufsverbotsopfer wurde die Mitgliedschaft in studentischen Organisationen während ihrer Studienzeit

zum Vorwurf gemacht.

Bezeichnend für die Stoßrichtung der Berufsverbote ist die folgende Zahl: In 90 Prozent der untersuchten Fälle handelt es sich um wirkliche oder angebliche Mitglieder von solchen Organisationen, die vom Verfassungsschutz als kommunistisch bezeichnet werden (darunter fallen sowohl unsere Partei wie auch die DKP und die sogenannten K-Gruppen). Leider sind in der Untersuchung die übrigen zehn Prozent nicht näher aufgeschlüsselt. Es kann jedoch aufgrund der Erfahrungen gesagt werden, daß Mitglieder — selbst höchste Funktionäre — von faschistischen Organisationen nur höchst selten vom Berufsverbot betroffen sind.

Die Westberliner Untersuchung ist auch der Frage nachgegangen, welche realen Auswirkungen der Fortfall der Regelanfrage — das Kernstück der „Liberalisierung“ — bei den Bundesbehörden und in den SPD/FDP-regierten Ländern gehabt hat. In den „Grundsätzen“ vom Januar 79 — darauf muß nachdrücklich hingewiesen werden — ist ja keinesfalls generell untersucht worden, daß sich Einstellungsbehörden Auskünfte über bestimmte Bewerber beim Verfassungsschutz holen. Es heißt dort vielmehr: „Anfragen (beim Verfassungsschutz — RM) haben zu erfolgen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte darauf hindeuten, daß der Bewerber nicht die Voraussetzungen für die Einstellung in den öffentlichen Dienst erfüllt.“

Gesinnungsprüfung wird fortgesetzt

Und solche „Anhaltspunkte“ — das weist die Untersuchung nach — sind von den Einstellungsbehörden auch ohne routinemäßige Anfragen beim Verfassungsschutz eingeholt worden. Einige Beispiele:

- In den Amtsblättern, die diesen Behörden zugehen, sind regelmäßig die Namen von Kandidaten für die verschiedenen Parlamente aufgeführt — also auch von solchen, die für sogenannte verfassungsfeindliche Parteien kandidieren.
- In einigen Ländern müssen Bewerber Personalbögen ausfüllen, in denen auch nach Ermittlungs- und Strafverfahren gefragt wird. Angaben über etwaige politische Verfahren geben dann die gewünschten „Anhaltspunkte“; die Anfrage beim Verfassungsschutz kann erfolgen.
- Nicht berührt von der „Li-

beralisierung“ wurde die sogenannte Rasteranfrage. Das heißt, die betreffende Behörde fragt beim Verfassungsschutz nicht die Daten der Bewerber ab, sondern läßt sich umgekehrt Listen von Mitgliedern „verfassungsfeindlicher“ Organisationen kommen und vergleicht die dann mit den Namen der Bewerber.

• Weiterhin gibt es den „kurzgeschlossenen Kontakt“ der Behörden zum Verfassungsschutz. Man stellt über einen Bewerber keine offizielle Anfrage bei den Schnüffeldiensten — was gegen die „Grundsätze“ verstoßen würde. Sondern man holt sich die gewünschten Informationen per Telefon ein. Eine solche Praxis ist vor einigen Monaten im Bereich mehrerer großer Universitäten aufgedeckt worden.

• In Nordrhein-Westfalen (SPD-Alleinregierung) müssen alle Bewerber eine Erklärung unterschreiben, daß sie „in keiner Weise Bestrebungen unterstützen, deren Ziele gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind“. Ein Verschweigen von einschlägigen Mitgliedschaften wird als „arglistige Täuschung“ gewertet; lehnt ein Bewerber die Unterzeichnung dieser diskriminierenden Erklärung ab, erfolgt automatisch die Anfrage beim Verfassungsschutz.

• Eine letzte Möglichkeit schließlich, um das in den „Grundsätzen“ enthaltene Verbot der Regelanfrage zu umgehen: Ein ganzer Einstellungsbereich kann als „sicherheitsempfindlich“ deklariert werden und ist damit von der „Liberalisierung“ ausgenommen. Dieser Methode bediente sich zum Beispiel Postminister Gscheidle, der den gesamten Zustelldienst bei der Bundespost zum „sicherheitsempfindlichen“ Bereich machte. Die dort Beschäftigten sind also nach wie vor der Regelanfrage unterworfen.

Diese Beispiele beweisen schon, wie hohl und brüchig die sogenannte Liberalisierung ist. Der offizielle Wegfall der Regelanfrage hat die systematische und hemmungslose Beschnüfflung der Werktätigen des öffentlichen Dienstes durch den Verfassungsschutz also keinesfalls beendet. Die erwähnte Untersuchung des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“ weist sogar eine Verschärfung der Bespitzelung in einigen Bereichen nach. Dazu sollen noch einmal die „Grundsätze“ der Bundesregierung angeführt werden.

Es heißt dort — unter Berufung auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975, daß die Behörden den Vorbereitungsdienst und die Probezeit eines Bewerbers dazu benutzen sollen, ihn „intensiv kennenzulernen, ihn zu beobachten und sich schließlich ein Urteil über seine Persönlichkeit zu bilden“. Dieser Satz legt schon nahe, was die Untersuchung anhand der Praxis der vergangenen anderthalb Jahre bestätigt: Die Bespitzelung eines Bewerbers hat sich teilweise direkt an seinen Arbeitsplatz verlagert, wo er nach dem Willen der Bundesregierung ständig beobachtet, wo seine Gesinnung einer fortwährenden Überprüfung unterzogen werden soll.

Soweit zu den konkreten Folgen der vielberufenen „Liberalisierung“. In einem weiteren Artikel im nächsten RM werden wir zeigen, daß sich auch am reaktionären Kern der Berufsverbote durch die „Liberalisierung“ nichts geändert hat.

APPEL AU PARLEMENT EUROPEEN UR L'ABOLITION DES "BERUFSSVERBOTE"



Demonstration in Frankreich gegen Berufsverbote.

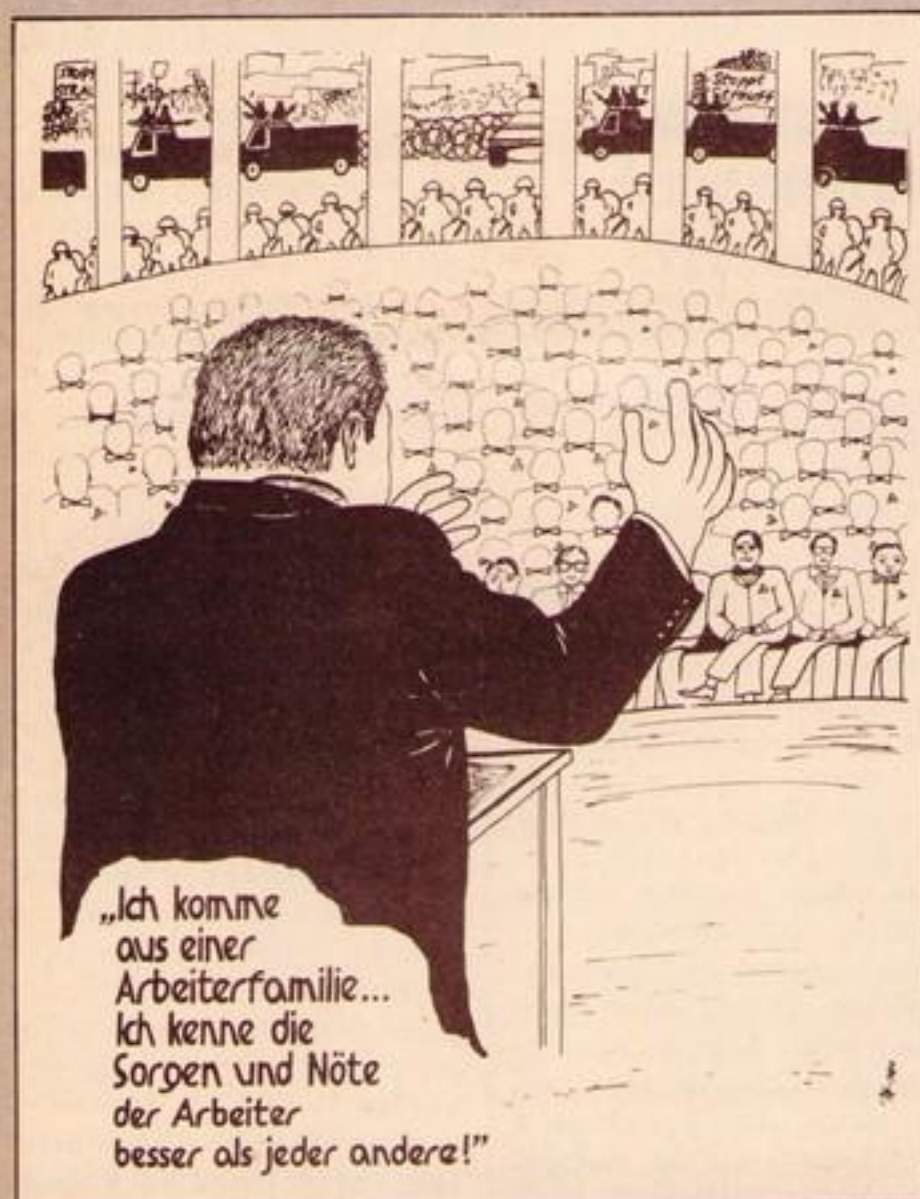
Verkaufserlös für die VOLKSFRONT

„Nostalgie“ (Federzeichnung DIN A 4), Stückpreis 1 Mark
 „Ich komme aus einer Arbeiterfamilie...“ (Federzeichnung DIN A 3) Stückpreis 2 Mark
 „Wir wollen leben!“ (Kohlezeichnung DIN A 3), Stückpreis 2 Mark.

Der Zeichner Pit Becker schreibt uns: „Der Erlös vom Verkauf der Drucke kommt der VOLKSFRONT zugute. Die Preise habe ich entsprechend niedrig gehalten, damit die Drucke auch für breite Teile der Bevölkerung zugänglich sind.“ Bestellung (nur ab 5 Stück) bei: Pit Becker, Bachgasse 61, 6140 Bensheim 3. Die Sendung erfolgt per Nachnahme (Rechnung anbei).



Nostalgie



Nie wieder Faschismus!
 Nie wieder Krieg!

Wir wollen leben!



Oft steht der Mutterschutz nur auf dem Papier

„Hier wird geschafft — klar?“

Korrespondenz zum Gesundheitswesen aus Rüsselsheim

Sie trafen sich nach längerer Zeit rein zufällig am Bahnhof. Der Zug war gerade abgefahren und so beschlossen sie, noch einen Kaffee trinken zu gehen. Sie hatten sich eine Menge Neues zu erzählen. Während die eine in der Fabrik

Die Kollegin aus der Fabrik mußte ausschließlich im Stehen an ihrer Maschine arbeiten, was ihr ziemlich zu schaffen machte, weil sie an einem angeborenen Hüftleiden litt. Während der Schwangerschaft hatte sie besonders starke Schmerzen. Von wegen sitzen und Pause machen, davon konnte sie nur träumen!

Die Kollegin überlegte nicht lange und sprach ihren Chef an. Sie machte ihn auf die Bestimmungen des neuen Mutterschutzgesetzes aufmerksam. Doch dieser erklärte, das sei ihm egal, und: „Hier wird geschafft — klar?“

Als die Kollegin beim Ge-

werbeaufsichtsamt vorsprach, stellte sie mit Erstaunen fest, daß ihr Chef sie überhaupt nicht als schwanger gemeldet hatte. Ihr war sogar mit Zustimmung des Regierungspräsidenten gekündigt worden.

Durch die Gewerbeaufsichtsbehörde kam es dann schließlich zu einer Gerichtsverhandlung, wo der Arbeitgeber verpflichtet wurde, die restlichen Lohnnachzahlungen zu leisten, was dieser zwei Monate strikt abgelehnt hatte.

Das Urteil war ein voller Erfolg für die Kollegin, zumal es sich um die stolze Summe von 2 000 Mark netto handelte. Hätte sie sich nicht gerührt, wä-

ihr Brot verdiente, arbeitete die andere im Krankenhaus. Beide sind schwanger und erzählen von ihren Erfahrungen mit dem Mutterschaftsurlaub.

re sie untergebuttert worden!

Die Krankenschwester hatte ähnliche Erfahrungen gemacht. Ihrer Pflicht nachkommend meldete sie ihrer zweiten Stationschwester, daß sie nun schwanger sei und die anstehende Nachtwache nicht mehr machen könne.

„Na, da müssen wir erst mal sehen, ab wann der Mutterschutz überhaupt gilt“, versetzte die Stationschwester. „Laut Mutterschutzgesetz ab Be-

sich doch noch dazu herab, per Attest eine leichtere Tätigkeit zu empfehlen.

Mit diesem Attest ging die Kollegin dann zur Oberschwester. Die aber wollte das Attest nicht annehmen. „Warum nicht? Der Arzt hat doch alles vermerkt und begründet!“ Daraufhin mälerte die Oberin an den Formulierungen des Attestes herum und behauptete, sie bräuhete ja sowieso nicht so schwer zu heben.



Frauen als Schwerstarbeiter — werden sie schwanger bringen sie weniger Profit — oftmals müssen sie gehen.

kanntwerden und Melden“, erwiderte die Kollegin. „Erst mal abwarten“, war der lakonische Kommentar der zweiten Stationschwester.

Stehenden Fußes eilte die Kollegin zur ersten Stationschwester. Die wollte dann unbedingt ein ärztliches Attest sehen, „da könnte ja jede kommen“.

Das ist ja allerhand, dachte sich die Kollegin. Da arbeitete sie schon drei Jahre auf der Station, war noch nie längere Zeit krank, und dann solch ein Mißtrauen?

Nach einigen Tagen bekam sie starke Rückenschmerzen und konnte kaum noch laufen. Sie ging zu ihrem Frauenarzt und erzählte, daß die Station mit pflegebedürftigen Patienten voll belegt sind und daß die schwere Arbeit einfach zu viel für sie sei. „Was soll ich denn dagegen machen?“ fragte der Arzt nur.

„Sie können doch ein Attest ausstellen und eine Versetzung empfehlen.“ — „So einfach ist das nicht, das darf ich ja gar nicht.“ Zu guter Letzt ließ er

„Es ist ja nicht das Heben allein, es ist ja auch das Betten fahren mit und ohne Patienten, es ist das Umlagern von schwerkranken Patienten und was alles dazugehört. Und nach dem Mutterschutzgesetz dürfen mehr als 5 Kilogramm ohne mechanische Hilfe von Schwangeren ab dem 5. Monat sowieso nicht gehoben werden.“

Daraufhin meinte die Oberschwester ganz unverfroren, sie habe das Gesetz studiert, sie kenne dessen Inhalt. Trotzdem könne sie nichts machen.

Am nächsten Tag ließ sich die Kollegin von „pro Familia“ beraten. Gemeinsam setzte man einen Brief auf, in der die Oberschwester auf ihre Verstöße gegen das Mutterschutzgesetz aufmerksam gemacht wurde. Sie wurde darauf hingewiesen, daß man im Falle der Nichtbeachtung das Gewerbeaufsichtsamt einschalten würde.

Zwei Beispiele, die zeigen, daß man selbst für die wenigen gesetzlichen Rechte, die schwangeren Frauen im Beruf zustehen, noch kämpfen muß.

Unterschriftensammeln für die VOLKSFRONT

55 in zwei Stunden

Volkskorrespondenz aus Essen

ESSEN. — Der Essener Kreisvorstand der VOLKSFRONT hatte aufgerufen, am Samstag, den 5. Juli alle Kräfte in der Essener Einkaufszone zum Unterschriftensammeln für die Landesreserveliste und die Direktkandidaten zu konzentrieren. Da verkaufsoffener Samstag war, hatte man eine Art Schichtdienst organisiert, um von morgens bis Ladenschluß präsent sein zu können.

Ehrlich gesagt, bin ich mit einem mulmigen Gefühl in der Magenregion in die Innenstadt gefahren. Zum einen hatte ich schon von anderen VOLKSFRONT-Mitgliedern gehört, daß es mit den Unterschriftensammlungen sehr schwierig sei, zum anderen hatte ich auch irgendwie eine Scheu, die Leute auf der Straße einfach anzusprechen. Nun gut, aber was sein muß, muß sein. Schließlich haben die Herrschenden ein Interesse daran, der VOLKSFRONT die Teilnahme an der Bundestagswahl unmöglich zu machen, und das kann man sich nicht gefallen lassen.

Um zehn Uhr bauten wir dann einen Bücherstand auf, spannten ein VOLKSFRONT-Transparent davor und errichteten eine kleine Info-Tafel mit den Zielen der VOLKSFRONT.

Mit von der Partie waren zwei Direktkandidaten, die Betriebsratsvorsitzende Margret Preuß und der Musiklehrer Gerhard Stäbler.

Und dann kam alles ganz anders, als ich gedacht habe. Um 12 Uhr hatten wir schon 55 Unterschriften zusammen. 22 für die drei Essener Wahlkreise und 33 für die Landesreserveliste. Am Nachmittag ging's dann etwas langsamer. Insgesamt kamen wir auf rund 75 Unterschriften.

In allen drei Wahlkreisen müssen wir je 200 sammeln, trotzdem ein guter und vor allem ermutigender Anfang.

Und war mir am meisten gefallen hat: Viele Leute, die ich angesprochen habe, wollten genau über die Politik und die Ziele der VOLKSFRONT Bescheid wissen. Manchmal wurde ich richtig mit Fragen bombardiert. „Neutralität? Können wir denn ohne den Schutz der USA überhaupt existieren?“, — „Gegen Atomenergie? Aber wo soll denn der ganze Strom herkommen?“ —

Da mußte man ganz schön auf Draht sein, um möglichst überzeugend die Forderungen der VOLKSFRONT vertreten

zu können. Wenn man da das VOLKSFRONT-Programm nicht kennt, ist man ganz schön angeschmiert.

Weiter habe ich die Beobachtung gemacht, daß verschiedene Leute ziemlich schnell vorbeigingen, wohl deshalb, weil sie dachten, es handle sich um eine der üblichen Propagandaaktionen, dann aber interessiert stehenblieben, als man ihnen sagte, hier ginge es darum, einer antifaschistischen Organisation den Weg zur Wahlteilnahme zu ebnen. Da muß man halt seine Scheu überwinden und die Leute offensiv ansprechen. Und durch den Erfolg stellt sich der Mut von ganz alleine ein.

Was sich als sehr effektiv erwiesen hat, war folgendes. Eine Kollegin der VOLKSFRONT, die Kunst studiert hatte, fertigte am Boden eine ausgezeichnete Kreidezeichnung an. Sogar passiert bei uns in Essen öfter. Meistens werden dann irgendwelche klassischen Gemälde recht kunstfertig kopiert. Nun — die Kollegin kopierte kein klassisches Gemälde, sondern den Anti-Strauß-Aufkleber, der Strauß mit MP abbildet.

Das kam an. Das gab Diskussionsstoff.

Wenn es uns gelingt, auf diese Weise weiterzumachen, müßten wir die nötigen Unterschriften eigentlich zusammenkriegen. Was ich mir noch überlegt habe: Man müßte die Direktkandidaten noch besser herausstellen. Vielleicht reicht es schon, wenn man ihnen ein Schild umhängt, wo etwa folgendes zu lesen ist: „Ich kandidiere für den Bundestag und brauche Ihre Unterstützungsunterschrift.“

Fazit: Jedem, der noch von einer gewissen Schüchternheit in Sachen Unterschriftensammeln geplagt wird, kann ich nur empfehlen, einfach anzufangen, offensiv vorzugehen. Ich glaube nicht, daß die erfolgreiche Aktion bei uns eine Ausnahme war.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
 Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

„Der Fortschritt des Landes ist von der Entwicklung der Wissenschaft und Technik nicht zu trennen“

Rede des Genossen Enver Hoxha zum Abschluß des 8. Plenums

Zum Abschluß des kürzlich abgehaltenen 8. Plenums des ZK der PAA hielt der 1. Sekretär der Partei, Genosse Enver Hoxha, eine wichtige Rede über die Bedeutung von Wissenschaft und Technik für die Entwicklung des Sozialismus. Diese Rede wurde jetzt im Zentralorgan der PAA wiedergegeben und auch von der albanischen Nachrichtenagentur ATA verbreitet. Aus den ATA-Nachrichten drucken wir Auszüge in eigener Übersetzung. Diese Rede zu kennen, ist nicht nur wichtig, um zu verstehen, welche große Bedeutung Wissenschaft und Technik in einem sozialistischen Land einnehmen. Die darin dargelegten kommunistischen Auffassungen sind auch geeignet, verschiedene rückschrittliche Ansichten, die in unserem Land über Wissenschaft und Technik verbreitet sind, zu widerlegen. (Zwischenüberschriften sind von der Redaktion RM.)

Wissenschaft und Gesellschaft

„Unser Land“, sagte Genosse Enver Hoxha in seiner Rede, „hat jetzt einen fortgeschrittenen Stand in seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung erreicht. Dabei hatten und haben die wissenschaftlichen Forschung, die schöpferische und verändernde Aktivität eine wichtige Rolle gespielt. Aber die Arbeit, um sie auf ein höheres quantitatives wie qualitatives Niveau zu heben, muß fortgesetzt werden, so daß sie auch in Zukunft noch stärker und wirksamer zu all diesen Entwicklungen beitragen kann.“

Unser Land ist das einzige Land, das erfolgreich die wahrhaft sozialistische Gesellschaft aufbaut, unter besonderen geschichtlichen Bedingungen, eingekreist von der kapitalistisch-revisionistischen Welt und ohne fremde wirtschaftliche Hilfe oder Kredite zu erhalten. Dies weder von den kleinen Staaten, noch von den großen, die, kapitalistisch und revisionistisch wie sie sind, auch Wissenschaft und Technik benutzen, um die breiten werktätigen Massen auszubeuten und ihre räuberischen imperialistischen Ziele zu erreichen.

Unser Land steht heute auch vor den großartigen Aufgaben, die vom 7. Fünfjahrplan gestellt werden, den wir entwerfen und der ausschließlich mit unseren eigenen Kräften erfüllt werden wird.

Genau diese Bedingungen sind es, die dazu geführt haben, daß das Politbüro beschloß, bei diesem Treffen des Zentralkomitees insbesondere die Probleme der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Forschungsarbeit zu behandeln, die im Dienste der gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung des Landes stehen, für die Entwicklung der Wirtschaft, die Erziehung des neuen Menschen und für die Stärkung und Verteidigung des Vaterlandes.

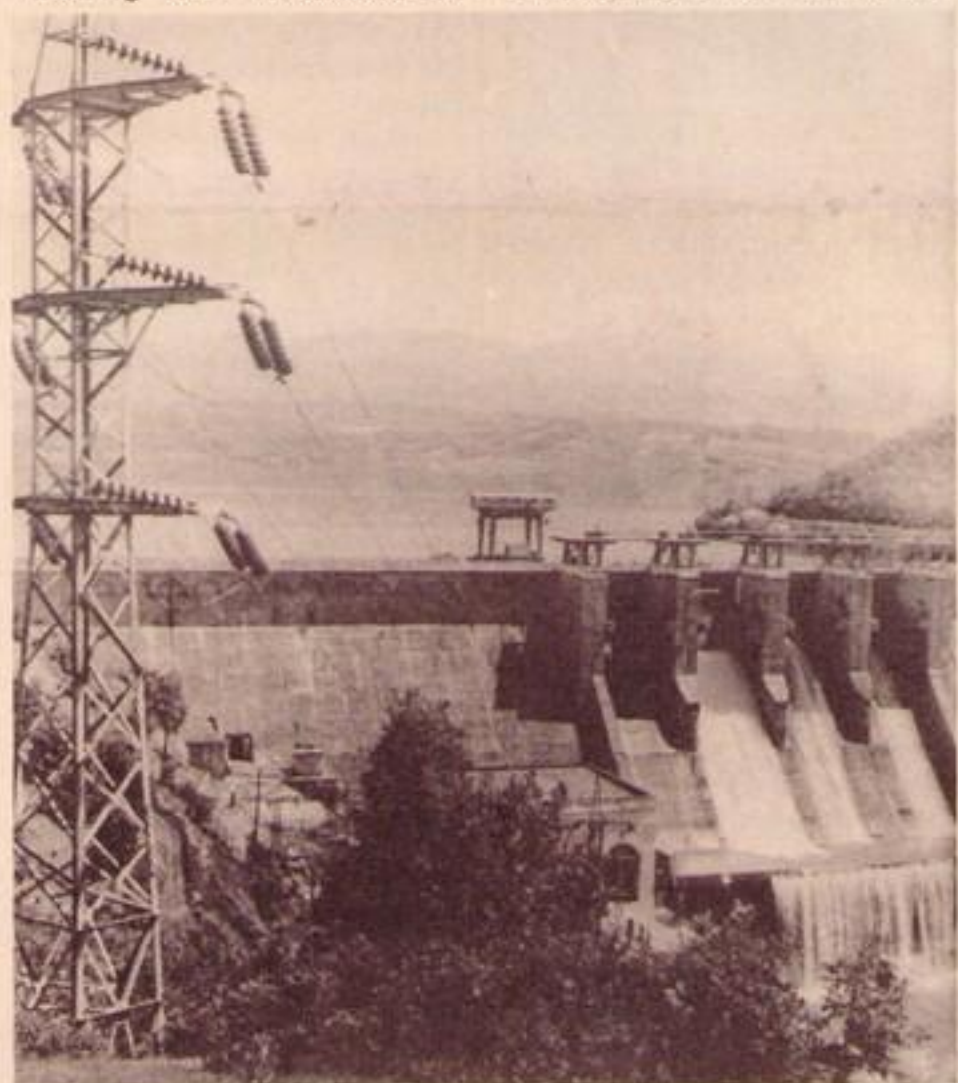
Für unsere Partei und unseren Staat waren Wissenschaft und wissenschaftlich-technischer Fortschritt niemals Ziele für sich.

Die Wissenschaft und die Technik haben Fortschritte gemacht und haben direkt den Anforderungen der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens gedient, so wie diese wiederum ihrerseits, ständig ermutigende Faktoren für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik waren und sind.

Sowohl Technik als auch Naturwissenschaften sind eine Form des gesellschaftlichen Überbaus, wie Literatur, Kunst usw.

Die Wissenschaft, wie auch die Kunst, Literatur, Technik arbeiten an der allgemeinen Entwicklung der Zivilisation, der Gesellschaft, sind keine isolierten Erscheinungen, sondern im Gegenteil mit festen und tiefen Wurzeln im sozialen, wirtschaftlichen, weltanschaulichen und politischen Leben verankert. Wissenschaft und wissenschaftliche Meinung können und dürfen nicht aus dem sozialen Zusammenhang gerissen werden, in dem sie entstehen. Deshalb kann sie von der allgemeinen Geschichte der Menschheit, vom Fortschreiten der Gesellschaft nicht getrennt werden. Die Wirklichkeit der Gesellschaft ist die Quelle der Entwicklung der Wissenschaften

aber die Große Sozialistische Oktoberrevolution unter Lenins und Stalins Führung gab der Wissenschaft kolossale Impulse. Mit dem Sieg der Volksrevolution und dem Aufbau des Sozialismus in unserem Land bekam die Wissenschaft großen Antrieb. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß unsere Sozialwissenschaften, indem sie die Linie und Politik der Partei anwandten, einen wertvollen Beitrag dazu geleistet haben, die Gesetze der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaften zu klären und wissenschaftlich zu untermauern, die marxistisch-leninistische Lehre zu verteidigen, die bürgerlichen und revisionistischen Ansichten und Praktiken zu entlarven und die



Genosse Enver Hoxha sprach vom dem 8. ZK-Plenum über die Bedeutung von Wissenschaft und Technik unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats.

und der Maßstab, an dem die Richtigkeit ihrer Thesen geprüft wird. Heute ist der Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Wissenschaft, Technik und den Produktivkräften noch enger geworden. Unter dem Einfluß der Wissenschaft und des wissenschaftlichen und technischen Fortschrittes wird auch das materielle und intellektuelle Potential der Gesellschaft erhöht, das seinerseits neue Impulse für die Entwicklung der Wissenschaft gibt. Ihre Entwicklung erfolgt stets auf eine dialektisch-materialistische Weise.

Revolutionierung der Wissenschaft

Es ist allgemein bekannt, welche große Entwicklung die Wissenschaft in der französischen Revolution erfuhr,

alte und großartige Geschichte unseres Volkes wissenschaftlich zu erforschen.

Wichtige Studien und Arbeiten wurden geleistet, um eine schnell Entwicklung der Produktivkräfte zu erreichen, eine vielseitige und unabhängige Wirtschaft sowie die materiell-technische Basis des Sozialismus aufzubauen.

Ausgangspunkt und Hauptrichtung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit und des technischen Fortschritts“, sagte Genosse Enver Hoxha, „werden in den grundlegenden Ausrichtungen gewiesen, die das Zentralkomitee für die künftige Entwicklung von Wirtschaft und Kultur ausgearbeitet hat. Für den 7. Fünfjahrplan bestehen sie in der breiten und tiefen Entwicklung der Schwerindustrie zur Förderung, Verfeinerung und Verarbeitung der Erze, in der Entwicklung und Stärkung der Energiebasis des Landes vor

allem durch die Ölindustrie, in der Fertigstellung und Weiterführung der Projekte, die die chinesischen Revisionisten sabotierten und unvollendet zurückließen, der Entwicklung der Landwirtschaft und des Viehbestandes, der Erfüllung der Anforderungen der Landesverteidigung wie auch in der Entwicklung der anderen Zweige und Sektoren der Wirtschaft und Kultur.

Erfolge in allen Bereichen

Von der wissenschaftlichen Arbeit wird die Verallgemeinerung, Einführung, die insgesamt positive Veränderung in Theorie und Praxis ein qualitativer Aufbruch, sozusagen eine Revolution der Produktion, der Technik, Technologie und Organisation verlangt, in der ganzen Fabrik, in allen gleichen und ähnlichen Fabriken, in verschiedenen Bereichen unserer Entwicklung. Es wird von ihr verlangt, sowohl für die aktuellen Probleme, die aus dem Leben entstehen, eine Lösung zu finden, als auch Perspektiven zu eröffnen.“

Nachdem er die erreichten Erfolge in verschiedensten Bereichen dargestellt hat, so zum Beispiel beim eigenständigen Aufbau neuer Fabriken der Produktion von Traktoren, Schiffen und anderen Transportmitteln, Ölbohrungen usw., unterstrich Genosse Enver Hoxha, daß nun die Zeit da sei und die Bedingungen geschaffen, um sich konkreter um den Maschinenbau und den Ausrüstungsbau zu kümmern. „Im 7. Fünfjahrplan“, sagte er, „wird die Produktion von Maschinen und Ausrüstungen gegenüber dem 6. Plan um 80 Prozent gesteigert werden, etwas noch nie Dagewesenes.“

Auf der Grundlage der Marxistisch-leninistischen Agrarpolitik unserer Partei,“ fuhr Genosse Enver Hoxha fort, „ging und geht unsere Landwirtschaft ihren eigenen richtigen Weg mit eindeutigen Perspektiven.“

Wir haben es erreicht, daß zwei Drittel der Bevölkerung auf dem Lande leben und dort auch den größten Teil ihres Lebens verbringen werden. Dies geschah durch die Agrarkultur mit intensiven und extensiven Methoden, wie auch durch die verstärkte Schaffung von Industriebetrieben und anderen wirtschaftlichen Einrichtungen auf dem Lande. Trotz allem aber wird die Landwirtschaft immer die Hauptsache auf dem Lande bleiben. Wir gehen auf dem Weg der Verstärkung der Agrarproduktion unter Verhältnissen, da wir weiterhin die Arbeitskräfte der ländlichen Bevölkerung verstärken. Ebenso sind wir dabei, erfolgreich die Unterschiede zwischen Stadt und Land zu beseitigen.

Dieser Weg ist ein großer Erfolg für die ganze Gesellschaft. Dies passiert sonst nirgends auf der Welt. Dort registrieren wir eine große Landflucht, die Landwirtschaft degradiert. Die Kapitalisten und Revisionisten sprechen davon,



Der 1. Sekretär des ZK der PAA, Enver Hoxha bei einem Treffen mit der Bevölkerung.

daß ihre Länder Industrie- und Superindustrielländer werden, aber, auf der anderen Seite, sehen sie sich den unbestreitbaren Tatsachen des Sinkens der Agrarproduktion, der tiefen Agrarkrise gegenüber, und die Panik hat sie erfaßt. Manchmal laut und manchmal leise sind sie gezwungen, dies von Positionen des Neomalthusiasmus aus einzugestehen.“

Die Sozialwissenschaften

Nachdem er auf die verschiedenen Aufgaben, die vor den Agrar- und Naturwissenschaften in bezug auf die Landwirtschaft stehen, eingegangen ist, fährt Enver Hoxha fort:

„Unsere Partei spielt eine kämpferische und vorbildliche Rolle bei der Verteidigung des Marxismus-Leninismus. Das Leben ergab, daß wir den Sozialismus unter besonderen Bedingungen aufbauen müssen, umzingelt von wilden kapitalistischen und revisionistischen Feinden, erfolgreich vorwärtsschreiten müssen auf nie gegangenen Wegen. Betrachtet man das Problem auf diese Weise, dann stehen große Aufgaben vor unseren Sozialwissenschaftlern. Sowohl bei der Verallgemeinerung der Erfahrungen unserer Revolution und unseres sozialistischen Aufbaus, als auch dabei, die Perspektiven unserer Entwicklung wissenschaftlich zu erforschen.“

Im weiteren hebt Genosse Enver Hoxha hervor, daß gerade heute, da die Bourgeoisie und die Revisionisten von einer tiefen Krise, von febriler Angst befallen sind, da sie alles unternehmen, das verrottete kapitalistische System zu retten, die Revolution und den Befreiungskampf zu unterdrücken, den Marxismus-Leninismus zu bekämpfen, es um so mehr die Aufgabe der Sozialwissenschaften ist, unter Führung der Partei eine immer größere Rolle bei der Verteidigung des Marxismus-Leninismus zu übernehmen.

„Die Große Sozialistische Oktoberrevolution“, fuhr Genosse Enver Hoxha fort, „die von Lenin und Stalin auf der Grundlage der Lehren von Marx und Engels angeführt wurde, ist weit und breit auf der ganzen Welt bekannt. Alle reden von ihr

— im Guten oder im Schlechten — während unsere Revolution verhältnismäßig unbekannt ist. Die Mehrheit der Menschen in der Welt wissen, daß es ein sozialistisches Albanien gibt, das fest steht und seine eigene Linie hat, aber sie fragen sich: „Wie kommt das, warum handelt Albanien so?“ Es ist die Pflicht unserer Sozialwissenschaften, durch wissenschaftliche Studien und Verallgemeinerungen die objektiven und subjektiven Faktoren der Revolution und unseres sozialistischen Aufbaus zu erklären; zu erklären, daß die bei uns entstandene Situation von der Partei ausgenutzt wurde, die die marxistisch-leninistische Theorie gemäß unseren Bedingungen treu verfolgte.

Das unterdrückte und ausgebeutete Proletariat“, fuhr Enver Hoxha fort, „die Millionen hungernden Menschen in Asien, Afrika, Lateinamerika und überall auf der Welt werden leiden, bis das Faß überläuft und sie zur Revolution aufstehen.“

Unser sozialistisches Land sollte noch mehr ein Beispiel, Inspiration und Ermutigung für das Proletariat und die unterdrückten Völker dieser Erde sein. Auch darum ist die verstärkte Arbeit unserer Sozialwissenschaften unbedingt nötig.

Ein fortschrittliches Land, das den wahren Sozialismus aufbaut, muß sich in allen Bereichen von anderen unterscheiden, sei es in der materiellen und geistigen Kultur der Menschen, durch die sozialistische Lebensweise, auch unseren neuen Menschen und das kulturelle Fortschreiten unseres Volkes, der Entwicklung und Sorge für die Volksgesundheit, über die Probleme der Stadtplanung und Architektur bis hin zu Handel und Dienstleistungen. Alles dies erfordert eine wissenschaftliche Forschungsarbeit mit weitem Horizont und großen Perspektiven, wie es auch bessere Maßnahmen von Seiten des Staates und aller Parteieinheiten erfordert.“

Abschließend sprach Genosse Enver Hoxha über die Wichtigkeit, die Führung und immer neue Organisation der wissenschaftlichen Forschungsarbeit gerade heute haben und gab dazu Instruktionen und wertvolle Hinweise.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
14.00-14.30	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
15.30-16.00	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
17.00-17.30	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
20.00-20.30	7,300 MHz 5,960 MHz 1,395 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 215m MW
22.30-23.00	7,300 MHz 5,960 MHz 1,457 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
24.00-24.30	7,300 MHz 5,960 MHz 1,457 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
07.00-07.30	7,300 MHz 5,960 MHz 1,395 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 215m MW



Diese Folge der „Roter-Morgen“-Serie über die Kriegsgefahr beschäftigt sich mit der Haltung der breiten Masse der Bevölkerung gegenüber der Gefahr eines neuen Krieges, ihrer Stimmung gegenüber den amerikanischen Kriegstreibern und den bisherigen geschichtlichen Erfahrungen aus solchen Krisenzeiten. Dabei wird einerseits herausgearbeitet, daß die Gefahr der Kriege nur verschwinden wird, wenn das imperialistische System durch die sozialistische Revolution beseitigt ist, daß aber andererseits gute Grundlagen dafür bestehen, eine konkrete breite Massenbewegung gegen den jetzt drohenden Krieg zu organisieren.

„Angst vor dem Krieg“ zeigt, daß es keine Lösung ist, gebannt auf das Anlaufen der Kriegsmaschinerie zu starren, sondern daß es not tut, dringend not tut, dagegen zu kämpfen.

Angst vor dem Krieg

Nach einer Meinungsumfrage des Instituts Allensbach Ende Juni 1980 machte sich jeder fünfte Bundesbürger, 20 Prozent, am meisten Sorgen über die ungewisse Zukunft und einen möglichen Krieg. Weitere Sorgen: Krankheit in der Familie 19 Prozent, Arbeit und Arbeitsplatz 15 Prozent, die eigene finanzielle Situation 15 Prozent. Vor vier Jahren noch hatten nur 4 Prozent Angst vor einem Krieg. Damals sorgten sich die meisten vor Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Anfang dieses Jahres hatten diese Zahlen noch anders ausgesehen. Da hielten nach Umfragen von Emnid 10 Prozent der Bundesbürger einen Weltkrieg in absehbarer Zeit für „wahrscheinlich“, 48 Prozent erklärten ihn für „möglich“. Nach Allensbach erwarteten 43 Prozent einen Weltkrieg, während vier Monate zuvor nur 32 Prozent entsprechende Befürchtungen äußerten.

Nun muß man Meinungsumfragen bürgerlicher Institute mit gebotener Vorsicht betrachten. Sehr oft werden sie im Interesse der Auftraggeber der Umfragen manipuliert, um durch die Veröffentlichung der Umfrage selbst die Menschen im eigenen Sinn zu beeinflussen. Ein typisches Beispiel hierfür lieferte eine am 28.4.80 im „Spiegel“ veröffentlichte Meinungsumfrage, die Amerika-Freundlichkeit der Westdeutschen betreffend, und die als Antwort darauf in der „Welt“ vom 30.4.80 veröffentlichte angebliche Emnid-Umfrage.

Bei der im „Spiegel“ veröffentlichten Meinungsumfrage handelte es sich um eine vom Bundeskanzleramt im März in Auftrag gegebene interne, nicht zur Veröffentlichung bestimmte Umfrage. Ein Schmidt-Mitarbeiter: „Die (USA) nehmen uns doch schon die Fragestellung übel.“ Diese Umfrage ergab folgendes Bild:

- Für vier von fünf Bundesbürgern sind die Vereinigten Staaten nicht mehr das nachahmenswerte Wunderland.
- Nur jeder Fünfte hält die US-Militärpolitik für richtig, 75 Prozent sehen in dem angedrohten Truppeneinsatz am Persischen Golf eine Gefahr für den Weltfrieden.
- „Mehr Eigenständigkeit der Bundesrepublik gegenüber den USA“ befürworteten 49 Prozent der Befragten, 29 Prozent sind dagegen.
- „Bedingungslose Anlehnung der Bundesrepublik an die Außenpolitik der USA“ halten 52 Prozent für falsch, 26 Prozent sind dafür.
- „Die Stationierung von mehr und neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik“ lehnen 60 (gegen 24) Prozent ab.
- 45 Prozent halten die „militärische Neutralität der Bundesrepublik und der DDR“ für eine geeignete Möglichkeit zur Friedenssicherung, 34 Prozent ant-

worteten mit Nein.

Allerdings meinen auch noch 70 Prozent der Bundesbürger, daß es zum „militärischen Schutz“ der USA keine Alternative gibt. Sicher wäre das anti-US-imperialistische Ergebnis dieser Umfrage noch wesentlich schlechter für die USA ausgefallen, wenn sie nach dem Luftlandeüberfall von US-Truppen auf den Iran stattgefunden hätte. Doch auch so rief diese gezielte Indiskretion des „Spiegels“ die Wut und Empörung der bundesdeutschen Reaktion hervor.

So giftete F.J. Strauß: „Wer jetzt Interessenunterschiede (zu den USA) herauszuarbeiten versucht, spielt den Sowjets in die Hände“, während Springer „Welt“ vom 30.4. sich über die Impertinenz der Sozialdemokraten empört, die sich „geradezu zum Beschützer der Schutzmacht Amerika aufschwingen, als gelte es, eine in unserer Bevölkerung grassierende amerikafeindliche Stimmung im Keim zu ersticken.“ So etwas steht natürlich nur Strauß zu. Im übrigen berief man sich auf eine Emnid-Befragung von 103 (!) Bundesbürgern (üblich ist die Befragung von mindestens 2000 — alle Bevölkerungsschichten proportional erfassend — Menschen), die angeblich eine wachsende Sympathie für die USA ergeben hätte.

Sorgen machen sich die Springer-Gazetten allerdings um die mangelnde Verteidigungsbereitschaft der Bundesbürger, wie sie sich aus einer Repräsentativbefragung von 2000 Bürgern durch das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr ergibt. Danach ist die Bereitschaft der westdeutschen Bevölkerung, die Bundesrepublik notfalls auch unter Einsatz von Atomwaffen auf das eigene Gebiet zu verteidigen, äußerst gering. Zwei Drittel lehnen die Verteidigung in einem Atomkrieg überhaupt ab. Nur jeder fünfte Bundesdeutsche glaubt, daß im Kriegsfall auf die NATO und die USA Verlaß ist. Es findet sich auch keine Mehrheit, die zu wirksamen finanziellen persönlichen Opfern zugunsten der Bundeswehr bereit wäre. Nur 10 Prozent sind zu einer Sonderabgabe für die Bundeswehr bereit, 31 Prozent lediglich in „geringem Umfang“ und rund 40 Prozent gar nicht.

Analysiert man die Stimmung unter der westdeutschen Bevölkerung, so kann man sagen, daß zu Jahresanfang die Kriegsfurcht, anlässlich der Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten, dem Einfall von Sowjettruppen in Afghanistan und den Drohungen der USA gegen den Iran, beträchtlich gewachsen war. Vor allem der Anteil der Älteren unter den Besorgten ist sehr hoch. Stießen unsere Partei zum Beispiel mit dem Flugblatt zum Antikriegstag am 1. September 1979 „Krieg ums Öl?“ noch auf breite Skepsis — „so schlimm wird's schon nicht werden“ —, so ist dies heute nicht mehr der Fall.

Natürlich ist damit zu rechnen, daß auch diesmal — wie in

Sterben für die USA? (16. Teil)

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

früheren Fällen —, wenn sich die Lage durch neue imperialistische Aggressionen nicht weiter zuspitzt, binnen weniger Monate eine gewisse Beruhigung eintreten dürfte. So sank die Zahl derer, die 1950 anlässlich des Koreakrieges den Ausbruch eines Weltkrieges für möglich hielten von 48 auf 27 Prozent (1955), um anlässlich der 1956 sich zum Nahostkrieg ausweitenden Suezkrise und des konterrevolutionären Putsches in Ungarn wieder auf 55 Prozent anzusteigen. Doch bereits neun Monate später war sie wieder auf 32 Prozent gesunken. Ähnlich verlief die Entwicklung anlässlich der Kubakrise 1962 und des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Truppen 1968 in die CSSR.



Mit Waffengewalt löst die Münchner Polizei am 1. Mai 1953 eine Demonstration gegen die geplante „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ auf. Trotzdem: Der Kampf brachte den „EVG“-Plan zu Fall.

Doch auch wenn diesmal noch eine gewisse Beruhigung, ein Zurückgehen der Kriegsfurcht eintreten wird, es wird nicht mehr so wie früher. Denn eines hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß unter möglichen Kriegsrisiken solche, die wirtschaftliche Folgen für die Bundesrepublik haben könnten, bedrohlicher wahrgenommen werden als andere. So wurde 1956 in Verbindung mit der Suezkrise das Problem der Ölversorgung lebhaft diskutiert, und um die Jahreswende 1979/80 wurden die Bundesbürger durch Benzinpreiserhöhungen vom gleichen Problem direkt berührt. 76 Prozent der Bundesbürger haben nach einer Umfrage des Wickert-Institutes Angst vor einer auf sie zukommenden neuen Wirtschaftskrise. Zu Recht, wie wir wissen.

Wie wird es weitergehen?

Wie wird sich die Weltlage bezüglich der Kriegsgefahr weiterentwickeln, und wie müssen wir uns als Kommunisten dazu verhalten? Zweifellos werden sich, wie es in der Erklärung des Politbüros der Partei zum 1. Mai 1980 hieß, ähnlich wie in der Zeit vor dem ersten und zweiten Weltkrieg die Widersprüche der imperialistischen Mächte, der imperialistischen Blöcke untereinander weiter verschärfen.

Die Politik der sogenannten Entspannung, wie sie in Helsinki eingeleitet und in Belgrad fortgesetzt wurde, hat sich als eine Farce, eine Illusion, ein Betrug an den Völkern erwiesen. Während man von Abrüstung schwätzt, werden in jeder Sekunde 16000 Dollar für das

Wettrüsten ausgegeben. Allein in den 70er Jahren wurden insgesamt 421 Kernwaffenversuche in aller Welt registriert. Die Zielgenauigkeit der interkontinentalen Raketen wird immer größer. Ihre Streuung beträgt nur noch 40 Meter. Seit der Unterzeichnung des SALT-I-Abkommens im Jahre 1975 gibt es in den USA und der Sowjetunion heute 15mal mehr interkontinentale Atomraketen als zum Zeitpunkt der Unterschriften. China kann heute mit seiner CSS-4-Interkontinentalrakete alle Ziele in der Sowjetunion, Westeuropa und in den USA erreichen.

Selbst bürgerliche Militärs, wie Frankreichs ehemaliger Luftwaffengeneral Pierre Galois, sehen nicht die geringste

Chance für eine Abrüstung, da sie nicht kontrolliert werden kann. Er hält alle gegenteiligen Beteuerungen der Politiker für „Geschwätz, dazu bestimmt, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen“. Für ihn ist es selbstverständlich, daß die Sowjetunion auf die Einführung der beweglichen MX-Rakete durch den Westen einen „neuen Klotz“ setzen wird. „So geht die Eskalation zwischen beiden Supermächten völlig und unkontrolliert weiter, und es ist nicht zu sehen, wann das ein Ende nehmen soll. Der Friede der Welt hängt an einem seidenen Faden, der jederzeit reißen kann.“

Wobei es eben nicht so ist, wie Willy Brandt meinte, „daß wir hineinschlittern in den Krieg“, wie das die „Weltmächte so an sich“ haben, sondern eher so, wie Carl Friedrich von Weizsäcker sagte, „daß es, sollte es je zu einem großen Nuklearkrieg kommen, diesen Krieg nur dann geben wird, wenn ihn jemand beginnen will, aber kaum aus Versehen.“ Das heißt, es muß schon jemand auf den Knopf drücken, zum Angriff blasen, weil er sich davon einen Vorteil verspricht oder wie Präsident Carter, den Gegner, die Sowjetunion, für ihre Aggressionen zum Beispiel in Afghanistan „bestraft“ sehen möchte.

Es liegt die Unmöglichkeit der Abrüstung, der Entspannung zwischen den Supermächten, den imperialistischen Blöcken nicht daran, daß man sie nicht kontrollieren kann, das kommt höchstens erschwerend hinzu, sondern im Streben der Rüstungskonzerne nach höchsten Profitten. Ihr Profitstreben, ihr Streben nach Rohstoffquellen, Absatzmärkten, billi-

gen Arbeitskräften, Einflusssphären und Weltherrschaft ist es, das die imperialistischen Mächte in immer neue Kriege treibt. Das gilt es klar zu erkennen!

Insofern ist es auch eine Illusion, an die Friedfertigkeit der Herrschenden, der Regierungen zu appellieren, sich etwas von den zahlreichen Abrüstungskonferenzen zu versprechen. Wer will, daß es keine imperialistischen Kriege mehr gibt, muß ihre Ursachen, den Imperialismus, den Kapitalismus beseitigen. Das aber ist nur möglich durch die sozialistische Revolution.

Heißt das nun, daß wir bis dahin in Erwartung des dritten Weltkrieges gebannt wie das Kaninchen auf die Schlange starren, daß wir uns in unser Schicksal ergeben müssen? Mitnichten! Denn daß die Entwicklung im Imperialismus, dem höchsten und letzten Stadium des monopolistischen, verfaulenden und sterbenden Kapitalismus zwangsläufig zum Kriege führt, ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist, daß man etwas dagegen tun kann. Denn eines liegt klar auf der Hand: Ohne uns, die Werktätigen, ohne ihre Armeen können die Herrschenden keine Kriege führen!

Sind wir etwa gegen Entspannung, gegen Abrüstung? Keinesfalls! Nur sind wir der Meinung, daß wir uns dabei nicht auf die Herrschenden, die Kapitalisten und ihre Regierungen verlassen können. Von ihnen wird sie mit Sicherheit nicht kommen, die Entspannung, der Friede. Es ist schon so, wie der Genosse Stalin am 17.11.1951 sagte: „Der Friede wird erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und ihn bis zum äußersten verteidigen. Der Krieg kann unvermeidlich werden, wenn es den Kriegsbrandstiftern gelingt, die Volksmassen durch Lügen zu umgarnen, sie zu betrügen und sie in einen neuen Weltkrieg hineinzuziehen.“

Diese Worte, dieser Aufruf Stalins trugen entschieden dazu bei, daß es den US-Kriegsbrandstiftern nicht gelang, den Koreakrieg zu einem Weltbrand auszuweiten. Millionen und aber Millionen Werktätige der kapitalistischen Länder gingen damals gegen den US-Imperialismus protestierend auf die

Straße. Die kapitalistischen Regierungen erkannten, mit ihnen würden sie keinen Krieg gegen die damals noch sozialistische Sowjetunion, gegen das sozialistische Lager führen können.

Auch in der Bundesrepublik gab es damals in den fünfziger Jahren eine breite antimilitaristische Strömung. Als die Adenauer-Regierung versuchte, im Zuge der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht den Jahrgang 1922 wieder einzuziehen, kam es zu Protestdemonstrationen und einer breiten „Ohne-mich“-Bewegung, die dazu führte, daß die Bundeswehr auf die Einberufung der 20er-Jahrgänge verzichtete. Anfang des Jahres 1958 kam es zu einer breiten von der SPD und dem DGB mitgetragenen Volksbewegung „Kampf dem Atomtod“, die sich gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen wandte. Es kam zu Warnstreiks und Demonstrationen in vielen Städten der Bundesrepublik, die am 1. Mai 1958, der unter dem Motto „Kampf dem Atomtod!“ stand, ihren Höhepunkt fanden. Hamburg erlebte mit über 200000 Teilnehmern die größte Kundgebung der Nachkriegszeit. Erst in der Ostermarschbewegung der 60er Jahre entartete der Kampf um die Erhaltung des Friedens aufgrund des Treibens der modernen Revisionisten mehr und mehr zu einem unverbindlichen, pazifistischen Friedensgelächse „gegen die Bombe“.

Der Kampf um die Erhaltung des Friedens ist immer konkret. Wir beschränken uns im antifaschistischen Kampf ja auch nicht darauf, der antifaschistisch-demokratischen Bewegung in unserem Land zu verkünden: „Kapitalismus führt zum Faschismus, Kapitalismus muß weg!“, so richtig diese Losung auch ist. Stattdessen bemühen wir uns, den Kampf gegen den weiteren Abbau der demokratischen Rechte des Volkes, gegen alle Faschisierungsmaßnahmen anhand konkreter Forderungen für die Erweiterung der demokratischen Rechte des Volkes zu organisieren, um so einen drohenden Machtantritt des Faschismus zu verhindern, um so im Kampf die Bewegung vom Einfluß des Reformismus und Revisionismus zu lösen und sie für das revolutionäre Ziel zu gewinnen.



Die Kommunisten standen an der Spitze des Kampfes für den Frieden — ein Kampf, der die westlichen Imperialisten daran hinderte, ihren Überfall auf Korea als Ausgangspunkt eines neuen Weltwaffengangs gegen das sozialistische Lager zu machen.

Nach dem USA-Türkei-Abkommen vom 29. März 1980

Türken sterben für die NATO!

Die Mörder werden von Bonn bezahlt

ANKARA.— In der türkischen Volkskammer wurde Anfang Juli 1980 nach einem vielmonatigen Hin und Her die Regierung der AP-Partei Demirels bestätigt. Damit wird das Regime des Kriegsrechts, des Ter-

In acht Monaten mindestens 1 500 Tote, Zehntausende Verhaftete, Tausende gefoltert und verschleppt. Unbehelligt marschieren die Kommandos der Grauen Wölfe mit Gewehren und Messern durch die Städte, drohen, schlagen, schießen, stechen. Wer sollte sie auch befehlen? Die Armee etwa, die selbst foltert und mordet, die in 29 Provinzen alle Gewalt an sich gerissen hat und die Demirels Regierung lediglich duldet? Aus der Armee selbst stammt schließlich eine andere der großen Terrororganisationen in der Türkei, die Konterguerilla-Armee, jene Geheimtruppe im Stil der brasilianischen Todeschwadronen, die auf Opposition nur eine Reaktion kennt: Mord! Der Generalstabschef der türkischen Armee, Kenan Evren, der nach den Worten der Bundesregierung ja direkt das Geld aus Bonn für NATO-Zwecke erhält, ist es doch selbst, der droht: „Unsere Geduld geht zu Ende; wenn die Politiker nicht effektiv handeln, werden wir es tun“. Und was er unter „effektiv handeln“ versteht, sagte er im Radio:

„Anarchisten muß man liquidieren, egal wie alt sie sind“.

Noch brutaler werden die Kurden in der Türkei verfolgt, die überhaupt keine Rechte haben, noch nicht einmal die eigene Sprache sollen sie sprechen. Offiziell werden nur 7 Prozent der Bevölkerung als Kurden ausgegeben. Die wirkliche Zahl, die um ein Mehrfaches höher liegt, soll damit verschleiert werden.

Unterstützt wird dieses Blutregime von Washington, ganz ähnlich wie einst der Schah im Iran, der neue Diktator Chun in Südkorea heute und eine endlose Reihe von Mördern in allen Teilen der Welt. In den Weltherrschaftsplänen der Milliardäre von der New Yorker Wall Street ist die Türkei eine Aufmarschbasis im Nahen Osten! Also setzt man ein passendes Regime ein und läßt es für Ruhe im Land sorgen. Washington hat nicht genügend Geld, um alle diese Terroristen zu bezahlen. Also springt der Bonner Gehilfe ein — in der Türkei, in Pakistan, dort, wo der Dollar nicht reicht oder unbeliebt ist, die Mark

rors, der Folter und Verfolgung offiziell bestätigt, dem erst vor wenigen Tagen ein neuer Bonner Kredit von 600 Millionen Mark ins Haus flatterte.

noch unbekannt.

Dieses dreckige Spiel müssen täglich türkische Bürger mit dem Leben bezahlen. Selbst Politiker der sozialdemokratischen Republikanischen Volkspartei (CHP) des früheren Ministerpräsidenten Ecevit, der selbst das Kriegsrecht eingeführt hat, werden heute auf offener Straße erschossen. Die Kugeln dafür werden aus der sozialdemokratisch verwalteten Bonner Kasse bezahlt. Für die Türkeihilfe wurde sogar das diesjährige Wahlbonbon, die Steuersenkung gekürzt — eine Milliarde mehr Steuern für die türkischen Faschisten.

Und der Vertrag, den der Carter-Diplomaten den türkischen Politikern Ende März diktieren, gibt den USA, die mit ihren Militärbasen ohnehin weite Teile des Landes beherrschen, nun völlig freie Hand. Wenn General Evren morgen putzen sollte, ist es klar, daß Washington dahinter steckt. Denn der neue Vertrag sieht besondere Beziehungen der USA zum türkischen Generalstab vor, an den Politikern in Ankara vorbei. Was hier pas-

siert, ist keine Entstellung der NATO-Ziele, kein Unfall im Betriebsablauf, sondern die planmäßige Vorbereitung der amerikanischen Aggression gegen die Völker des Nahen Ostens und Arabiens.

Bereits mehrmals diente die Türkei den USA als Aufmarschbasis für militärische Überfälle — jetzt soll das verstärkt werden, jetzt soll das ganze Land ein waffenstarrer, befriedeter, lebloser Stützpunkt werden. Dazu hilft Bonns Politik, machen sich die Bonner Parlamentarier mitschuldig, die den Antrag der 26 SPD-Abgeordneten abgelehnt haben, der sich gegen diese Türkeihilfe richtete. Deshalb müssen alle ehrlichen Menschen, die Frieden und Demokratie wollen, jetzt erst recht für die Forderungen, die auch die KPD erhebt, eintreten:

Kein Bonner Geld für türkische Faschisten!
Weg mit dem Kriegsrecht in der Türkei!
Schluß mit dem Terror der türkischen Faschisten in der Türkei und der Bundesrepublik!

1 600 demonstrierten für das Verbot der Grauen Wölfe

Deutsche und Ausländer marschierten gemeinsam

BIELEFELD.— Gegen 10 Uhr 30 setzte sich der Demonstrationszug in der Bielefelder Innenstadt in Bewegung. Von Anfang an hallten kämpferische Parolen durch die Straßen. Immer wieder wurde von den rund 1 600 Demonstrationsteilnehmern laut gerufen: „Sofortiges Verbot der Grauen Wölfe!“ Antifaschisten, Demokraten und Kommunisten

Am 28. Juni hatten Mitglieder der Grauen Wölfe nach einer faschistischen Filmveranstaltung ein regelrechtes Pogrom unter Antifaschisten aus der Türkei inszeniert und in diesem Zusammenhang den 16jährigen Jungen lebensgefährlich ver-

letzt. Ein SEK-Kommando war daraufhin gegen eine Versammlung des Arbeiter- und Studentenvereins vorgegangen, in deren Rahmen eine Kampagne gegen die türkischen Faschisten diskutiert wurde.

Den stärksten Block der Kampfdemonstration stellten die Kollegen und Genossen von „Halkin Kurtuluşu“, im hinte-

ren Drittel des Zuges marschierten zahlreiche Mitglieder der VOLKSFRONT. Sie demonstrierten unter anderem gegen die drohende Abschiebung von Antifaschisten und Demokraten.

In den Block der VOLKSFRONT hatten sich auch Mitglieder und Freunde der KPD und ihres Jugendverbandes Rote Garde eingereiht.

Deutsche und ausländische Kollegen marschierten gemeinsam für Freiheit und Demokratie. Antifaschisten und Demokraten verschiedener parteipolitischer Einstellung demonstrierten gemeinsam gegen den Vormarsch von Reaktion und Faschismus in unserem Land, gegen den Faschismus in der Türkei.



Abschlußkundgebung der Demonstration in Bielefeld.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Terror und Folter in der Türkei



Nachdem die Regierung Demirel Tausende von Lehrern entlassen hatte, protestierten die Schulkinder. Auf dem Bild werden Ende Januar 1980 Schüler von 11 bis 14 Jahren verhaftet. Auch sie werden geschlagen!



Aus dem Polizeigefängnis entlassen. Die Spuren der Bastonaden hat dieser gerade entlassene Häftling noch am Körper. Seit November letzten Jahres wurden in der Türkei mehr als 1 500 Menschen von Polizei, Armee und faschistischen Terrortruppen ermordet. Täglich mordet die Reaktion sieben Menschen. Dutzende von ihnen wurden in Polizeigefängnissen zu Tode gefoltert!



Eine Arbeiterin von Tarsis wird verhaftet. Die 3 000 Arbeiter dieses Betriebes in Izmir streikten, um sich gegen die Unterwanderung des Betriebes mit Grauen Wölfen zur Wehr zu setzen. Die Fabrik wurde von 10 000 Soldaten gestürmt, die gesamte Belegschaft verhaftet und im Fußballstadion eingesperrt.

Aus dem Inhalt

Türkei — ein Land wird ausverkauft

auf Seite 2 informieren wir über Vorgeschichte und Hintergründe der heutigen Ereignisse in der Türkei.

Exempel statuieren — an einem 16jährigen

wollen die türkischen Generale. Über die internationale Solidaritätskampagne mit dem zum Tode verurteilten Erdal Eren berichten wir auf Seite 3.

Die Sprüche des Generals Evren

finden sie ebenfalls auf Seite 3. Und wenn sie meinen, in Deutschland habe es auch schon solche Reden gegeben — sie täuschen sich nicht.

Türken bei uns

terrorisieren sie oder werden sie terrorisiert? Ein Kommentar auch auf Seite 3.

Trotz alledem — sie kämpfen

Der Widerstand des Volkes wird trotz Kriegsrecht immer stärker. Darüber und über den Kampf der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei berichten wir auf Seite 4.

Seit 30 Jahren

Türkei im Ausverkauf

Der internationale Währungsfonds diktiert die Wirtschaftspolitik, die NATO die Militärpolitik des Landes

Militante Auseinandersetzungen, Aufmärsche von Armee und Polizei, Schüsse auf Demonstranten und streikende Arbeiter: Das sind Nachrichten, wie sie heute fast täglich aus der Türkei kommen, die das Bild der Berichterstattung prägen. Glaubt man den Berichten in westdeutschen Medien, so sind türkische Politiker aller Lager ernsthaft darum bemüht, das Land aus einer — aus „unerklärlichen Gründen“ entstanden — chaotischen Situation zu befreien, wozu sie eine feste Hand und die Hilfe des Auslands, vor allem Geld, vor allem D-Mark brauchen. Worum es bei den Auseinandersetzungen in der Türkei wirklich geht, wie diese Situation entstanden ist, und was hier von westdeutscher Seite gefördert wird, wollen wir im folgenden darstellen.

Chaotisch ist in der Türkei vor allem die wirtschaftliche Lage. Zwar ist heute die wirtschaftliche Entwicklung so weit, daß rund ein Fünftel der arbeitenden Bevölkerung des Landes in der Industrie tätig ist, aber gerade diese Industrie ist von einer tiefen kapitalistischen Krise erfaßt. So sank die Auslastung der Produktionskapazität des Landes in einigen Branchen bereits auf lediglich 50 Prozent, im Durchschnitt beträgt sie etwa 63 Prozent. Die Hilfe der sogenannten Freunde bestand zum einen darin, die Preise für die dringend benötigten Ölprodukte so massiv zu erhöhen, daß das Land mehrmals am Rande des völligen „Aus“ aufgrund Energiemangels stand. Lieferanten der in der Türkei benutzten Energieträger aber sind die Ölmonopole Englands und Amerikas.

Die türkische Kapitalistenklasse, die nur unter der Oberherrschaft des ausländischen Imperialismus überleben kann, unternimmt zahlreiche Schritte, um die Folgen dieser Wirtschaftskrise ausschließlich auf die Schultern der werktätigen Massen zu laden. So betrug die offiziell eingestandene Inflation im Jahre 1978 mehr als 74 Prozent und im letzten Jahr sogar 79,4 Prozent. Dreieinhalb Millionen Menschen, 15 Prozent der arbeitenden Bevölkerung, sind arbeitslos, weit über eine Million muß im Ausland arbeiten, die meisten davon in der Bundesrepublik. Die Türkei hat inzwischen über 25 Milliarden Dollar Auslandsschulden und muß allein im Jahre 1980 zwei Milliarden Dollar an Zinsen zurückbezahlen.

Wo Amerikas Gesetze gelten

In der Türkei gelten amerikanische Gesetze. Nicht nur in dem Sinne, wie in vielen anderen Ländern der Welt auch, daß in Wirklichkeit die Politik in Washington gemacht wurde. Darüber hinaus gehören 35 000 Quadratkilometer des Landes direkt den USA. 5 Prozent der Fläche der Türkei stehen unter amerikanischer Rechtsprechung. Das sind jene Gebiete, auf denen sich die mehr als 200 US-amerikanischen Militärbasen befinden, in denen über 10 000 US-Soldaten stationiert sind. Mehr als 60 Militärverträge garantieren diese Basen und die amerikanische Oberhoheit. Türkische Staatsbürger, einschließlich des Generalstabs, haben nur nach Erlaubnis Zutritt zu diesen Basen. Umgekehrt unternehmen die USA-Offiziere monatlich mindestens vier Inspektionen in der türkischen Armee, die einschließlich Socken und Unterwäsche ihre gesamte Ausrüstung aus den USA bezieht.

Bereits dreimal diente türkisches Territorium der imperialistischen US-Armee als Auf-

marschgebiet. Die größte Militärbasis im Lande, Adana, diente sowohl 1958 beim Überfall auf den Libanon als Kommandozentrale der US-Streitkräfte, wie sie auch 1967 beim Krieg Israels gegen die arabischen Nachbarstaaten die Zentrale des Luftnachschiebs für die israelische Armee war. Und die türkischen Stützpunkte dienten als Verbindungsstation zum Nachschub für die US-amerikanische Aggression in Indochina. Seit mehreren Jahren gibt es weiterhin ein Geheimabkommen, das der amerikanischen Armee freie Hand bei indirekten Angriffen gibt.

Die Gummiformulierung „indirekte Angriffe“ bedeutet nichts anderes, als daß die amerikanischen Imperialisten eine revolutionäre Volksbewegung als russisch unterwandert hinstellen und selbst eingreifen werden, wenn die türkische Armee dazu nicht mehr in der Lage sein sollte.

So haben die USA das militärische Kommando über die Türkei in den Händen, und sie haben das Land in den zwei letzten Jahren auch wirtschaftlich völlig unter Kontrolle genommen. Im März 1978 unterzeichnete die zwei Monate vorher zustandegekommene Ecevitregierung ein auf zwei Jahre geplantes und dann verlängertes Hilfsabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Diese neuen Kredite des IWF, der ein Instrument in den Händen des amerikanischen Imperialismus ist, wurden aber nicht nur wie üblich mit hohen Zinsen versehen, (7 bis 8 Prozent), sondern auch mit handfesten Auflagen.

Vier Forderungen waren es vor allem, die der IWF an die türkische Regierung als Bedingung für einen Großkredit stellte. Zum ersten die Abwertung der türkischen Lira um zunächst 30 Prozent, später um insgesamt weitere 16 Prozent. Das verteuert natürlich die Importe weiter und verbilligt die türkischen Ausfuhrgegenstände. Zum zweiten wurde ein faktischer Lohnstopp für die Dauer dieser beiden Jahre verlangt. Zum dritten sollten die Betriebe unter staatlicher Leitung oder staatlichem Einfluß rationalisiert, sollen Belegschaften verringert und die Produktion erhöht werden. Und schließlich soll die türkische Regierung sich weiteren Forderungen des IWF offenhalten.

Alle diese Maßnahmen, die ihrem Wesen nach direkt auf die Lebenslage der arbeitenden Menschen zielen, dienen dazu, das Kommando der Wirtschaft in der Türkei in die Hände der Imperialisten übergehen zu lassen.

Eine erste Folge war das Anwachsen der ausländischen Investitionen. Betrug diese vor zwei Jahren nur rund 100 Millionen Dollar, wovon der größte Teil aus Frankreich kam, die größte Zahl von Betrieben

von der Bundesrepublik beeinflusst wurden, so soll die Summe ausländischen Kapitals bis übernächstes Jahr auf rund 1,2 Milliarden Dollar steigen, also in vier Jahren auf das Zwölfwache.

Die Schauspieler und der Regisseur

Betrachtet man die politische Entwicklung in der Türkei in den letzten zehn Jahren, so fällt zunächst einmal auf, daß häufig die Regierung wechselt, jeweils zwischen der CHP Ecevits und der AP Demirels.

Nahezu bei jeder Wahl verlor die amtierende Regierungspartei, gewann die jeweilige Oppositionspartei. Dabei ist es eine Tatsache, daß der sozialdemokratische Einfluß in der türkischen Arbeiterbewegung stark war, daß die ganze Zeit über eine CHP-Regierung die Hoffnung vieler Werktätiger der Türkei war.

Als im Januar 1978 Ecevit zum zweiten Mal innerhalb von fünf Jahren an die Regierung kam, hatte er dies nicht zuletzt seinem Wahlprogramm zu verdanken, das das Versprechen eines „nationalen Verteidigungskonzeptes“ beinhaltete und die wirtschaftliche Sicherung der Werktätigen, wie zum Beispiel die Einführung einer Versicherung für die Landarbeiter. Nichts davon hat er gehalten.

Die CHP-Regierung unterzeichnete den Unterwerfungsvertrag mit dem IWF.

Die CHP-Regierung führte das Kriegerrecht nicht nur ein, sondern erweiterte und verlängerte es.

Die CHP-Regierung unterzeichnete neue geheime militärische Knechtungsverträge mit der NATO und den USA.

So wurde die türkische Armee auf 650 000 Mann aufgestockt, ein Drittel der Staatsausgaben dient dem Militär — zur Freude der faschistischen Generalität und der Wall-Street-Finanzkönige.

Bei den letzten Wahlen bekam Ecevit die Quittung dafür. Die Wahlteilnahme sank gegenüber 1977 von 73 Prozent auf 55,8 Prozent, eine Million Menschen gingen nicht mehr zur Wahl, vor allem frühere Wähler der CHP Ecevits, die große Verluste hinnehmen mußte. In Istanbul betrug die Wahlbeteiligung nur noch 45 Prozent gegenüber ebenfalls rund 73 Prozent bei der Wahl vorher. Die CHP verlor bei diesen Nachwahlen fast 800 000 Wähler, die sich nicht mehr an der Wahl beteiligten, also auch nicht für die neue, offen reaktionäre Demirel-Regierung stimmten.

Die großen Aktionen am 1. Mai 1979, als unter illegalen und halblegalen Bedingungen über 80 000 Menschen demonstrierten, Aktionen, die von der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei organisiert waren, und am 24. Dezember 1979, dem Jahrestag des Massakers von Kahramanmaraş, als mehr als 70 000 Arbeiter politische Streiks gegen das Kriegerrecht durchführten, zeigten ebenfalls mit aller Deutlichkeit, daß der Kampf des Proletariats in der Türkei einen großen Aufschwung nimmt, daß die politische Klarheit wächst, der Einfluß des Revisionismus und Reformismus in der Arbeiterbewegung sinkt.

In dieser Situation zeigt sich immer mehr, daß die Vertreter der verschiedenen Parteien des Parlaments von Ankara lediglich Schauspieler sind, die die Rolle der Opponenten spielen, während sie in Wirklichkeit

ohne Unterschiede eine Politik des Ausplünderns der Werktätigen durchführen. Der Regisseur bei diesem Drama ist der Generalstab der türkischen Armee. So wie einst im März 1971 die faschistischen Generale der Türkei schon einmal mit ihrem berüchtigten „Märzmemorandum“ faktisch das Kommando über die Politik übernommen hatten, so wird auch heute in den Kanzleien des Generalstabschefs Evren entschieden, was in der Türkei passiert. Nicht nur in jenen Provinzen, wo das Kriegerrecht herrscht, und an den Schulen und Universitäten des Landes, die von der Armee kontrolliert werden, sondern überall diktiert Evrens Faust. Auch die berüchtigte Mordorganisation Antiguerilla wird entscheidend von der Armee gebildet.

Aber die Generale haben sich verrechnet. Der Widerstand der Völker der Türkei wurde durch die Kriegerrechtsdiktatur nicht gebrochen. Nur kurze Zeit gelang es, die Werktätigen einzuschüchtern. Seit Mitte 1979 wächst die Zahl der Streiks und Kampfaktionen an, gab es — wie in Adana und Izmir — Barrikadenkämpfe, bewaffnet sich die demokratische Opposition.

Der kranke Mann am Bosphorus

wird die Türkei in den westlichen Propagandamedien oft genannt.

Dies weniger wegen der Entwicklung des Landes schlechthin, als aufgrund der Tatsache, daß es den verschiedenen Regierungen dort immer weniger gelingt, ihre arbeiter- und volksfeindlichen Maßnahmen durchzusetzen. Bereits in den sechziger Jahren stellten die US-Behörden beleidigt fest, jeder Besuch eines Schiffes der 6. US-Flotte in türkischen Häfen führe zu amerikafeindlichen Demonstrationen.

In den sechziger Jahren hatte auch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft eine große Entwicklung erlebt. Waren im Jahre 1964 gerade 11 Prozent der Industriearbeiter gewerkschaftlich organisiert (in dem 1947 auf Betreiben der USA gegründeten Gewerkschaftsverband Türkİs), so waren 1970 bereits rund 30 Prozent der Industriearbeiter gewerkschaftlich organisiert. Außerdem hatte sich

im Jahre 1967 aus Opposition gegen das Verhalten der Türkİs die DISK gebildet (Verband der Revolutionären Arbeitergewerkschaften), der zu Beginn der siebziger Jahre bereits mehr als 100 000 Mitglieder hatte.

Darauf reagierte die türkische Kapitalistenklasse mit der Bildung eines Vereinten Kommandos der bewaffneten Streitkräfte und dem Versuch, Staatssicherheitsgerichte einzuführen, was 1970 durch große Aktionen des Volkes verhindert wurde. Das „Märzmemorandum“ des Generalstabs von 1971 zielte wiederum genau auf diese Gerichte ab. Die gewaltige revolutionäre Erhebung vom 15. und 16. Juni 1971 war dann der letzte Höhepunkt der damaligen revolutionären Entwicklung, als die Arbeiter zu Barrikadenkämpfen übergingen. Diese Bewegung, an der sich Hunderttausende aktiv beteiligten, wurde niedergeschlagen, weil ihr eine konsequente Führung fehlte. Die Führer der revisionistischen KP der Türkei, die 1952 verboten worden war, machten ihren Einfluß in der DISK geltend, um den Kampfwillen der Arbeiter zu brechen. So kam es zur Militärdiktatur von 1971 bis 1973, wobei auch die verbrecherischen Staatssicherheitsgerichte eingerichtet wurden, die zahllose brutale Terrorurteile fällten.

Erst mit der Organisation der Kommunisten der verschiedenen Völker der Türkei in einer wirklich revolutionären Partei sind die Bedingungen für einen siegreichen Kampf um die Volksdemokratie in der Türkei gegeben. Angesichts der Zersplitterung der Arbeiterbewegung in rund 1000 Gewerkschaften, von denen allerdings Türkİs mit 900 000 und DISK mit 300 000 die mit Abstand größten sind, war es eine der ersten Maßnahmen der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei, die revolutionären gewerkschaftsoppositionellen DSM als einheitliche Kampforganisation zu schaffen, die heute bereits ihre ersten Tarifverträge abgeschlossen hat und ein wichtiger Faktor im gewerkschaftlichen Kampf in mehreren Industriezonen geworden ist.

Dies war eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß es der türkischen Kapitalistenklasse und ihren imperialistischen Oberherren auch mit dem Kriegsgericht nicht gelang, die gewünschte Friedhofsruhe im Lande herzustellen.



Fasizme ölüm halka hürriyet — Tod dem Faschismus, Freiheit dem Volk! Unter dieser Losung ruft die Revolutionäre

Kommunistische Partei der Türkei zum Kampf für die Volksdemokratie auf.

RETTET DAS LEBEN VON ERDAL EREN!



Der Berufsprozeß gegen Erdal Eren steht bevor. Die Solidaritätskampagne mit dem 16jährigen Schüler geht indessen in der Türkei und in Westeuropa mit zahlreichen Aktivitäten weiter. Allein in der Bundesrepublik wurden über 100 000 Aufrufe verbreitet, mehr als 30 000 Protestunterschriften inner-



halb weniger Wochen gesammelt, eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt. Am 2. Juli gab das Solidaritätskomitee für Erdal Eren im Bonner Restaurant Tulpenfeld eine Pressekonferenz, bei der auch ein Redakteur des „Roten Morgens“ anwesend war.

Verstärkt die Solidaritätsbewegung!

Für das Komitee sprachen der Bielefelder Sprecher Cafer Cebe und der SPD-Bundestagsabgeordnete Thüsing, Mitunterzeichner des Aufrufs. Die Sprecher des Komitees legten eingangs noch einmal kurz (da eine ausführliche Dokumentation vorlag) die Tatsachen im Fall Erdal Eren dar. Eren war am 19. März 1980 zum Tode verurteilt worden wegen angeblichen Mordes an dem Militäripolizisten Önge. Dieses Urteil wurde nach nur drei Verhandlungstagen gefällt und dreht völlig die Tatsachen, die sich durch Zeugenaussagen und den Autopsiebericht ergeben haben. Selbst Polizeizeugen sagten aus, daß Eren und Önge, der ihn verfolgte, sich gegenüber standen, während Önge

von hinten tödlich getroffen wurde. Auch Kaliber und Schußbahn beweisen, daß er nicht von Erens Waffe, die dieser nach zwei Schüssen in die Luft geworfen hatte, getötet werden konnte.

Die Anwälte haben jetzt, wie das Komitee auf der Pressekonferenz mitteilte, aus sieben Gründen Berufung eingelegt. Darunter: Mißachtung der Ergebnisse des Autopsieberichts, Fälschung von Gutachten, nicht vorgenommene Tatortbesichtigung, Unkorrektheiten, die der Bestimmung des Alters des Angeklagten (da ein 16jähriger nach türkischem Gesetz nicht zum Tode verurteilt werden kann, wurde Eren drei Jahre älter gemacht), Nichtanhörung von Zeugen der Verteidigung,

Verurteilung nach unzutreffenden Paragraphen, Nichtanwendung des Paragraph 59 über mildernde Umstände.

Insbesondere die Verurteilung nach Paragraph 450, Absatz 9 des türkischen Strafgesetzbuches, so wurde während der Pressekonferenz hervorgehoben, beweise die völlige Haltlosigkeit des Verfahrens der Militärtribunale. Paragraph 450 behandelt allgemein das sogenannte „näher beschriebene Töten“. Absatz 9 handelt dabei besonders davon, Beweismittel zu beseitigen, um sich so der Strafe zu entziehen, Taten zu verheimlichen. Das alles aber trifft auf Erens Fall überhaupt nicht zu, da es ja nichts gab, was er zu verheimlichen hatte. Die illegale Demonstration, wegen eines Polizeimordes an einem anderen Jugendlichen organisiert, an der er sich beteiligen wollte, hatte noch gar nicht begonnen, als es zu den Zwischenfällen kam, die mit Önges Tod endeten.

Die Pressekonferenz wurde geschlossen mit dem Aufruf, weiterhin und verstärkt Solidarität mit Erdal Eren zu üben, auch deswegen, weil es auf der Hand liegt, daß sein Fall ein Testfall für weitere Todesurteile werden soll.

Unterzeichner des Aufrufs

„Rettet das Leben von Erdal Eren!“

Cafer Cebe, Arbeiter, Bielefeld • Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin, Berlin • Karl-Heinz Hansen, MdB, Düsseldorf • Detlef Hartmann, Rechtsanwalt, Köln • Gerhard Jankowski, Studentenfürer, Köln • Peter Schöndienst, Rechtsanwalt, Berlin • Klaus Thüsing, MdB, Paderborn • Prof. Marie Veit, Marburg • Günter Wallraff, Journalist, Köln • Heinrich Hannover, Rechtsanwalt, Bremen • Dr. Reinhold Schlothauer, Rechtsanwalt, Bremen • Jürgen Roth, Journalist, Frankfurt • Martin Rausch, Arbeiter, Köln • Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Berlin

Prof. Iring Fetscher, Frankfurt; Willy Brandt, Vors. der SPD; Hans-Christian Ströbele, Rechtsanwalt, Berlin; Klaus Staeck, Rechtsanwalt, Heidelberg; Manfred Coppik, Rechtsanwalt, MdB, Offenbach; Dr. Andreas Büro, Hochschullehrer, Grävenwiesbach; Eike Hemmer, Vors. der Volksfront, IGM-Vertrauensmann, Bremen; Volker von Törne, Schriftsteller, Berlin; Christoph Gahl, Schriftsteller, Vors. des Verbandes deutscher Schriftsteller in der IG DruPa, LV Berlin; Dr. Peter Weber, Richter, Berlin; Prof. Dr. Sebastian Herkommer, Berlin; Dr. Karlheinz Deschner, Schriftsteller, Haßfurt; Martin Walser,

Schriftsteller, Überlingen-Nußdorf; Ilse Aichinger, Schriftstellerin, Bayerisch-Gmain; Klaus Schwickert, Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld; Jürgen Feldhoff, Hochschullehrer, Bielefeld; Volker Schlöndorff, Regisseur, München; Jürgen Janz, Vors. der Roten Hilfe Deutschlands e.V.; Gerd Sowka, Schriftsteller, Düsseldorf; Joachim E. Berendt, Schriftsteller, Baden-Baden; Wolfram Heyn, Dipl. Soziologe, MdL Hessen, Bruchköbel; Prof. Dr. Ulrich Sonnemann, Gudensberg; Günter Harter, Gewerkschaftssekretär, Bielefeld; Detlef Freinstein, Soziologe, Bielefeld; Heinz Hunger, MdL NRW, Bielefeld; Prof. Rainer Roth, Frankfurt; Prof. Dr. Hans G. Bartels, Hochschullehrer, Kelkheim; Hildegard Hofmann, Pfarrer, Nürnberg; Eberhard Hahn, Pfarrer, Bielefeld; Gerd Flint, Rechtsanwalt, Dortmund; Rainer Ahues, Rechtsanwalt, Dortmund; Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim, Berlin; Prof. Dr. Theodor Mahlmann, Marburg; Hanno Botsch, Arzt, Berlin; Prof. I.R. Dr. Walter Warnach, Köln; Roman Pohl, Arzt, Köln; Christian Stolze, Pfarrer, Bielefeld; Dr. Henning Scherf, Senator, Bremen; M. Hoff, MdEP, Hagen; und viele weitere.

Der General spricht

Aus einem Interview des Chefs des türkischen Generalstabes, Armeegeneral Kenan Evren mit der Zeitung „Günaydin“

- Wir brauchen Sondertribunale, die sofort das Urteil aussprechen. Dann werden jene, die sich gegenüber dem Staat erheben, schon sehen, was passieren wird...
- Bei den Vorfällen haben Tausende von Menschen ihr Leben verloren. Junge Menschen sind für nichts gestorben. Und keiner von diesen Ungeheuern ist dafür bestraft worden. Es ist ja auch noch nicht ein einziges Todesurteil durch das Parlament gegangen...
- Wenn die Überzeugung vorherrscht, das Geschehene würde nicht bestraft, wie sollen wir dann das, was geschehen wird, verhindern. Die Verfahren laufen zu langsam. Die Beauftragten haben Angst. Das Parlament ist zu spät dran...
- Wie kann man sich vor kleinen Kindern fürchten und seinen Laden schließen? Ah, sie würden bedroht. Auch ich werde bedroht. Resigniere ich deswegen etwa?...

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich
DM 60.-

☐ halbjährlich
DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Proletariat aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Türkenterror oder Terror gegen Türken?

Nahezu täglich kann man in letzter Zeit aus der Presse Meldungen zur Kenntnis nehmen, denen zufolge wieder irgendwo in unserem Land irgendwelche Türken Krawall gemacht hätten. Die Einförmigkeit solcher Nachrichten macht fast schon stutzig. Ständig schlagen sich also irgendwelche Gastarbeiter aus der Türkei untereinander — da soll doch die Frage aufgeworfen werden, warum denn gerade bei uns? Sollen sie doch ruhig sein oder gehen — diese Schlußfolgerung steht so zwar nicht in den Zeitungen (außer den ganz rechten), aber es soll dem Leser der Gedanke ins Gehirn gesetzt werden (dann können sich später zudem noch die gleichen Schreiberlinge über die Ausländerfeindlichkeit des Deutschen mokieren).

Um es klar zu sagen: Diese versteckte, raffinierte nationalistische Hetze hat ein Ziel, und sie ist gesteuert.

Die Arbeiter verschiedener Nationalitäten aus der Türkei, die bei uns leben, sind gekommen, weil man sie rief, weil man Arbeitskräfte brauchte, weil man in den Chefetagen der Monopole meinte, mit „anatolischen Bauern“, wie sie oft genannt werden, könne man machen, was man wolle. Dem war nicht so. Sie wehrten sich gegen schlechte Bezahlung, gegen elende Wohnverhältnisse, gegen völlige Rechtlosigkeit. Das soll unterbunden werden. Das ist das eine Ziel, das mit dieser Hetzkampagne verfolgt wird.

Und diese Arbeiter aus der Türkei setzen sich auch gegen das faschistische Regime in ihrem Land zur Wehr. Gegen eben jenes Regime, das erst die Arbeitslosigkeit schuf, die sie zum Auswandern zwingt, das ihnen jetzt alles nehmen will, selbst das Recht zu reden, und das aus Bonn finanziert wird. Ein Regime, so verhaßt es in der Türkei ist, so wichtig ist es für Bonn und die NATO-Strategie. Und dieses Regime will jede Opposition — auch außerhalb der Landesgrenzen — unterdrücken.

Dazu gibt es die türkischen Faschisten, die Grauen Wolfe der MHP-Partei, die sich als „Idealistenvereine“ und „Koranschule“ tarnen und mit beispiellosem Mordterror die Opposition außerhalb der Türkei, speziell eben in der Bundesrepublik, verfolgen. Die Liste ihrer Opfer ist lang. Wenn sich die Verfolgten, die Antifaschisten, die Gewerkschafter, die Kommunisten zur Wehr setzen, dann setzt die Hetze ein: dann sind das „Krawalle“.

Und die Tatsachen zeigen, daß diese Angriffe der westdeutschen staatlichen Stellen keinesfalls allen Türken, allen Organisationen aus der Türkei gelten. Zwar gibt es auch solche offiziellen Stellungnahmen, wie etwa neueste Verfassungsschutzberichte, in denen die braune Gesinnung der Verfasser voll durchschlägt, wo alle Türken mehr oder minder als Untermenschen dargestellt werden.

Aber die Schritte der maßgeblichen Stellen weisen auf gezieltes Handeln gegen linke Kräfte, gegen demokratische Kräfte, gegen oppositionelle Kräfte hin. So, wenn die Rede auf das Verbot aller politischen Organisationen der Bürger aus der Türkei in der Bundesrepublik gebracht wird — denn selbstverständlich sind die Terrortruppen aus den Koranschulen nur religiös, die Idealistenvereine, wie der Name sagt...

Erinnert man sich an frühere Zeiten, so findet man ähnliche Beispiele in der Behandlung von ausländischen Organisationen. Man denke einerseits an das Verbot der Organisation der palästinensischen Arbeiter und Studenten in der Bundesrepublik, andererseits an die intensive Zusammenarbeit und Förderung der SAVAK-Mordbanden des Bonner Lieblingskaisers Reza Pahlevi, die Zusammenarbeit mit den Mordbuben des Korean CIA und so weiter und so fort.

Hinweise und Tatsachen sprechen dafür, daß es auch auf den unteren staatlichen Ebenen, bei Ausländerämtern und Arbeitsämtern innige Zusammenarbeit mit türkischen Faschisten gibt, man erinnere sich nur an Duisburger Vorfälle vor einiger Zeit.

Nein, da kann sich niemand neutral oder passiv verhalten. Da muß man Partei ergreifen. Die herrschende Klasse in Westdeutschland hat dies auf ihre Weise längst getan. Aber auch wir haben Partei ergriffen. Sei es bei den Aktionen in Köln, Hagen, Berlin, Bielefeld oder wo sonst in letzter Zeit gegen den Terror der türkischen Faschisten etwas unternommen wurde, unsere Partei war dabei. Sie war auch maßgeblich daran beteiligt, die Antifaschisten und Demokraten der VOLKSFRONT, die das Verbot der türkischen Faschisten in ihrem Programm fordern, für diese Aktionen zu mobilisieren.

Es wird aber höchste Zeit, daß alle Organisationen, die sich als antifaschistisch verstehen, alle fortschrittlichen Menschen dieses Landes hier zur Aktion schreiten, bevor die Reaktion es tut. Türkische Asylsuchende, die vor Faschismus und Not fliehen, werden schon jetzt abgewiesen. Und der Schlag gegen Demokraten aus der Türkei wird bald folgen — wenn man ihn nicht verhindert!

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund.

Trotz Kriegerrecht und faschistischem Blutterror

Die Völker der Türkei im Widerstand

Die TDKP organisiert den revolutionären Kampf für die Volksdemokratie

9 500 Arbeiter der TEKEL-Zigarettenfabriken im Streik, 2 500 von ihnen mehr als zwei Monate. In Adana beteiligen sich die Arbeiter aus 9 Fabriken an Bummelstreiks. In Istanbul streiken 1 500 Beschäftigte der Telefonwerke. In

Dem wäre noch viel hinzuzufügen. Die Barrikadenkämpfe von Adana im Oktober letzten Jahres, der Generalstreik der Arbeiter, Händler und Handwerker in Sarayköy im November, der sich gegen das Kriegerrecht richtete, die politischen Streiks am Jahrestag des faschistischen Massakers von Kahramanmaraş, der 1. Mai 1980 mit seinen breiten, oft verbotenen Aktivitäten. Zahllose betriebliche Streiks um Lohnerhöhungen, zahlreiche Aktionen der Jugend für Demokratie, eine ständig wachsende Zahl politischer Streiks, wachsender bewaffneter Widerstand gegen den faschistischen Terror.

Das ist die Realität heute in der Türkei. Das Kriegerrecht, der Terror, die Blutbäder, die Folterungen, sie haben ihr Ziel nicht erreicht, ihren Zweck nicht erfüllt. Es gelang und gelingt der Reaktion nicht, den Kampf der Werktätigen der Türkei für ein besseres Leben zu ersticken.

In dieser Lage bemüht sich die zu Beginn des Jahres gegründete Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei einen politischen Generalstreik gegen den Faschismus zu organisieren. Die revisionistische TKP (Kommunistische Partei der Türkei) bemüht sich, nachdem sie die Losung des Generalstreiks zunächst abgelehnt hatte, nun, da die Losung auf immer breiteren Widerhall stößt, einen politischen Generalstreik im „Rahmen der Verfassung“ zu organisieren. Dazu nutzt sie ihren Einfluß in der Gewerkschaftsorganisation DISK aus, orientiert den Kampf nur gegen die Demirel-Regierung und nicht gegen die Grundlagen der Herrschaft.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (TDKP) betrachtet diesen Generalstreik als ein Mittel, um den Kampf für Demokratie vorwärts zu treiben. Die Partei selbst, die von ihr geführten

Massenorganisationen und andere Organisationen, in denen die Partei über großen Einfluß verfügt, konzentrieren ihre Kräfte auf diesen Kampf.

Dieser Kampf dient auch der Schaffung einer Volksfront für die nationaldemokratische Volksrevolution, deren Grund-

Sarayköy beteiligen sich mehr als 2 000 Menschen an einer Demonstration gegen Faschismus und Inflation. — Schlaglichter. Ereignisse, die zwischen dem 9. und 24. Dezember 1979 gemeldet werden, innerhalb von zwei Wochen.

lage die Kampforganisationen der Massen sind.

Dazu kämpft die Partei der Kommunisten aus der Türkei, die sich aus Genossen aller Nationalitäten zusammensetzt, für die Schaffung zahlreicher Organisationen, die bereits sehr

stark geworden sind. Die DSM (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition), die bereits in einer Reihe von Fabriken zu einem entscheidenden Faktor des Kampfes geworden ist und überall im Lande organisiert wird, die Arbeit unter den Frauen, die immer stärker organisiert wird, den Verband der Jugend, sowie Organisationsformen auf dem Lande. Die Breite des Kampfes und der Organisation der Kommunisten der Türkei zeigt sich auch und gerade am Beispiel des Kampfes der Jugend. Die TDKP führt ihren eigenen kommunistischen Jugendverband an, in dem sie eine feste Stütze im Kampf für den Kommunismus hat. Darüber hinaus kämpfen die jungen Kommunisten der Türkei in den Reihen des — heute ebenfalls illegalen — patriotischen, antiimperialistischen, antifaschistischen Jugendverbandes YDGF, der mit seinen 220 Ortsgruppen und über 40 000 Mitgliedern der größte politische Jugendverband des Landes ist. Nicht zuletzt dem Kampf der Kommunisten ist es zu verdanken, daß diese große Massenorganisation der Jugend trotz Kriegerrecht und Verbot weiter wuchs und erstarkte.

Die TDKP ist die einzige Partei der Türkei, die sich rückhaltlos für die Interessen der besonders verfolgten kurdischen Nation in der Türkei einsetzt und ist deshalb bereits heute unter den Kurden der Türkei eine wichtige politische Kraft.

So ist die TDKP heute nicht nur eine der einflussreichsten wahrhaft kommunistischen Parteien der Welt, sondern auch in der Türkei selbst eine beachtliche Kraft, die von allen Seiten, je nach Stellung, respektiert, geachtet oder gefürchtet wird. Die Existenz und die Stärke dieser Partei sind für die Völker der Türkei eine große Hoffnung in ihrem ungebrochenen Freiheitskampf.

Forderungen der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei im Kampf gegen den Faschismus

Die TDKP hat im Kampf gegen den Faschismus unter anderem auch als Ziel eines Generalstreiks eine Reihe von Forderungen erhoben, die dazu dienen sollen, eine demokratische Entwicklung der Türkei zu ermöglichen. Diese Losungen finden heute im Kampf der Werktätigen aus der Türkei zunehmend Widerhall, oder wurden bereits spontan erhoben, und die TDKP war die einzige Partei, die sie aufnahm und vertritt.

Zu diesen Forderungen gehört unter anderem:

- Abschaffung aller faschistischen Gesetze und Paragraphen, vor allem der Artikel 141 bis 146, Streichung neuer Unterdrückungsgesetze und des Kriegerrechts, Verbot und Auflösung von MHP, ÜGD, Mit und Konterguerrilla;
- Beendigung der gewalttätigen nationalen Unterdrückung, des Terrors und der Assimilationspolitik gegenüber der kurdischen Nation, Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung für die kurdische Nation, einschließlich des Rechts, einen eigenen Staat zu bilden;
- Bestrafung aller Faschisten, die Verbrechen gegen das Volk begangen haben, Generalamnestie für alle Häftlinge außer den Faschisten, Anerkennung des Rechts, Gewerkschaften zu bilden, sowie des Streikrechts und des Rechts auf kollektive Tarifverträge;
- Austritt aus der NATO, Kündigung aller zweiseitigen Verträge mit Imperialisten und Sozialimperialisten, Kündigung aller Verträge mit dem IWF (Internationaler Währungsfonds);
- Allgemeiner Achtstundentag, Verbilligung der Grundnahrungsmittel, Wiedereinstellung aller Entlassenen;
- Entschädigungslose Enteignung allen Landes der Großgrundbesitzer und des Staates durch Bauernkomitees, Verteilung der Ländereien, auf denen feudale oder halbfeudale Verhältnisse herrschen, an die Bauern, Bestimmung der Grundpreise für Agrarprodukte durch die Bauern, Streichung aller Schulden der Bauern an Banken und Geldverleiher, Streichung aller Hypotheken auf die Ländereien;
- Kontrolle der Banken und Monopole durch Räte der Arbeiter und Werktätigen, Recht auf politischen Generalstreik.

Die Völker der Türkei haben eine großartige Tradition des antiimperialistischen Kampfes

Aus einem Artikel von „The Voice of the Revolution“ (Die Stimme der Revolution)

Die „Stimme der Revolution“, das Nachrichtenbulletin der TDKP in englischer Sprache, veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom Februar 1980 einen Artikel über die Tradition des

antiimperialistischen Kampfes in der Türkei, den wir im folgenden auszugsweise wiedergeben.

Nachdem in dem Artikel darauf hingewiesen wird, daß in der Türkei nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches der erste nationale Befreiungskampf im Osten stattfand und die Entwicklung dahin geschildert wird, daß aus der Türkei nach dem zweiten Weltkrieg ein Vorposten des Imperialismus gegen das sozialistische Lager wurde, fährt die Zeitung fort:

„Das Volk der Türkei konnte diese Situation nicht länger ertragen. Tatsache ist, daß ab 1960 eine breite und starke antiimperialistische Bewegung sich entwickelte. In den meisten der Demonstrationen und Aktionen der Arbeiter, Bauern und Studenten waren zu dieser Zeit antiimperialistische Losungen sehr wirkungsvoll. Damals

gab es weder eine kommunistische noch eine revolutionär-demokratische Partei in unserem Lande. Aber trotzdem verwandelten die Massen verschiedene wirtschaftliche und berufliche Organisationen in demokratische Positionen und nahmen den Kampf gegen Imperialismus, Faschismus und Feudalismus auf. US-Vorherrschaft, US-Basen und zweiseitige Verträge wurden bekämpft. Jeder Besuch der 6. Flotte rief große Demonstrationen hervor. Es begann eine schwierige Zeit für den amerikanischen Imperialismus.

Ab 1970 ging die Massenbewegung zeitweise zurück. Die brutalen Angriffe des faschistoiden Militärregimes vom 12. März, die dazu dienten, den wachsenden Volkskampf zu unterdrücken,

spielten bei diesem Rückgang eine wichtige Rolle.

Zahlreiche patriotische Revolutionäre schufen Organisationen wie die THKO (Volksbefreiungsarmee der Türkei), THKP-C (Volksbefreiungspartei — Front der Türkei) und TKP/ML/TIKKO (Kommunistische Partei der Türkei/ML/Arbeiter und Bauernarmee der Türkei), die den Kampf gegen Imperialismus und faschistische Diktatur aufnahmen. Aber sie wurden geschlagen, ihre Organisationen zerstört und fast alle ihre Führer ermordet oder eingesperrt.

Ab 1975 begann die Massenbewegung erneut zu stärken, aber diesmal unterschieden durch eine wichtige Tatsache: eine der demokra-

tisch-revolutionären Organisationen der Periode des 12. März, THKO, hielt ihre erste Konferenz ab, nahm den Namen Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei/Aufbauorganisation an, organisierte ihre Reihen, übte für ihre frühere Politik eine radikale Selbstkritik und stellte sich auf die Position des Marxismus-Leninismus. Dies machte den Weg frei für die Schaffung der kommunistischen Führung unseres Volkes...

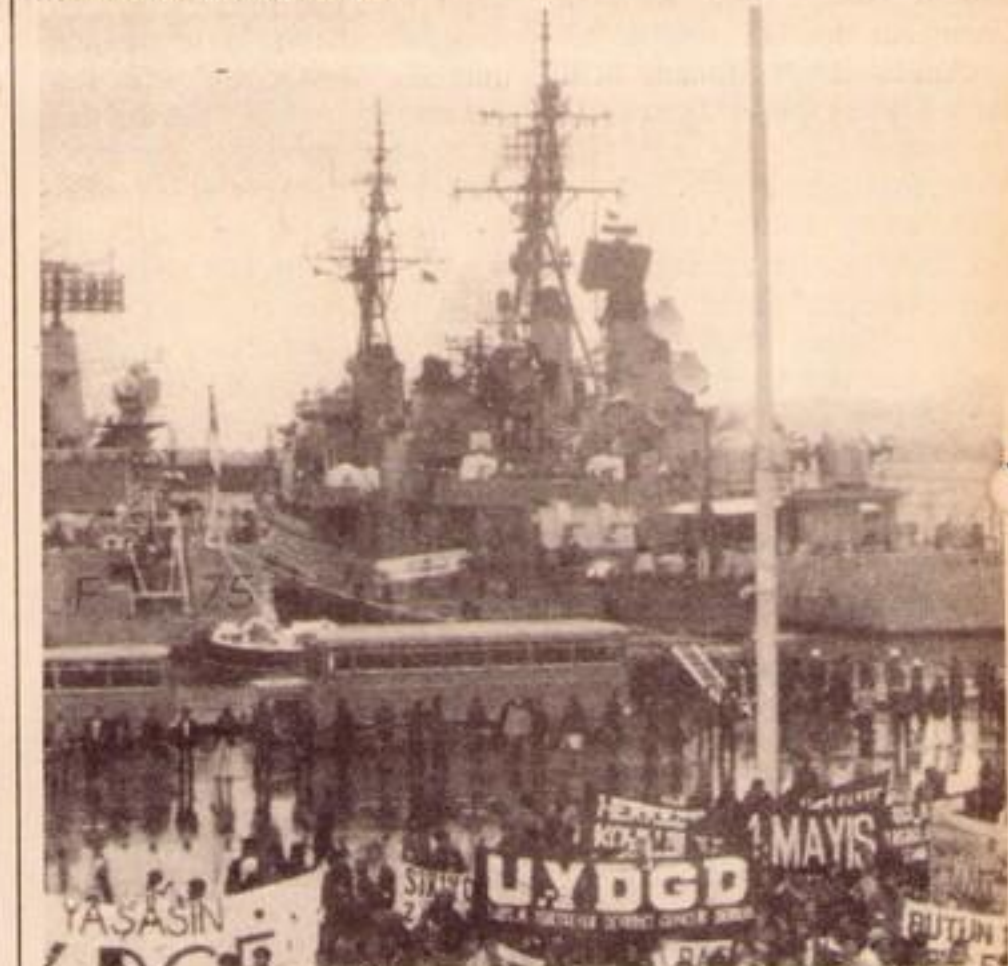
So entstand also die TDKP, die heute an der Spitze des revolutionären Kampfes in der Türkei steht, aus den Erfahrungen und Lehren, die der breite antiimperialistische Kampf den Revolutionären gebracht hatte.



Immer stärker beteiligen sich die Frauen in der Türkei am Kampf gegen die bürgerlich-feudale Ausbeutung und Unterdrückung — hier eine große Frauendemonstration aus dem Inneren des Landes.



Antifaschistische Massendemonstration in Sarayköy im Dezember letzten Jahres



Antiimperialistische Demonstration in Izmir gegen Kriegsschiffe der 6. US-Flotte im April 1979



Rassistischer Terror gegen Kurden — grundlos werden ganze Familien verhaftet.

Anna Seghers: „Die Toten bleiben jung“

Chronik einer Epoche

Buchbesprechung

Vor einigen Wochen hat der Luchterhand-Verlag Anna Seghers großen Roman „Die Toten bleiben jung“ in einer zweibändigen Taschenbuchausgabe

Anna Seghers entwirft in ihrem Buch ein breit angelegtes Bild der deutschen Gesellschaft, der herrschenden wie der unterdrückten Klassen, in der Periode vom Ausgang der Novemberrevolution bis zum Sieg über den Faschismus. Das weitverzweigte Geschehen wird hier nicht von einer durchgängigen Fabel zusammengehalten, sondern durch zwei Ereignisse mit hohem symbolischen Gehalt umklammert.

Zu Beginn des Romans steht der Mord an dem Spartakisten Erwin durch ein Kommando der bewaffneten Konterrevolution. Erwins Tod fällt zusammen mit der Niederlage des deutschen Proletariats in der Novemberrevolution. Seine Mörder, drei Freikorps-Offiziere, repräsentieren die verschiedenen Schichtungen innerhalb der herrschenden Klasse. Der rheinische Industrielle Klemm führt das Kommando an; der preussische Wenzlow gibt auf seinen Befehl hin den tödlichen Schuß ab. Der Dritte im Bunde ist der baltische Junker Lieven, den die russische Revolution von seinem Besitz vertrieben hat. Das konterrevolutionäre Kommando wird komplett gemacht durch zwei einfache Soldaten: den märkischen Bauern Nadler und Klemms Chauffeur Becker.

Am Ende des Romans steht dann wieder ein Mord der Konterrevolution. Diesmal ist es Hans, der Sohn Erwins, der als Deserteur während des faschistischen Feldzugs gegen die Sowjetunion vor ein Erschießungskommando geführt wird. Und wieder führt Wenzlow die Bluttat aus. Dieser Mord jedoch vollzieht sich vor einem völlig anderen geschichtlichen Hintergrund. Wenzlows Truppe ist von der siegreichen Sowjetarmee eingekesselt. Was Erwin vor seinem Tod den Mördern entgegengedacht hat: „Ihr könnt jetzt Schluß mit mir machen. Ihr kommt auch noch dran“ — das hat sich mit unerbittlicher Konsequenz bewahrheitet. Anna Seghers Roman gestaltet im Untergang der Mörder Erwins die historische Niederlage des deutschen Imperialismus unter den Schlägen der Stalinschen Sowjetunion und damit einen geschichtlichen Sieg des Proletariats.

Zwischen den beiden hier erwähnten Geschehnissen, in denen sich die Handlung des Romans zuspitzt (jeweils im Einklang mit den entscheidenden Höhepunkten des Klassenkampfes) fächert Anna Seghers das Geschehen in einer mehrsträngigen Komposition auf. Sie verfolgt sowohl den weiteren Weg der Mörder Erwins wie auch die Entwicklung Maries, Erwins Mädchen, das bei seinem Tode mit Hans schwanger geht.

Rein quantitativ überwiegt dabei die Gestaltung der konterrevolutionären Seite. Klemm, Lieven, Wenzlow und ihre Handlanger Nadler und Becker kehren nach der Ermordung des Spartakisten in ihr „normales“ Leben zurück. Und der Roman geht diesem Leben bis in seine letzten ökonomischen, politischen und auch psychologischen Verästelungen nach.



Plakat des Films von Joachim Kunert nach Anna Seghers Roman.

Am Beispiel Klemms etwa und seiner Geschäftspartner — des Kommerzienrats Castrizius und des IG-Farben-Direktors Schlüttenbock — werden die inneren Gesetze des Monopolkapitals aufgeleckt. So etwa, wenn das Verhältnis dieser Klasse zur Nation dargestellt wird. Während der ehemalige Freikorps-Offizier Klemm zum Beispiel schon unmittelbar nach der Novemberrevolution nationalistische und faschistische Gruppen fördert, kollaboriert er gleichzeitig mit der französischen Besatzungsmacht, die das Rheinland kontrolliert. Das gleiche wiederholt sich auf höherer Ebene dann während des Weltkriegs, wenn Castrizius Verbindungen mit den westlichen Alliierten aufnimmt, um die Macht des Monopolkapitals nach der unausweichlich gewordenen Niederlage zu retten und dadurch die Spaltung der Nation vorzubereiten.

Gerade die intensive Darstellung der herrschenden Klasse, die Enthüllung ihrer Bewegungsgesetze, machen zu einem großen Teil die Stärke dieses Romans aus. Das hebt ihn aus der Reihe beispielsweise der westdeutschen antifaschistischen Literatur (Böll, Borchert, Andersch usw.) heraus, die den Schrecken von Faschismus und Krieg anklagt, aber nicht — so wie Anna Seghers es tut — deren geschichtliche und gesellschaftliche Wurzeln aufdeckt.

Eine weitere Stärke liegt in der tiefen psychologischen Durchdringung der Personen von „Die Toten bleiben jung“. Sie repräsentieren zwar jeweils verschiedene Klassen und Schichten, werden aber keineswegs nur als abstrakte Träger bestimmter gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten vorgeführt. Anna Seghers, der jeder lebensfremde Schematismus stets ein Greuel war, forderte 1953 in einer programmatischen Rede vom Schriftsteller „das Eindringen ins Innere des Menschen“. Diesem Gebot kommt sie in ihrem Roman selbst nach, wenn sie die großen gesellschaftlichen Konflikte als inneres Erleben ihrer Personen gestaltet.

Eine Figur wie der Junker Lieven etwa ist in ihrer ganzen Vielfalt dargestellt. Wir finden in ihr die Züge einer historisch überlebten Klasse. Daneben ist Lieven auch mit hohen intellektuellen Fähigkeiten ausgerüstet. Er ist Träger jener reaktionären „Alles-ist-erlaubt“-Ideologie, die sich von Nietzsche herleitet, und der das Dasein nur in der zynischen Verwirklichung eines extremen

vorgelegt. Aus diesem Anlaß wollen wir unseren Lesern diesen Roman, eines der bedeutendsten Werke des sozialistischen Realismus, vorstellen.

Individualismus lebenswert erscheint. Für Lieven ist der Krieg ein „inneres Erlebnis“, das Massenmorden gibt ihm eine sozusagen ästhetische Befriedigung.

In Wenzlow dagegen wird die preußische Militärtradition gestaltet, die zum stumpfen Söldnertum verkommen ist. Dadurch, daß Anna Seghers nicht nur Wenzlow selbst, sondern seine ganze Familie und seinen gesellschaftlichen Umkreis darstellt, einen ganzen Kreis von Figuren mit verschiedenen individuellen Ausprägungen entwirft, gelingt es ihr, das für die deutsche Geschichte so verhängnisvolle Preußentum von seiner Klassengeschichte her zu gestalten, wobei sie deutlich an die Preußenkritik Fontanes anknüpft und diese weiterführt.

In Nadler und Becker, die als Soldaten an der Ermordung Erwins beteiligt waren, wird ein Untertanentypus dargestellt, der in seinem blinden Gehorsam den Herrschenden die Durchführung ihrer Pläne erst ermöglicht. Hervorzuheben ist hier vor allem die Gestaltung Nadlers und des dörflichen Milieus, in das er nach seiner Entlassung aus dem Freikorps zurückkehrt. Schon in ihrem während der Emigration geschriebenen Roman „Der Kopf“, der in einem rheinischen Dorf spielt, hatte Anna Seghers bewiesen, daß sie es wie kein anderer Schriftsteller versteht, die inneren Ursachen des Wirkens der faschistischen Ideologie auf kleinbürgerliche Schichten dichterisch herauszuarbeiten. Wobei uns auch in Nadlers Dorf wieder ein ganzes Ensemble von Personen begegnet, die je unterschiedlich auf den Vormarsch des Faschismus reagieren. In Nadlers Bruder Christian etwa verkörpert sich eine besondere, kaum in sichtbaren Handlungen sich ausdrückende Form des Widerstandes.

Wenn Anna Seghers dem antifaschistischen Widerstand in den verschiedenen Schichtungen der Gesellschaft nachgeht, so zeigt sie doch, daß dessen Kern der Kampf des Proletariats gegen die Diktatur war. Marie, das Mädchen des ermordeten Spartakisten Erwin, heiratet den Arbeiter Geschke, in dessen Familie dann auch Erwins Sohn Hans aufwächst. Mit Geschke hat die Seghers eine re-

präsentative Arbeiterfigur geschaffen, wie man sie ähnlich auch in anderen Werken der Autorin findet. Geschke vereinigt in sich die positiven Züge seiner Klasse, ist aber zugleich in reformistischen Vorstellungen befangen. Diese Zwiespältigkeit ist symbolisch aufgenommen in dem Gewehr, das Geschke seit den Tagen der Novemberrevolution unter dem Fußboden versteckt hält — in der vergeblichen Hoffnung, die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer würden ihn eines Tages zum Widerstand gegen den an die Macht drängenden Faschismus rufen.

So wie das Gewehr unter dem Fußboden ist auch Geschkes ehrliches Klassenbewußtsein nur unter den äußerlichen reformistischen Illusionen verborgen. Im Verlauf des Romans entfaltet sich dieses Klassenbewußtsein unter dem Druck der gesellschaftlichen Bedingungen der terroristischen Diktatur und unter dem Einfluß der Kommunisten in seiner Umgebung — nicht zuletzt des Stiefsohn Hans, der als Jugendlicher den Weg zur Partei gefunden hat. Was oben gesagt wurde über „das Eindringen ins Innere des Menschen“, das gilt auch hier. Der Weg der Familie Geschkes in den aktiven Widerstand gegen den Faschismus in seiner ganzen Komplexität in den vielfältigen Auswirkungen auf die Beziehungen innerhalb der Familie gezeigt.

In Geschke, Marie und anderen gestaltet Anna Seghers einfache Menschen aus der Arbeiterklasse, die zu starken Gefühlen fähig sind und in entscheidenden Perioden des Klassenkampfes über sich selbst hinauswachsen. Die Seghers zeigt, welche gewaltigen Kräfte und Möglichkeiten in diesen Menschen verborgen sind; wie das gemeinsame solidarische Handeln, der Kampf ihrer Klasse, sie aus ihrer Vereinzelung herausreißt; wie sich im kämpfenden Kollektiv die verborgenen Kräfte entfalten. Sie sind die Träger einer historischen Perspektive, deren Verwirklichung sich am Ende des Romans ankündigt.

Eine kritische Anmerkung ist allerdings zu machen. Sie betrifft die Darstellung der Kommunisten in diesem Roman. Diese zentrale Figur ist hier Martin, des ermordeten Erwin Freund. Er ist es auch, der

Hans auf den Weg der Partei führt. Zwischen beiden entwickelt sich ein Lehrer-Schüler-Verhältnis, wie man es oft in Anna Seghers' Werk findet. So etwa in ihrem berühmtesten Roman, dem „Siebten Kreuz“, wo mit dem Kommunisten Wallau eine heroische und zugleich überzeugende Funktionärgestalt geschaffen wurde, die auf den flüchtenden KZ-Häftling Georg — die Hauptfigur des Romans — einen tiefen, seine Handlungen und sein Denken durchdringenden Einfluß hat. Gegenüber Wallau ist Martin in „Die Toten bleiben jung“ seltsam blaß, er bleibt im Hintergrund; seine Rolle als kommunistischer Funktionär läßt sich mehr errahnen, als daß sie überzeugend durchgearbeitet wäre.

Eine andere Figur, Geschkes Nachbar Triebel, die ihre Bedeutung gerade darin hat, daß über sie die Auseinandersetzung zwischen dem revolutionären und dem reformistischen Flügel der Arbeiterbewegung in den Roman hineingetragen wird, erscheint fast ausschließlich als Exponent sektiererischer Fehler der KPD. Daneben gibt es — das muß betont werden — eine Reihe von Helden des kommunistischen Widerstands. Und natürlich bezieht in der erwähnten Auseinandersetzung zwischen Reform und Revolution der Roman schon von seiner ganzen Anlage her die richtige Position. Dennoch bleibt er in der Gestaltung der führenden Rolle der KPD hinter dem „Siebten Kreuz“ zurück.

Das gilt aber nur für diesen einen Punkt. Insgesamt ist dieser unmittelbar am Vorabend der Gründung der DDR zum ersten Mal erschienene Roman nicht nur eines der stärksten Werke seiner Autorin; ihm gebührt auch innerhalb der deutschen Nationalliteratur ein so hoher Rang, daß es wohl kaum vermessen ist, wenn man ihn in eine Reihe mit den Romanen der großen bürgerlichen Realisten Keller, Fontane, und Thomas Mann stellt.

Der Kampf der Klassen, den Anna Seghers in „Die Toten bleiben jung“ in seiner Totalität gestaltet, ist ja auch heute noch nicht entschieden. Wieder bereitet das Monopolkapital die faschistische Diktatur vor. Und so gehören Gestalten wie Klemm oder Nadler auf der einen, Geschke oder Hans auf der anderen Seite nicht einer abgeschlossenen geschichtlichen Epoche an; sie sind auch heute gegenwärtig. Anna Seghers Roman mit seiner tiefen Durchdringung der Verhältnisse zwischen den Klassen und den Menschen hat an unmittelbarer Aktualität nichts eingebüßt. Seine Lektüre ist ein Gewinn für jeden, der heute im Kampf gegen die Klemms, Lievens und Wenzlows steht.

Detlef Schneider

Musikgruppen unerwünscht

HAMBURG.— Laut Beschluß des Bezirksamtes Hamburg-Mitte ist das spontane Musizieren und Theaterspielen im gesamten Kernbereich der Hamburger Innenstadt vom Hauptbahnhof über die Mönckebergstraße bis hin zum Rathausmarkt verboten.

Musik und Theater ist nur noch mit Genehmigung des Amtes erlaubt oder an einer der zehn besonders gekennzeichneten Stellen, zum Beispiel an den St.-Pauli-Landungsbrücken. Eigens zu diesem Zwecke montierte Hinweisschilder klären den staunenden Passanten auf: „Hier kann musiziert und Theater gespielt werden. Erlaubte Lautstärke 70 Phon.“ Und wehe, es brüllt mal einer zu laut. Der hat dann mit behördlichen Konsequenzen zu rechnen.

Daß dies kein Witz, sondern bester preußischer Amtsschimmel ist, beweist die offizielle Begründung des allseits beliebten Stehgreifmusizierens und -theaterspiels. Denn die Straßenmusik samt Schauspielerei wurde gemäß den Richtlinien zur „Bekämpfung gesundheitsgefährdenden Lärms“ verboten.

Fragt sich, warum an Stellen, an denen man tatsächlich mit gesundheitsgefährdendem Lärm zu tun hat, nicht ähnlich rigoros durchgegriffen wird, in den Werkhallen oder auf den Baustellen zum Beispiel? So dummdreist die Verbotsbegründung ist, so „einleuchtend“ wird sie, wenn man sieht, auf wessen Betreiben die Laienkünstler aus der Innenstadt verbannt wurden. Die Kaufhausriesen Karstadt, C&A sowie Kaufhof samt einiger renommierter Bankiers sollen sich unter dem Deckmantel des Bürgerwillens gestört gefühlt haben. Sahen sie etwa ihre geschäftliche Tätigkeit beeinträchtigt? Oder fühlten sie sich in ihrem Demokratieverständnis tief getroffen, denn betreffende Straßenmusikanten zeichnen sich zumindest teilweise durch bissige, linke Satire aus?

Die ganze Angelegenheit ist eine ärgerliche Farce, die sich exakt in das durch zunehmende Kälte charakterisierte politische Klima einpaßt, bemerkenswerterweise in einem Stadtstaat unter SPD-Alleinregierung.

Zensur im WDR

Am 16. Juni sollte der Gorleben-Film „Die Herren machen das selber, daß der arme Mann ihnen feyndt wird“, über die Mattscheibe flimmern. Das Projekt scheiterte am Einspruch des WDR-Intendanten von Sell (SPD). Nun hat der WDR eine Neufassung mit allen Schikanen der Ausgewogenheit vorgesehen.

Am 17. August wird ein Bruchstück des Gorleben-Films gezeigt (23 Minuten des ursprünglich 126 Minuten langen Films). Der so verstümmelte Film, der in seiner unzensierten Fassung den Bewußtseinsprozeß der Beuern in Lüchow-Danzenberg zwischen 1977 und 1979 dokumentiert, wird aufbereitet durch aktuelle Berichterstattung über „Aufstieg und Fall“ der „Freien Republik Wendland“. In einem abschließenden Teil sollen dann die „jüngsten Erkenntnisse und Entscheidungen über Wiederaufbereitung und Endlagerung von Atom- und Gorleben hinaus dargestellt und erörtert werden“.



Anna Seghers 1972 (mit Ernst Busch).

Sommerzeit



Der Frosch, der seufzte:
„Ich bin's leid,
was ist das nur für eine
Zeit!“
So hopste er auf seine
Leiter
Tat einen letzten Quak,
Der Ärmste, und dann
schied
Er aus dem Leben mittels
Suizid.

PS: Sollte sich das Wetter bei Erscheinen des RM wider Erwarten gebessert haben, so ist das durchaus im Sinne des Verfassers.

Wußten Sie schon...

... daß in Entwicklungsländern beheimatete Ziegen „jeden Bissen durchschnittlich 59mal in 40 Sekunden (= 88 Kauschläge pro Minute) kauen“?

... daß besagte Ziegen 10 bis 12 cm lange Ohren und zum Teil vorne rechts und hinten links weiße „Socken“ haben?

Diese und ähnliche höchst interessante Schlußfolgerungen enthält ein Gutachten über das „Schadverhalten der Ziege in Entwicklungsländern“, das in mühevoller Kleinarbeit von den

verdienstvollen Mitarbeitern des Instituts für Tropische Veterinärmedizin der Justus-Liebig-Universität Gießen angefertigt wurde. Auftraggeber war das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Untersuchung, die unter anderem auch zu Tage gefördert hat, daß der Besitzer der der wissenschaftlichen Forschung zugrundeliegenden Ziegenherde Leuchtturmwärter ist, hat den Steuerzahler die Kleinigkeit von 29 355,38 Mark gekostet.

Doch aller interessanten Untersuchungsergebnisse zum Trotz mußte Staatssekretär Alwin Brück vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit anlässlich einer kleinen Anfrage zugeben, daß sein Ministerium kaum in der Lage sei, aus der in Auftrag gegebenen Studie irgendwelche entwicklungspolitischen Konsequenzen zu ziehen.

Machen Sie sich nichts d'raus, Herr Brück, immerhin ist der Steuerzahler durch die exzellenten Forschungsergebnisse nun auch in ziegenpolitischer Hinsicht etwas aufgeklärter. Er weiß nicht nur Auskunft zu geben über das durchaus komplizierte Kauverhalten der Tiere, er kann der Studie außerdem die äußerst bemerkenswerten Erkenntnis entnehmen, daß verirrte Tiere versuchen, „durch lautes Meckern und Blöken eine Antwort der Herdenmitglieder zu induzieren“. Wer hätte das gedacht. Immerhin läßt das auf eine begrenzte Intelligenz schließen, eine Eigenschaft, die man beim Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit vergeblich sucht. Vielleicht sollte man einmal eine Studie über das „Schadverhalten von Ministerien“ in Auftrag geben!

Landesverrat und Spionage

Folgende aufschlußreiche Würdigung über den obersten Staatsanwalt der Nation konnte der staunende Leser vor kurzem dem „Kölner Express“ entnehmen:

„Dr. Kurt Rebmann, Generalbundesanwalt, war Gastredner des Bonner Lions-Club. Im Hotel Bristol sprach er über seine vielfältigen Aufgaben — in der Hauptsache Landesverrat und Spionage.“

Zweifelloos war er bei seinem geschätzten Publikum in bester Gesellschaft.



Bei Grippe, Husten, Heiserkeit:

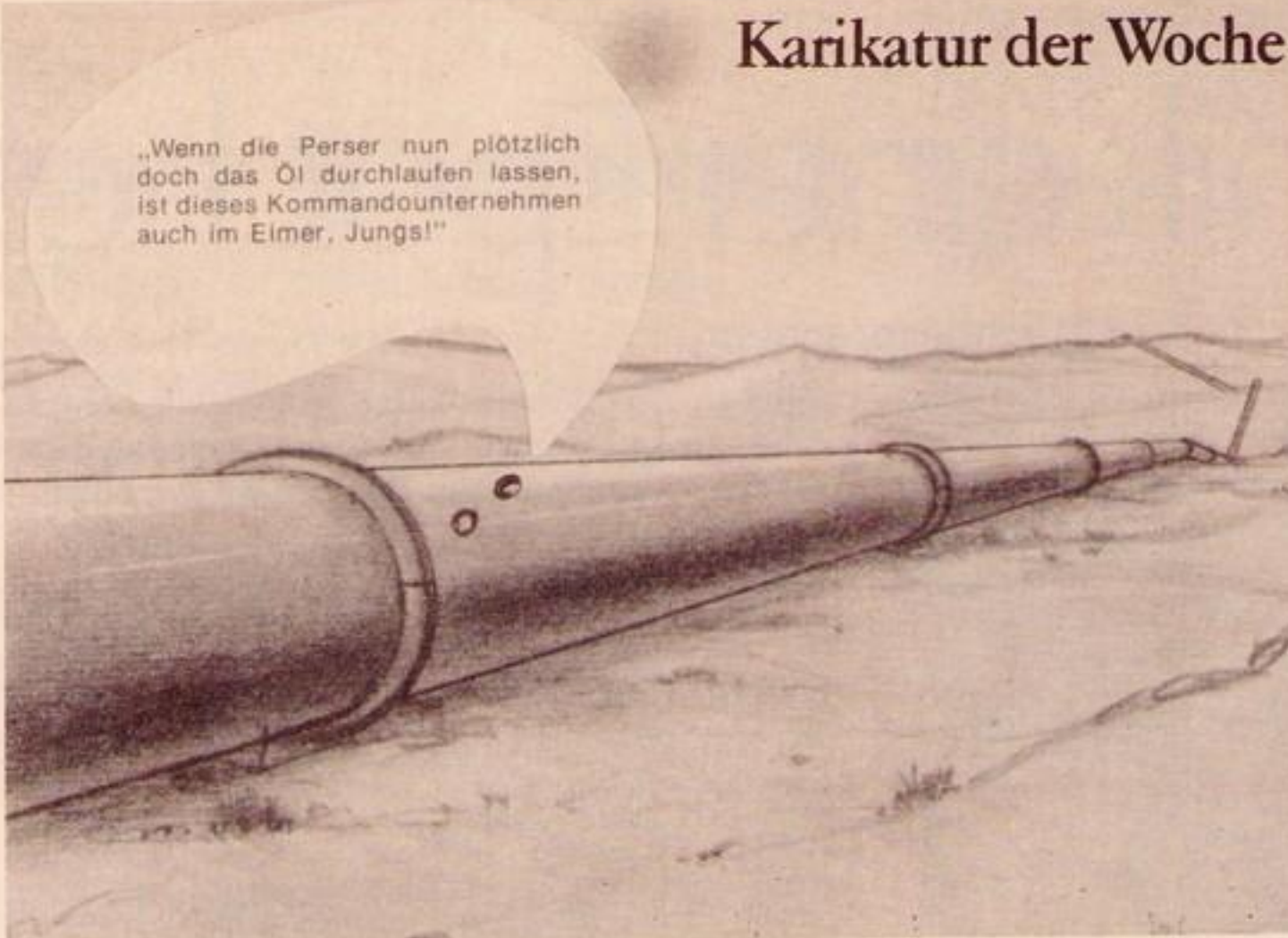
Dreimal täglich „Big Mac“

ESSEN.— Als eine junge Essener Krankenschwester während eines Einkaufsbummels in der Innenstadt ihren Hunger in einer Mac-Donalds-Filiale stillen will, bricht sie nach den ersten Bissen ohnmächtig zusammen. Der herbeigerufene Notarzt diagnostiziert einen allergischen Schock. Zum Glück bleibt die Krankenschwester am Leben.

Doch war es weder Arsen noch Strychnin, was den Zusammenbruch bewirkt hat. Es war etwas anderes — Penicillin. Eine starke Dosis dieses Antibiotikums befand sich im Rindfleisch der Mac-Donald-Produkte. Die Rindviecher waren zwecks schnelleren Wachstums einer massiven Penicillin-Kur unterzogen worden.

Die Essener Krankenschwester wurde von den Mac-Donald-Produkten beinahe getötet, weil sie an einer schweren Penicillin-Allergie leidet. Wann wird dieser verbrecherischen Ladenkette endlich das Handwerk gelegt?

Man könnte aus tausend Gründen gegen Mac Donald vorgehen, zum Beispiel wegen Verstoß gegen das Arzneimittelgesetz, nach dessen Bestimmungen Penicillin nur aufgrund eines ärztlichen Rezeptes zu haben ist...



„Crazy Jim“ alias „Eli Haze'ev“

Die Verwandlung

„Er liebte zu töten!“

Als eine palästinensische Kommandoeinheit am 2. Mai dieses Jahres eine militärische Operation gegen zionistische Terroristen in Hebron durchführte, wurde der palästinensische Widerstand von der Presse des „freien Westens“ des Holocaust an den Juden bezichtigt. Dabei wird geflissentlich unterschlagen, daß durch die Besatzungspolitik der zionistischen Aggressoren Zehntausende von Palästinensern ermordet wurden und Millionen heimatlos sind. Abgesehen davon verbergen sich hinter den sogenannten „jüdischen Siedlern“ von Begin ausgehaltene Terrorbanden, bestehend aus deklassierten Elementen, wie folgendes Beispiel zeigt.

Zu den Opfern der palästinensischen Widerstandsaktion am 2. Mai in Hebron gehört ein gewisser James Mahon Junior. Dieser Mann war von Geburt christlicher Bürger der USA. Vor etwa 10 Jahren wurde heisiger James Mahon Junior nach einer Schießerei wegen Totschlags verhaftet. Doch die Anklage wurde fallengelassen. Am 15. Dezember 1970 ist er ein freier Mann.

Er zog in den Krieg nach Vietnam. „Der Gedanke an Gewalt und Waffen begeisterte ihn“, weiß ein Nachbar zu berichten.

In dieser Zeit nahm der für seinen fanatischen Vietconghaß

bekannte James Mahon Junior den Namen „Crazy Jim“ an.

In die USA zurückgekehrt — nach zwei Dienstpflichtzeiten — schloß er sich den faschistischen Banden des Rabbi Meir Kahane an. Seitdem fühlte „Crazy Jim“ sich als Jude und ließ sich „Eli Haze'ev“ nennen.

Angelockt von spendablen Zulagen aus amerikanischen und israelischen Fonds für amerikanische Einwanderer, zog es ihn in das „gelobte Land“, wo er sich im Zuge der zionistischen Eroberungs- und Besatzungspolitik in der Westbank festsetzte. Das „Palästina-Bulletin“ schreibt: „So tauchte James Mahon Junior alias Eli

Haze'ev wieder auf unter Begins Stoßtruppen in Hebron, um die palästinensische Bevölkerung zu terrorisieren und sie zum Verlassen des Landes zu zwingen. Die Gewalt, die er verbreitete, holte ihn schließlich selbst ein.“

Das Beispiel „Crazy Jim“, die Tatsache, daß diese traurige Gestalt, geprägt von amerikanischer Kriegspsychose und faschistischer Hetze, von Extremisten vom Schlage eines Begin zu verfolgten jüdischen Siedlern, zu Opfern eines von Palästinensern inszenierten vorgeliebten Holocaust umgefälscht werden, zeigt die Verlogenheit, die Heuchelei und den bodenlosen Zynismus der zionistischen Aggressoren.

Die zionistischen Machthaber, die, ausgehalten vom USA-Imperialismus, den Nahen Osten mit Mord und Terror überziehen, einem ganzen Volk die Existenzberechtigung verweigern und die eigenen Landsleute durch eine wahnsinnige Aufrüstungspolitik an den Betelstern bringen, haben nicht das geringste Recht, mit der Judenverfolgung der Nazis zu spekulieren.

Diese Clique verdient nichts anderes, als gestürzt zu werden, denn sie ist es, die im Nahen Osten einen neuen Holocaust inszeniert — an dem palästinensischen Volk.

Polizeiskandal in Hamburg

Beamtete Voyeure

HAMBURG.— Seit rund zehn Jahren sind Hamburger Polizisten mit dabei, wenn Benutzer öffentlicher Männer-toiletten ihr Bedürfnis verrichten. Durch als Spiegel getarnte Fenster beobachten sie jede Regung auf jenem Örtchen, wo selbst der Kaiser von China alleine hingegangen sein soll.

Eine Hamburger und eine Westberliner Tageszeitung hatten diesen schier unglaublichen Skandal aufgedeckt. Die dubiosen Polizeipraktiken wurden inzwischen vom Hamburger Polizei-Pressesprecher Peter Kelling bestätigt. Aus der „Frankfurter Rundschau“ entnehmen wir weitere Einzelheiten:

„Nach Angaben des Sprechers der Polizei sind allein im Bezirk Hamburg-Mitte in zehn der sechshundert öffentlichen Bedürfnisanstalten von der Rückseite her durchsichtige Spiegel angebracht. Mit deren Hilfe konnten Polizeibeamte die Besucher der Toiletten beobachten, ohne daß diese etwas davon bemerkten.“

Ob die diensteifrigen Spanner auch Fotos anfertigten, ist bislang nicht bekannt. Als Vorwand für diese in höchstem Maße sittenwidrige und die Intimsphäre verletzende Polizeiaktion dient dem Aufspüren Homosexueller. War schon das polizeiliche Fotografieren einer Homosexuellen-Demonstration vom vorletzten Wochenende in Hamburg ein Skandal, der große Empörung ausgelöst hat, so sind die jetzt bekanntgewordenen Schnüffeleien, die sich

gegen die gesamte Bevölkerung richten, ein neuer Höhepunkt polizeistaatlicher Tendenzen.

Die von den Politikern so oft beschworene Freiheit des Einzelnen scheint es noch nicht einmal mehr auf jenem stillen Örtchen zu geben. Überall gilt das Motto: Big Brother is watching you!

Karikatur der Woche

„Wenn die Perser nun plötzlich doch das Öl durchlaufen lassen, ist dieses Kommandounternehmen auch im Elmer, Jungsi!“

Tips

Sa, 12.7., 19.30 Uhr, ZDF: Direkt, ein Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer, „Schimpf uns nicht Zigeuner“.

So, 13.7., 20.15 Uhr, ARD: Komödie der Irrungen, Schauspiel von W. Shakespeare (Aufführung der Royal Shakespeare Company).

Mo, 14.7., 20.15 Uhr, West-Nord-Hessen III: Aktenträger oder Massenmörder? Ein Rückblick auf den Lischka-Prozess.

Mi, 16.7., 21.45 Uhr, West-Nord-Hessen III: Der Ruf, deutscher Spielfilm von 1949 mit Fritz Kortner, der im ersten Film nach seiner Rückkehr aus dem Exil einen jüdischen Professor spielt, der im Nachkriegsdeutschland einen zwiespältigen Empfang erlebt.

Fr, 18.7., 19.15 Uhr, West III: Die Gitarre war sein Gewehr ein Portrait des chilenischen Sängers und Antifaschisten Victor Jara, der wenige Wochen nach dem Putsch gegen die Allende-Regierung von den Faschisten im Stadion von Santiago de Chile erschossen wurde.

Fr, 18.7., 21.45 Uhr, ARD: Widerstand im III. Reich — es gab nicht nur den 20. Juli (1. Teil). Die erste Folge der zweiteiligen Serie von Paul Karalus beschäftigt sich unter dem Motto „Verteidigung der Republik“ mit dem Widerstand der „kleinen Leute“; man darf gespannt sein, wie der Widerstand der Arbeiter, insbesondere der der Kommunisten behandelt wird.

Filme aus der Türkei

Am 13. und 15. Juli sendet das ZDF um 21.15 bzw. 22.00 Uhr Filme aus der Türkei. Der erste Film, „Die Herde“, handelt von einem Sohn einer Nomadenfamilie, der mutig gegen Rückschritt und Aberglauben zu Felde zieht. Der zweite Film, „Der Freund“, geht mit der dekadenten türkischen Oberschicht ins Gericht. Der Regisseur Yilmaz Güney wurde unmittelbar nach den Dreharbeiten zu dem Film unter fadenscheinigen Umständen zu 19 Jahren Haft verurteilt.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALE KOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhofstr. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

4630 Bochum, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linskurve“, Goethestraße 25 b (Nahe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2800 BREMEN (Wall), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do, Fr 17-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 74 92, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Tel.: 0231/83 23 11, geöffnet: Mo-Fr 17-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 DÜSSELDORF 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesegruppe „Neue Zeit“, Mannstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Mo-Fr 17-18.30 Uhr.

4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzgerstr. 14, Tel.: 0203/44 30 14.

80000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstr. 10, Tel.: 089/20 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-16.30, Sa 10-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18 Uhr. Sa 11-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD, Klarasstr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD, Haubmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 68, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2000 HAMBURG 5, Buchladen „Roter Morgen“, Schulstr. 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 17-18.30, Sa 9-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 10-13 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.